

Nr. **6** '89

Juni
Postver-
triebsstück
G 7426 E
Erscheint
monatlich
20. Jahrgang
Jahresabo
33,- DM
Einzelpreis
3,- DM

AIB DRITTE WELT ZEITSCHRIFT



10 Jahre Sandinistische Revolution



**24 SEITEN
NICARAGUA
Spezial**

Abrüstung
für Entwicklung



Kommentar

Kirchentag: Halbherzig gegen Apartheid? 3

Weltpolitik

Abrüstung für Entwicklung 5
Erklärung der UN-Konferenz 6

Südliches Afrika

Boykottiert Shell 9
Aufruf: Südafrika-Aktionsdekade 10

Namibia

Unabhängigkeit in Gefahr 11

Nicaragua-Spezial

Die Revolution behauptet sich 14
An der Schwelle eines eigenen Wirtschaftsmodells 16
Interview mit Henry Ruiz über die Wirtschaftspolitik 18
Interview mit Noam Chomsky über die US-Politik 21
Der Versuch einer „gemischten Demokratie“ 23
Interview mit Victor Tirado 26
Lehren für die Befreiung 28
Die Mittelamerikapolitik der EG 30
Bundesdeutsche Entwicklungshilfe für die innere Front 31
10 Jahre Solidarität 34
Aktions- und Materialspiegel 36

Uruguay

Die Gehilfen der Diktatur bleiben straffrei 37

Kuba – UdSSR

Gorbatschow in Kuba 39

Kultur

Mercedes Sosa: „Stimme Lateinamerikas“ 41

Stichwort

Kokain 43

Internationalismus

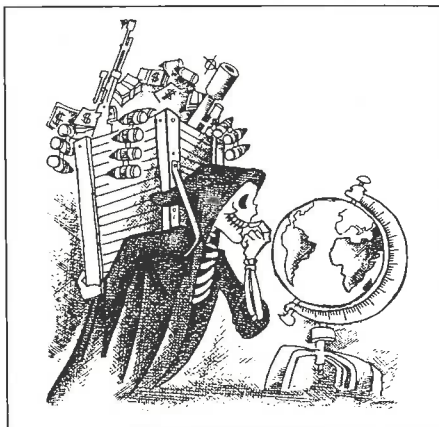
Thesendiskussion: Beitrag von Harald Schuppe 44

Infos zur Solidarität

Buchtip: Third World Guide; Afghanistan: Unterschriften-sammlung; El Salvador: Postkarten-aktion; Menschenrechte in Kurdistan 45

Kurzinformationen

Kambodscha, Jordanien, EG – Dritte Welt, Paraguay, Ökologie – Brasilien, Termine, Leserbrief 46



„Abrüstung und Entwicklung“

„Abrüstung und Entwicklung“ lautet das Motto des Mitte Juni d.J. in West-Berlin bevorstehenden Kirchentages von unten. In den Vereinten Nationen etablierte es sich unlängst als Erörterungsgegenstand. Angesichts der gegenwärtigen Entspannungstrends scheint ein reales Abrüsten für Entwicklung näherzurücken. Seite 5



Namibia

Der Unabhängigkeitsprozeß Namibias begann am 1. April d.J. mit der blutigsten Schlacht des Befreiungskampfes. Über 300 SWAPO-Kämpfer wurden von Südafrika getötet. Der Unabhängigkeitsprozeß ist damit ins Stocken geraten. Christoph Sodemann konnte sich vor Ort über die Hintergründe der Ereignisse informieren. Seite 11



Nicaragua-Spezial

Nach 10 Jahren Revolution feiern die NicaraguanerInnen am 19. Juli d.J. vor allem ihren erfolgreichen Widerstand gegen die USA. Der Krieg hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Wirtschaft und das politische System gehabt und die Zukunftspläne der Sandinisten verändert. Die USA und auch die Bundesrepublik setzen heute vor allem auf die Stärkung der inneren Front. Seite 13–36

I M P R E S S U M

DRITTE-WELT-Zeitschrift. Gegr. 1970 als Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB). Erscheint monatlich.
Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21-2 46 72.
Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff.
Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp.
Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Frank Braßel, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Rolf Radke, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Petra Sittig, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.
Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Jorge Alvarez, Reinhard Brückner, AutorInnenkollektiv CoCoPiranhas, Stefan Flaig, Regine Meyer, Celal Özcan, Max Steinberger.
Redaktionsschluß: 5. Mai 1989
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.
Titel: Gestaltung Udo Tremmel

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.
Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 51 08 68, 5000 Köln 51, Teletex 2 214 284 pahl.
Vertrieb: Telefon 02 21-3 60 02/0.
Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.
Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft 3 DM. Doppelheft 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.
Kündigungen: Wenn das Abonnement nicht spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes gekündigt wird, verlängert es sich um 1 Jahr.
Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 02 11-1 60 01 37.
Satz: Die Feder, Wetzlar
Druck: Plambeck & Co, Neuss.
Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtparkasse Köln 10 652 238 (BLZ 370 501 98).
Anzeigen: AKS, IKA, Geheim, Deutsch-Cubanische Gesellschaft, Ökumenisches Büro.
Fotonachweis: Newsweek, Time, El Pais, Barricada, Cordelia Dilg, Patria Libre, NACLA, USN & WR, DRITTE-WELT-Archiv.

Kirchentag: Halbherzig gegen Apartheid?



EVA MILITZ
MITARBEITERIN IM ARBEITSKREIS
„KEIN GELD FÜR APARTHEID“

Anfang 1987 entschied das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT) nach langjährigem Druck von innen und einer öffentlichen Diskussion, das damals bekannte Konto bei der Deutschen Bank zu kündigen. Damit wurden über den kirchlichen Rahmen hinaus Zeichen im Engagement gegen die Apartheid gesetzt.

Die öffentliche Diskussion und schließlich die Kündigung machten das Thema „Finanzierung der Apartheid durch bundesdeutsche Banken“ einer breiteren Öffentlichkeit bekannt und gaben der Kampagne einen großen Aufschwung insbesondere innerhalb der Kirchen: eine wachsende Zahl von Kirchengemeinden, -kreisen und kirchlichen Organisationen haben ihre Konten bei Apartheid-stützenden Banken gekündigt. Die kirchlichen Jugendverbände aej und BdkJ rufen in ihrer „Südafrika-Aktionsdekade“ vom 8.-18.Juni d.J. unter dem Motto „Stoppt die Verbündeten der Apartheid“ auch zur Kontoüberprüfung und Kontokündigung bei Banken auf, die Geschäfte mit der Apartheid machen.

Anfang des Jahres wurde bekannt, daß der „Verein zur Förderung des Deutschen Evangelischen Kirchentages e.V.“ entgegen bislang bekannter Informationen doch noch Konten bei vier bekannten Apartheid-Banken unterhält: Commerzbank, Dresdner Bank, Bayrische Vereinsbank, Sal. Oppenheim jr. & Cie (bis 1985 oft an Südafrika-Anleihen beteiligt). Dies ist einem Spendenbittbrief des Vereins an die bundesdeutsche Wirtschaft, unterschrieben u.a. von dem Präsidenten des DEKT, Dr. Helmut Simon, sowie zwei weiteren Mitgliedern des Präsidiums, zu entnehmen. Der Brief wurde im September 1988 von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände veröffentlicht – allerdings erst im Februar 1989 der Anti-Apartheid-Öffentlichkeit bekannt.

Die Entdeckung der noch bestehenden Kirchentags-Konten bei Apartheid-Banken ist auf Empörung gestoßen und wird als ein Rückschritt gesehen – nicht nur bei den Organisationen der „Kampagne Kirchentag gegen Apartheid“. Auch die Befreiungsbewegungen SWAPO und ANC und die Organisation für Afrikanische Einheit haben sich gegen den Fortbestand der Konten ausgesprochen.

Das Präsidium des DEKT hat beschlossen, die noch bestehenden Kirchentags-Konten nicht zu kündigen. Es seien ja auch nur „Spendendurchgangskonten“. Tatsa-

zu stoppen. Dieser Druck ist gerade auf bundesdeutsche Banken notwendig: Sie haben die Forderungen von Banken anderer Länder unterlaufen und mitgeholfen, daß Südafrika sich dem wachsenden Sanktionsdruck anpassen konnte.

Seit Ende letzten Jahres führt Südafrika Gespräche über weitere Umschuldungen; die oben genannten Großbanken sind entscheidend daran beteiligt. Mit dem Abschluß eines neuen Umschuldungsabkommens kann bis spätestens Ende diesen Jahres gerechnet werden. Gerade jetzt muß ein Signal gegeben werden an die Banken und an die Wirtschaft: Jede Kollaboration mit den Verbündeten der Apartheid muß beendet werden.

Der Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“ hat angekündigt, daß er nicht mit einem Stand auf dem Kirchentag vertreten sein wird. Dies wäre nicht mit seiner Glaubwürdigkeit zu vereinbaren. Die Anti-Apartheid-Bewegung hat ähnliches beschlossen.

Wie auch immer einzelne Organisationen entschieden haben – ob Teilnahme oder nicht –, sie sind übereingekommen, gemeinsam inner- und außerhalb des Kirchentags die TeilnehmerInnen und die Öffentlichkeit zu informieren und das Präsidium von der Forderung nach Kündigung aller Konten bei Kreditinstituten, die mit der Apartheid Geschäfte machen, zu überzeugen. In einer gemeinsamen Erklärung wird gegen die Beibehaltung der Konten protestiert. Für den Kirchentag sind eine Resolution/Unterschriftenliste, Aktionen im „Markt der Möglichkeiten“ und auf dem Forum Südliches Afrika am 8.Juni sowie ein „Bankenspaziergang“ am 9.Juni geplant. Auf der Friedensdemonstration am Samstag, dem 10. Juni, steht die Sanktions- und Kontokündigungsforderung auch auf der Tagesordnung.

In der Erklärung der Kirchentagskampagne '89 „Von deutschem Boden geht Krieg aus – Wir erklären den Frieden“ heißt es: „Wir erklären den Frieden und fordern von allen kirchlichen Gremien als Zeichen für den Beginn verantwortungsvollen Handelns eine umgehende Kündigung aller Konten bei solchen Banken, die noch wirtschaftliche Beziehungen zum Apartheid-Staat in Südafrika unterhalten und in Rüstung investieren. Banken, die Aufrüstung und Apartheid finanzieren, können nicht die Banken der Kirchen und des Kirchentags sein!“

SONDERHEFTE

- SH 3/85 – Krise in Mittelamerika.
Nicaragua, El Salvador, Guatemala. 2 DM
- SH 4/85 – Rüstung im All.
Gefahr für die Dritte Welt. 2,50 DM
- SH 3/86 – Iran-Irak. Krieg ohne Ende? 2 DM
- SH 1/87 – Nicaragua.
Die Kunst des Überlebens. 2,50 DM
- SH 3-4/87 – Frontstaaten im südlichen Afrika.
Destabilisierung und Widerstand. 2,50 DM
- SH 1/88 – Mittelamerika. Endlich Frieden? 2,50 DM
- SH 2/88 – Olympialand Korea. 2,50 DM
- SH 3/88 – Schuldenkrise. Bezahlte wird nicht. 2,50 DM
- SH 1/89 – Von der Intifada zum Palästina-Staat. 2,50 DM

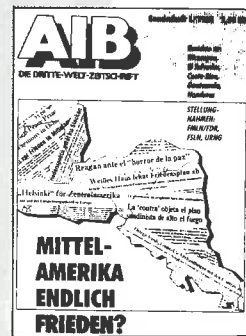
Bei Bestellung unter 10 DM bitte V-Scheck
oder Briefmarken beilegen.
Bei der Abnahme von mindestens 10 Exemplaren
gewähren wir 33% Rabatt.

BESTELLCOUPON

Einsenden an Dritte Welt LeserInnenservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Ich/Wir bestellen:

.... Expl. Sonderhefte _____
.... Expl. Sonderhefte _____
.... Expl. Sonderhefte _____



Sonderheft 1/1988
MITTELAMERIKA
Friedensprozeß ● Abkommen von Esquipulas ● Sandinisten unterwerfen sich nicht ● Wirtschaft ● Friedensstifter Costa Rica? ● Hinhaltetaktik Honduras? ● Duarte laviert ● Dialogchance in Guatemala? ● Kampagnen, Materialien



Sonderheft 3/1988
SCHULDENKRISE und IWF-KAMPAGNE
Die Verschuldung ist kein Modethema ● Exemplarisch: Afrika und Lateinamerika ● Die Metropolen bleiben nicht verschont ● Alternativen zur Verschuldung ● Dokumentation von Lösungsansätzen ● Aufruf der IWF/Weltbank-Kampagne



Sonderheft 1/1989
PALÄSTINA
Ein Jahr Intifada ● Die Proklamation des Palästina-Staates ● US-Nahostpolitik und die Haltung der EG ● Die BRD-Politik und das Sonderverhältnis zu Israel ● UNO-Resolutionen, Interviews, Kultur

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Wohnort _____

Datum/Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim DRITTE-WELT-LeserInnen-Service, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Datum/Unterschrift _____

Abrüsten für Entwicklung!

„Abrüstung und Entwicklung“ lautet ein Motto des Kirchentages von unten, der Mitte Juni in West-Berlin Aufsehen erregen will. In den Vereinten Nationen etablierte es sich unlängst als ständiger Erörterungsgegenstand. Angesichts der derzeitigen Entspannungstrends scheint ein reales Abrüsten für Entwicklung näherzurücken.

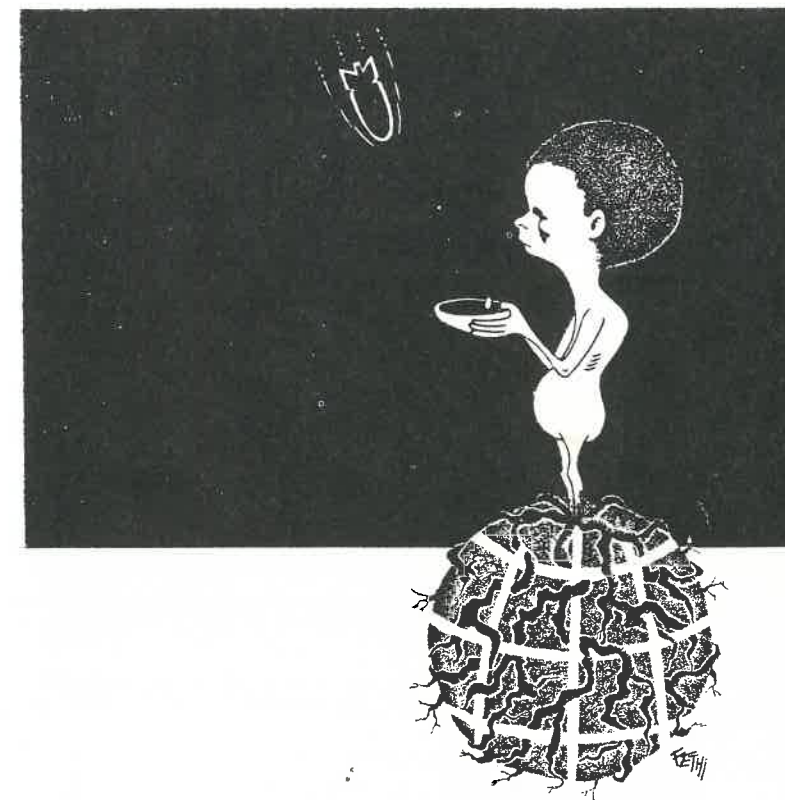
Der Moloch Rüstung und die Verelendung der Dritten Welt sind ein explosives Widerspruchspaar. Das zeigt ein Blick auf den Jetztzustand beider Seiten. Die weltweiten Militärausgaben überschritten im Vorjahr erstmals die Grenze von 1 Bio Dollar (\$). Damit machten sie das Vier- bis Fünffache der Summe ausgangs des 2. Weltkrieges und das Doppelte der Rüstungslasten noch im Jahre 1980 aus. Rund drei Viertel der Ausgaben entfielen allein auf die führenden NATO-Mächte USA, Großbritannien, Frankreich und Bundesrepublik, die Sowjetunion und China, nahezu ein Fünftel auf die Dritte Welt.

Die Zuwachsraten der Rüstungsetats lagen in den 80er Jahren höher als die der Volkswirtschaften, die sozialistischen Staaten ausgenommen. Die Militärausgaben verschlangen heute etwa 6 % des Brutto-sozialprodukts (BSP) im Weltmaßstab, wobei hier die Entwicklungsländer (Nahe und Mittlerer Osten 11-14 %) vorn liegen. Die Gruppe der einkommensschwächsten Länder weist mit 19 % den höchsten Anteil des Militärssektors an den Staatsausgaben auf. In die Dritte Welt fließen derzeit zwei Drittel aller Rüstungsexporte. (1)

Das in der Konfrontationsära der 80er Jahre auf die Spitze getriebene Wettrüsten erhöhte nicht nur die Gefahr eines Atomkrieges. Es überstieg auch die Wirtschaftskraft der Weltmächte USA und Sowjetunion, so daß die USA zur größten Schuldernation wurden und gegenüber ihren westlichen Konkurrenten Japan und EG ins Hintertreffen gerieten, während sich in der UdSSR Stagnation breitmachte. Der globale Rüstungswettlauf erfaßte zunehmend die Dritte Welt, in der sich langwierige Interventionskriege bzw. regionale Konflikte häuften, der Militarierungsgrad beschleunigte und eine faktische wirtschaftliche Rückentwicklung einsetzte. In etwa zeitgleich zu Reagans Hochrüstungprogramm, das 1983-88 die Rekordhöhe von 1,9 Bio \$ erklimmte, verdoppelte sich der Schuldenberg der Dritten Welt nahezu auf 1,3 Bio \$. Im Jahr 1983 fand infolgedessen erstmals ein Nettokapitalabfluß vom Süden nach dem Norden, also eine Umkehrung der Entwicklungshilfe seitens der Industriestaaten (jährlich ca. 50 Mrd \$) statt.

Nach Schätzungen des Stockholmer Friedensinstituts SIPRI gingen in der ersten Hälfte der 80er Jahre 20 % aller Schulden der Entwicklungsländer (ohne die Ölmächte der OPEC) unmittelbar auf kreditierte Rüstungskäufe zurück. Eine Untersuchung der Weltbank beziffert den Anteil der Waffenimporte an den Einfuhren aller Entwicklungsländer auf etwa 5 %, womit sie in beträchtlichem Maße die Schuldenlast mehrten. Die herrschenden Kreise der USA spielten dabei als führende Leihkapitalgeber und Waffenlieferanten sowie mit der Kürzung ihrer Entwicklungshilfe eine herausragende Rolle. Und schließlich förderten sie durch ihre Hochzinspolitik (Zinssatz von 7 auf 13 %), mit der sie zur Finanzierung ihrer eigenen Hochrüstung Leihkapital anlockten, die Kapitalflucht auch aus der Dritten Welt, entzogen sie dieser nötige Investitionen in zivilen Produktionsbereichen. Washington trieb so das Wettrüsten voran, indem es einen Teil der Kosten und Krisenfolgen auf die Dritte Welt abwälzte. (2)

Insgesamt hat das Wettrüsten in den 80er Jahren erheblich zur Verlangsamung des Wachstums der Weltwirtschaft wie der unterentwick-



elten Wirtschaften der Dritten Welt beigetragen. Dies geschah, indem Kapitalströme, ohnehin knappe Ressourcen, Technologien und qualifizierte Arbeitskräfte von zivilen Entwicklungsbereichen auf unproduktive militärische Gleise abgelenkt wurden. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß in jüngsten Jahren einige Entwicklungsländer, darunter Brasilien, China, Indien oder Israel, selbst staatliche Rüstungsindustrien errichteten und zu Waffenexporteuren aufstiegen. Die erwähnte Studie der Weltbank gelangt zu dem Schluß, „daß hohe Militärausgaben zu den Finanzierungs- und Schuldenkrisen beitragen, die Stabilisierung und Anpassung erschweren und das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung negativ beeinflussen.“ (3)

Dessen ungeachtet stehen beim eigenen Krisenmanagement von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) mit dem den hochverschuldeten Entwicklungsländern Sparverordnungen auferlegt werden, die Militäretats hintenan. Erst wenn der Abbau der Sozialausgaben und Reallöhne nahezu ausgereizt ist, kommen auch bei den Rüstungslasten einmal kleinere Abstriche an die Reihe. Eine Untersuchung in 15 Schuldnerländern ergab, daß deren Staatsausgaben im Verlauf der 80er Jahre um 18 % zurückgingen, wobei von den großen Haushaltsposten der der Verteidigung (minus 2-3 %) mit Abstand am meisten geschont wurde.

Der globale Rüstungswettlauf und der gleichlaufende Militarisie-

rungsschub in der Dritten Welt haben deren Unterentwicklung, neokoloniale Abhängigkeit und die Not der sozial Schwächsten vertieft. Zu den krassesten Folgeerscheinungen gehören rund 1 Mrd unterhalb der Armutsgrenze lebende Menschen in den Entwicklungsländern, 1,5 Mrd Menschen ohne Zugang zu medizinischer Versorgung, 850 Mio Analphabeten, 780 Mio Unterernährte und 14 Mio jährlich an Hunger und Krankheit sterbende Kinder. Nach Schätzungen der Weltbank wird sich das Heer der Hungernden bis zum Jahr 2000 auf 2 Mrd erweitern, falls kein Kurswechsel erfolgt. (4)

Zudem hätte eine ungezügelter wirtschaftlich-soziale Verelendung und Militarisierung der Dritten Welt zur Folge, daß sich stetig neuer Konfliktstoff ansammelt und zu entladen droht.

Dies zusammengekommen ist Grund genug, um auf eine dringliche Ablösung des Gespanns „Aufrüstung und Unterentwicklung“ durch die Alternativformel „Abrüstung für Entwicklung“ hinzuwirken. An Vorstößen in diese Richtung hat es in den letzten Jahren nicht gefehlt, wobei die Sowjetunion, Repräsentanten der Sozialistischen Internationale (SI) und zusehends auch die Vereinten Nationen Schrittmacherdienste leisteten.

Den Anfang machte die sowjetische Regierung, als sie 1973 in der UNO vorschlug, die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sollten ihre Militärausgaben um 10% kürzen. Von den so eingesparten Mitteln sollte ein Teil für einen Abrüstungsfonds abgezweigt werden, der Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen sei. Auf der ersten Sondertagung der UN-Vollversammlung zur Abrüstung 1978 in New York schlug die UdSSR vor, anstatt der prozentualen eine absolute Kürzung der Rüstungsausgaben vorzunehmen. (5)

Beide Initiativen wurden von den Westmächten abgeblockt. Auf der ersten UN-Sondertagung für Abrüstung brachte Frankreich allerdings die Idee eines „Internationalen Abrüstungsfonds für Entwicklung“ ein, der aus einer Besteuerung der „Überrüstung“ gespeist werden sollte. Ein ähnliches Modell entwarf 1980 die von der Weltbank initi-

ierte und von SI-Präsident Willy Brandt geleitete Nord-Süd-Kommision in ihrem Bericht „Das Überleben sichern“. Es sah vor, die Rüstungsausgaben und Rüstungstransfers mit einer Steuer zu belegen, mit welcher zusätzliche Entwicklungshilfe aufgebracht werden könnte. Der Gedanke einer Rüstungssteuer stieß jedoch gerade bei den Abrüstungsbefürwortern auf Kritik, da sie bei den Adressaten der Entwicklungshilfe einen Interessengleichklang mit Rüstungskonzernen am Anheizen des Wettrüstens wecken könnte. Die Steuereinnahmen lägen nämlich umso höher, je steiler die Kosten für Rüstungsgüter anstiegen.

Auf der 2.UN-Sondertagung für Abrüstung im Jahr 1982 legte eine Expertenkommission, die 1978 auf Anregung der sozialdemokratischen Regierung Schwedens gebildet und von deren Staatssekretärin Inga Thorsson geleitet worden war, erstmals einen Bericht zum Thema „Abrüstung und Entwicklung“ vor. Auf der UN-Vollversammlung im Jahr 1983 schlug der französische Staatspräsident François Mitterrand sodann eine internationale Konferenz vor, welche sich eigens dem Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung und der Installierung jenes strittigen steuergespeisten Abrüstungsfonds widmen sollte.

Zwischenzeitlich erhielt das Anliegen „Abrüstung für Entwicklung“ neue Impulse, die sich aus einem umschgreifenden Widerstand gegen den Reaganschen Überlegenheits- und Interventionskurs, d. h. dem Aufschwung der Friedens- und Antiinterventionsbewegung, und aus den verheerenden Auswirkungen der Schuldenkrise ergaben.

Im August 1984 trug die SPD in ihrem „Zukunftsprogramm Dritte Welt“ dieser gewandelten Ausgangslage mit der Aussage Rechnung, daß die wachsende Gefährdung der Entwicklungsgrundlagen der Dritten Welt ohne eine weltweite Beschränkung der Rüstungsausgaben nicht abzuwenden sei. Sie schlug die Gründung eines Fonds vor, der aus Abzweigungen der Rüstungsetats in West und Ost bestehen

konomischen Bedürfnissen andererseits bestehende Widerspruch zwingt förmlich zu dem moralischen Appell, Abrüstung und Entwicklung zueinander in Beziehung zu setzen. Gleichzeitig wird in zunehmendem Maße anerkannt, daß Überrüstung und Unterentwicklung den Frieden und die Sicherheit in der Welt bedrohen. (. . .)

8. Obwohl Abrüstung und Entwicklung den Frieden und die Sicherheit in der Welt stärken und den Wohlstand fördern, sind sie doch zwei verschiedene Prozesse. Beide müssen mit Dynamik vorangetrieben werden, unabhängig vom Grad des Vorschreitens des jeweils anderen. (. . .)

9. Trotzdem besteht zwischen Abrüstung und Entwicklung ein enger und vielseitiger Zusammenhang. Beide können auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene Einfluß auf die Schaffung von Bedingungen, die dem jeweils anderen Prozeß förderlich sind, nehmen.

10. Der zwischen Abrüstung und Entwicklung bestehende Zusammenhang ergibt sich teilweise aus der Tatsache, daß das fortgesetzte Wettrüsten in der Welt und die Entwicklung gleichermaßen an den begrenzten Ressourcen auf nationaler und internationaler Ebene interessiert sind. Die Bewilligung umfangreicher Ressourcen für Rüstungszwecke behindert ein optimales Vorschreiten der Entwicklung.

11. In Anbetracht der gegenwärtigen Mittelknappheit in entwickelten und Entwicklungsländern könnte ein weltweiter Abbau der Militärausgaben der Entwicklung in bedeutsame Maßnahme zugute kommen. Die Abrüstung kann den Prozeß der Entwicklung nicht nur durch die Freisetzung zusätzlicher Ressourcen unterstützen, sondern auch durch eine positive Einflußnahme auf die internationale Wirtschaft. Durch die Abrüstung können Bedingungen geschaffen werden, auf deren Grundlage eine gerechte wirtschaftliche und technische Zusam-

solle. Als Beispiel führte das Papier einen 5%-Anteil an den damaligen Weltüstungsausgaben an. Damit sollte den Entwicklungsländern bei der Entschuldung geholfen, der Handel belebt und die Grundbedürfnisse gesichert werden.

Im Juni 1986 beauftragte der Kongreß der Sozialistischen Internationale in Lima, daß geduldige Verhandlungen vonnöten seien, „deren Ziel die Durchsetzung bedeutender Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung und die Umlenkung der Ressourcen ist, die jetzt noch für Rüstungszwecke verschwendet werden. Diese Ressourcen müssen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zugute kommen.“ (6)

SI-Präsident Willy Brandt präzierte in seinem Buch „Der organisierte Wahnsinn“, daß die dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Dritten Welt wesentlich auf das Wettrüsten zurückzuführen und nur über Rüstungskürzungen und eine systemübergreifende Zusammenarbeit eine Lösung ihrer drängendsten humanitären Probleme (Welthunger, Umweltzerstörung) zu bewerkstelligen wäre. (7)

Auch die neue sowjetische Führung unter Michail Gorbatschow stellte die ruinösen Auswirkungen des Wettrüstens für die wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer, für die Zuspitzung anderer globaler Probleme stärker heraus. Desgleichen betonte sie, daß eine Überwindung dieser Problemlage unbedingt Abrüstungsschritte und die enge Verknüpfung von Abrüstung und Entwicklung voraussetze. Sie tat dies allerdings stärker als die sozialdemokratischen Repräsentanten unter sicherheitspolitischen Vorzeichen, aus dem sowjetischen Grundanliegen heraus, die hauptsächlich vom atomaren Wettrüsten und der US-Erstschlagsstrategie ausgehende Weltkriegsgefahr zurückzudrängen und die „auf Konfrontation gerichteten Tendenzen“ durch eine initiativreiche globale Dialogpolitik zu überwinden. Dies war die Botschaft des von KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow im Ja-

nuar 1986 vorgelegten radikalen „3-Stufen-Programms zur Beseitigung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000“.

„Der Übergang“ – so hieß es darin – „zu aktiven Schritten zur Einstellung des Wettrüstens und zur Rüstungsreduzierung ist eine unabdingbare Voraussetzung auch für die Lösung der sich immer stärker zuspitzenden globalen Probleme – Zerstörung der Umwelt des Menschen, Notwendigkeit der Suche nach neuen Energiequellen, Kampf gegen ökonomische Rückständigkeit, Hunger und Krankheiten. Das vom Militarismus aufgezwungene Prinzip „Aufrüstung statt Entwicklung“ muß abgelöst werden durch das Prinzip „Abrüstung für Entwicklung“. Die Schlinge einer Billionen-Verschuldung, die derzeit Dutzende Länder und ganze Kontinente würgt, ist direkte Folge des Wettrüstens. Mehr als 250 Milliarden Dollar, die jährlich aus den Entwicklungsländern herausgepreßt werden, sind eine Summe, die mit dem Ausmaß des gigantischen Rüstungsbudgets der USA praktisch übereinstimmt.“ (8)

Anlässlich der „Konferenz über den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung“, die vom 24. August bis 11. September 1987 unter dem Dach der UNO in New York tagte, wartete Gorbatschow mit konkreten Vorschlägen auf. In einem Appell an das Forum plädierte er dafür, „im Rahmen der UNO einen internationalen Fonds – „Abrüstung für Entwicklung“ – zu bilden, der allen Staaten offensteht. Die UdSSR ist bereit, sich an diesem Fonds zu beteiligen.“ Außerdem sprach er sich für die Reduzierung der Militärhaushalte auf ein vernünftiges Mindestmaß, die Offenlegung militärischer Daten und das Erarbeiten von Plänen für die Umstellung von militärischer auf zivile Produktion (Konversion) aus. (9)

In dem von den 150 Teilnehmerländern verabschiedeten Schlußdokument konnten zwar die Kernforderungen von sozialistischen und Entwicklungsländern nach einschneidenden Kürzungen der Rüstungsausgaben seitens der führenden Militärmächte und nach der Bereitstellung freierwerdender Mittel für Entwicklungszwecke, al-

AUS DER ERKLÄRUNG DER UNO-KONFERENZ ÜBER DEN ZUSAMMENHANG ZWISCHEN ABRÜSTUNG UND ENTWICKLUNG

Enges und mehrseitiges Wechselverhältnis von Abrüstung und Entwicklung

Die erste und bislang einzige internationale Konferenz der UNO, die sich dem Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung gesondert widmete, fand vom 24. August 1987 bis 11. September 1987 in New York statt. Auf ihr einigten sich 150 Teilnehmerstaaten einstimmig auf das hier auszugsweise vorgestellte Schlußdokument, das 35 Punkte, ein Aktionsprogramm inbegriffen, umfaßte. Die USA blieben dem Weltforum fern, während ihre westlichen Verbündeten mitunterzeichneten.

2. Abrüstung und Entwicklung sind die beiden dringendsten Herausforderungen unserer Zeit. Es sind Aufgaben, denen die internationale Gemeinschaft äußerste Priorität beimißt und an deren Lösung alle Nationen – entwickelte und sich entwickelnde, große und kleine, kernwaffenbesitzende und nichtkernwaffenbesitzende – einen gemeinsamen und gleichen Anteil haben. Abrüstung und Entwicklung sind die zwei Säulen, auf die sich ein dauerhafter Frieden und die Sicherheit in der Welt stützen können.

3. Das fortgesetzte Wettrüsten verschlingt einen unverhältnismäßig großen Teil der menschlichen, finanziellen, natürlichen und technischen Ressourcen der Welt, bürdet den Wirtschaften aller Staaten eine schwere Last auf, beeinträchtigt den internationalen Fluß von Waren, Finanzen und Technologien und behindert zusätzlich den Prozeß der Vertrauensbildung zwischen den Staaten. Die Militär-

ausgaben in der Welt stehen in einem krassen Widerspruch zu wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Unterentwicklung, zum Elend und zur Armut, in der sich mehr als zwei Drittel der Menschheit befinden. Aus diesem Grunde gibt es eine Übereinstimmung der Interessen bezüglich der Schaffung von Sicherheit auf niedrigeren Rüstungsniveaus und der Suche nach Wegen für einen Abbau der Militärbudgets.

4. Die Welt kann entweder das Wettrüsten mit großem Nachdruck weiter vorantreiben oder sich bewußt und allmählich in Richtung einer stabileren und ausgewogeneren gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung innerhalb einer gerechteren internationalen wirtschaftlichen und politischen Ordnung bewegen; beides zugleich geht nicht. (. . .)

6. Der zwischen den weltweiten Rüstungsausgaben einerseits und den nicht befriedigten sozialö-

menarbeit gefördert und eine neue internationale Wirtschaftsordnung erreicht werden kann. (. . .)

13. Im Zusammenhang von Abrüstung und Entwicklung spielt die Sicherheit eine wichtige Rolle. Fortschritte, die auf einem dieser drei Gebiete erzielt werden, würden sich auf den jeweils anderen Bereich positiv auswirken.

14. Für alle Staaten steht die Sicherheit an erster Stelle. Auch Abrüstung und Entwicklung bauen auf ihr auf. Sicherheit hat nicht nur einen militärischen Aspekt, sondern ist auch von politischer, wirtschaftlicher, sozialer, humanitärer, menschenrechtlicher und ökologischer Tragweite. Erhöhte Sicherheit kann einerseits die Bedingungen für die Abrüstung, andererseits aber auch die Voraussetzungen und das Vertrauen für das erfolgreiche Vorschreiten der Entwicklung schaffen. Im Verlaufe des Entwicklungsprozesses können Gefahren nichtmilitärischen Ursprungs für die Sicherheit überwunden und der Grundstein für eine stabilere und dauerhafte internationale Ordnung gelegt werden, was zu größerer Sicherheit sowie Rüstungsbeschränkungen und Abrüstung führen kann. Abrüstung würde die Sicherheit direkt und indirekt erhöhen. Ein Abrüstungsprozeß der uneingeschränkte Sicherheit auf einem immer niedrigeren Rüstungsniveau vorsieht, könnte dazu führen, daß zusätzliche Ressourcen für die Überwindung nichtmilitärischer Sicherheitsprobleme genutzt werden und somit überall erhöhte Sicherheit geschaffen wird. (. . .)

16. Es ist eine allgemein anerkannte Tatsache, daß es zu viele Waffen auf der Welt gibt und die Sicherheit auf ein wesentlich niedrigeres Rüstungsniveau abgesenkt werden muß. Das fortgesetzte Wettrüsten in all seinen Dimensionen und in seiner Ausdehnung auf neue Gebiete ist eine wachsende Gefahr für den Frieden und die Sicherheit in der Welt, ja sogar für das Überleben der Menschheit. Des



weiteren drohen die weltweiten Militärausgaben für konventionelle und nukleare Waffen die Anstrengungen abzuwürgen, mit denen die Entwicklungsziele erreicht werden sollen, die für die Beseitigung der nichtmilitärischen Gefahren für Frieden und Sicherheit notwendig sind. (. . .)

zögern eine wahrhafte sozialökonomische Entwicklung und schaffen Spannungen, die zu Instabilität führen. Massenarmut, Analphabetentum, Krankheiten, Elend und Unterernährung sind für einen großen Teil der Weltbevölkerung charakteristisch und führen oft zu sozialen Belastungen, Spannungen und Zwietracht. (. . .)

31. Die im Ergebnis von Abrüstungsmaßnahmen freigesetzten Ressourcen sollten im Interesse aller Völker für die Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen der Entwicklungsländer und die Überwindung der wirtschaftlichen Diskrepanz zwischen entwickelten und Entwicklungsländern genutzt werden. Diese Ressourcen sollten in jene mit einfließen, die den Entwicklungsländern als Unterstützung zur Verfügung stehen.

32. Die Freisetzung zusätzlicher Mittel für den zivilen Bereich liegt im Interesse der industrialisierten wie auch der Entwicklungsländer, denn damit würden das Wirtschaftswachstum, der Handel und die Investitionen stimuliert. Die Entwicklungsländer könnten diese zusätzlichen Ressourcen auch für die Befriedigung dringender sozialökonomischer Bedürfnisse verwenden, währenddessen sie in den entwickelten Ländern zur Lösung von Zielstellungen auf dem Gebiet der Sozialfürsorge beitragen könnten. Trotzdem genügt es nicht, sich nur für die Freisetzung von Ressourcen durch Abrüstungsmaßnahmen einzusetzen: eine internationale Entwicklungsstrategie wirkt in den internationalen Beziehungen als ein lebendiges, stabilisierendes Element. (. . .)

34. Die in der Vergangenheit gesammelten Erfahrungen haben gezeigt, daß sich bei der Umstellung der militärischen auf die zivile Produktion keine unüberwindbaren Probleme auftürmen müssen. (. . .) (QUELLE: New Perspectives, Helsinki, Nr. 1/1988, S. 4-7)

so die gebotene Verkoppelung von Abrüstung und Entwicklung, verankert werden. Der dafür erforderliche Abrüstungsfonds fand jedoch keine Erwähnung, weil die westlichen Industriestaaten sich dem widersetzen. Zu den Blockierern gehörten die Bundesrepublik und auch Frankreich, das nun von seiner ursprünglichen Fonds-Gründungs Idee nichts mehr wissen wollte.

Die Militärmacht USA war dem Weltforum ganz ferngeblieben mit der fadenscheinigen Begründung, sie sähe keinerlei Verbindung zwischen Rüstung und wirtschaftlicher Entwicklung. In Wirklichkeit scheute die Reagan-Administration die Auseinandersetzung über eben diesen Zusammenhang und die erwartungsgemäß massive Kritik am Hochrüstungskurs der NATO-Mächte. Ihre Verbündeten verlegten sich in der New Yorker Debatte denn auch darauf, durch Gegenangriffe auf ebenfalls aufrüstende Entwicklungsländer abzulenken sowie entsprechende Benennungen der innergesellschaftlichen Ursachen der Militarisierung (Profitinteressen des militärisch-industriellen Komplexes, repressive Herrschaftssicherung, Feindbilder, Überlegenheitswahn u.ä.) abzubiegen. Ferner suchten sie die Wechselwir-

BEI DEN VORSTÖßEN IN RICHTUNG „ABRÜSTUNG FÜR ENTWICKLUNG“ LEISTETEN DIE INTERNATIONALE SOZIALDEMOKRATIE, DIE SOWJETUNION UND DIE VEREINTEN NATIONEN SCHRITTMACHERDIENSTE

kung von Aufrüstung und ruinöser wirtschaftlicher Entwicklung der Dritten Welt möglichst vage zu halten. Diese Verwässerung gelang ihnen allerdings im Schlußdokument nur bruchstückhaft (Punkte 8 und 9, siehe Kasten).

Zu den wichtigsten vorwärtsweisenden Ergebnissen der Konferenz zählt das Festschreiben des Wechselverhältnisses von Aufrüstung und Unterentwicklung als „eng und mehrseitig“ sowie des Dreiecksverhältnisses von Abrüstung, Entwicklung und Sicherheit. Bedeutsam ist hierbei auch der Durchbruch zu einem erweiterten Begriff von Sicherheit, welcher von der Abwendung der Selbstvernichtungsfahr durch einen Atomkrieg bis hin zur Aufnahme auch der nichtmilitärischen Bedrohungen des Friedens reicht. (Punkt 14)

Die Konferenz anerkannte desweiteren in ihrem Aktionsprogramm, daß Konversionsvorhaben anzugehen seien und „eine informierte Öffentlichkeit – Nichtregierungsorganisationen eingeschlossen – für die Unterstützung von Abrüstung und Entwicklung und bei der Herausbildung eines Verständnisses über den Zusammenhang von Abrüstung, Entwicklung und Sicherheit von unschätzbarem Wert ist.“ (10)

An dieses erste multilaterale Weltforum zum Thema Abrüstung und Entwicklung knüpften eine Reihe gleichgerichteter Initiativen an. Die konkretesten Realisierungsvorschläge brachte eine hochrangige gemeinsame Arbeitsgruppe von SPD und KPdSU im Oktober 1987 zuwege.

Sie favorisierte die Bildung eines „Internationalen Solidaritätsfonds zur Hilfe für die 'Dritte Welt'“, sobald eine Vereinbarung über den Streitkräfte- und Waffenabbau erzielt worden sei. An ihm sollten sich insbesondere die Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages sowie alle anderen Industrieländer beteiligen. Offen blieb, ob die im Verlauf eines substanziellen Abrüstungsprozesses freierwerdenden Mittel in Form eines prozentualen Anteils an den Militäretat-Kürzungen oder aber durch eine Anteilsregelung am Nationaleinkommen bzw. Bruttosozialprodukt in einen solchen Fonds einfließen sollten. Die Kriterien für Finanzierung und Vergabe von Projekten sollen weiter diskutiert werden. Auf jeden Fall bedürfe der Internationale Solidaritätsfonds keiner neuen Organisation, sondern „könnte zweckgebunden, insbesondere über die Kanäle der UNO . . . realisiert werden, bei entsprechender Kontrolle von Seiten des Fonds.“ (11)

Inspiziert durch erste greifbare Ergebnisse im politischen Dialog Sowjetunion-USA, so durch den mit dem Mittelstreckenraketen-Abkommen verbundenen Einstieg in den Abrüstungsprozeß und Ansätze zur Lösung regionaler Konflikte, schalteten sich jetzt auch die Nichtpaktgebundenen stärker in die Debatte ein. Ihr Vorsitzender, Simbabwe-

Präsident Robert Mugabe, verwies auf einer Ministertagung Anfang 1988 in Harare auf die verhängnisvolle Übereinstimmung der Größenordnung von jährlichen Weltmilitärausgaben und einer Schuldenlast, die in den Entwicklungsländern „Sicherheit und Stabilität“ untergrabe. Sein Fazit: „Angesichts dieses Verhältnisses von Sicherheit, Entwicklung und Abrüstung ist es eine dringende Notwendigkeit, jene Mittel, die durch den Abrüstungsprozeß freigesetzt werden, für die sozialökonomische Entwicklung zu verwenden. Deshalb ist es unsere berechnete Hoffnung, daß der ermutigende Abrüstungsprozeß, der nach dem jüngsten Gipfel der Großmächte am Horizont sichtbar wird, zu einer solchen Neuverteilung der Mittel führt. Ebenso müssen wir für unseren Teil im Süden in den verschiedenen Regionen der (Nichtpaktgebundenen) Bewegung für eine gerechte und dauerhafte Lösung der Konflikte kämpfen, die unsere so sehr benötigten Ressourcen verschlingen.“ (12)

Im Mai 1988 richtete eine Außenministertagung der Nichtpaktgebundenen in Havanna einen Appell an die Völker der Welt, aktiv zur Festigung des begonnenen Abrüstungsprozesses beizutragen. Sie beschlossen, auf der bevorstehenden UN-Abrüstungskonferenz einen Aktionsplan zur Vernichtung aller Atomwaffen einzubringen, der die Notwendigkeit unterstreiche, die freierwerdenden Mittel ökonomisch-sozialen Entwicklungszwecken zuzuführen. Auf der dritten Sondertagung der UN-Vollversammlung, die vom 31. Mai bis 5. Juni 1988 in New York stattfand, legte Indiens Ministerpräsident Rajiv Gandhi einen solchen Aktionsplan vor. Er sah die etappenweise Beseitigung aller Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen bis zum Jahr 2010 vor. Sie sollte mit Verhandlungen über die Schaffung eines umfassenden internationalen Sicherheitssystems unter UN-Schirmherrschaft einhergehen. In diesem Rahmen seien „Vorkehrungen für die Freisetzung von Ressourcen durch die Abrüstung für Entwicklungszwecke“ zu treffen. (13)

Die Tagung endete indessen ohne konkrete Ergebnisse, da namentlich die USA das Zustandekommen eines Schlußdokuments vereitelten. Kategorisch wiesen sie u.a. die Vorschläge zur Unterbindung des Wettrüstens im Weltraum und zur See, zur Schaffung von atomwaffenfreien oder Friedenszonen (z.B. Pazifischer und Indischer Ozean) sowie wiederum das Konzept „Abrüstung für Entwicklung“ zurück. Dessen Weiterentwicklung findet somit vorerst außerhalb der Vereinten Nationen statt. Die Inszenierung eines Fonds ist auf Eis gelegt.

So ergibt sich zur Jahresmitte 1989 eine widersprüchliche Ausgangslage. Einerseits verschleppen die Regierung Bush und NATO-Kreise nächstliegende Abrüstungsschritte (50%-Kürzungen strategischer Offensivwaffen, C-Waffen-Beseitigung), vollziehen sie trotz eines gebremsten Wachstums der Militäretats noch keine substantiellen Abstriche am Wettrüsten. Die Sowjetunion, China und andere sozialistische Staaten hingegen gingen mit einseitigen drastischen Verringerungen von Streitkräften und Militäretats sowie mit dem Abzug von im Ausland stationierten Truppen voran. Diese Schritte wirken beispielhaft, erzeugen Zugzwang auf der Gegenseite.

Aber es bedarf erhöhten Drucks seitens der Öffentlichkeit, der Friedens- und Solidaritätskräfte auf die Regierenden gerade in den NATO-Bastionen, um reale Fortschritte in Sachen „Abrüstung für Entwicklung“ herbeiführen zu können.

Anmerkungen

- 1) Daten nach: R. L. Sivard, World Military and Social Expenditures 1987-88, Washington 1988; SIPRI (Hg.), SIPRI-Jahrbuch 1988. Rüstung und Abrüstung, Baden-Baden und Stockholm 1988; UN-Dokument A/CONF. 130/121; Weltbank (Hg.), Weltentwicklungsbericht 1988, Washington 1988
- 2) Vgl. S. George, Sie sterben an unserem Geld, Reinbek 1988, S. 36-43; fid, Velbert, Nr. 4/1988; Weltbank (Hg.), Weltentwicklungsbericht 1988, a.a.O., S. 124-125
- 3) Ebenda, S. 125
- 4) Laut: ebenda; UN-Dokument A/CONF. 130/121 und UNICEF-Bericht 1989, siehe in: DRITTE WELT, Nr. 3/1989, S. 41
- 5) Zit. nach: IPW-Berichte, Berlin, Nr. 11/1986, S. 41
- 6) Vgl. Stuttgarter Zeitung, 31.8.1984 und IPW-Berichte, Nr. 2/1988, S. 17
- 7) W. Brandt, Der organisierte Wahnsinn, Köln 1988, S. 9/10 und 18
- 8) Programm 2000: Die Abrüstungsvorschläge Michail Gorbatschows, Düsseldorf, Februar 1986, S. 1 und 15
- 9) Zit. nach: TASS/APN, Moskau, 24.8.1987
- 10) UN-Dokument A/CONF. 130/121
- 11) Wortlaut des Papiers in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Nr. 12/1987, S. 1628-1630, hier S. 1629
- 12) Zit. nach: Horizont, Berlin, Nr. 8/1988
- 13) UN-Dokument A/S-15/PV. 14. Auch in: New Perspectives, Helsinki, Nr. 6/1988, S. 5-6, hier S. 6

Südliches Afrika

REINHARD BRÜCKNER

Die Komplizen der Apartheid stoppen

Boykottiert Shell!

Eine breitgefächerte Boykottkampagne in den USA, Großbritannien, den Niederlanden u.a. Staaten bringt den Ölmulti Shell in Schwierigkeiten. Auf Initiative christlicher Gruppen hin wird die Shell-Kampagne im Juni d.J. auch in der Bundesrepublik auf Touren gebracht. Der Konzern soll damit zur Aufgabe seiner Südafrikageschäfte gezwungen werden.

Südafrika besitzt keine Erdölvorkommen. Es muß mehr als 70 % des Verbrauchs über Großtanker einführen, mindestens 14 Mio t jährlich. Höchstens 25-30 % werden durch kostspielige Kohleverflüssigung der staatlichen SASOL-Werke gewonnen. Der Transportsektor sowie Militär und Polizei sind auf Treibstoffe und Schmieröle besonders angewiesen, anders könnten sie weder schwarze Wohnsiedlungen terrorisieren noch die Nachbarländer von Angola bis Mosambik destabilisieren. Die in stillgelegten Bergwerken gelagerten Öl-Reserven von 7 bis 8 Mio t reichen höchstens 250 Tage. Ein wirksamer Boykott könnte das Regime an den Verhandlungstisch zwingen.

Der niederländisch-britische Royal Dutch/Shell-Konzern war 1987 vom Umsatz her zweitstärkstes Unternehmen der Welt – nach General Motors, USA (Gesamtumsatz Shell: 140,5 Mrd DM, davon weniger als 2 % in Südafrika). Sein US-Konkurrent Exxon (dritter unter den Weltkonzernen, 0,2 % des Umsatzes in Südafrika), verließ den Apartheidstaat schon Mitte der 80er Jahre.

Shell liefert ca. 14 bis 16 % des südafrikanischen Rohölbedarfs und betreibt zusammen mit BP, Mobil Oil und SASOL die vor Durban liegende größte südafrikanische Tankerabfüllanlage. Shell und BP besitzen auch die größte Raffinerie, SAPREF (ca. 200 000 Barrel täglich, 1300 Beschäftigte, darunter 500 weiße). SAPREF produziert Benzin, Gasolin, Paraffin, Dieselöl, Treibstoffe für Flugzeug- und Schiffsmotoren, Reinigungsmittel und Bitumen zum Straßenbau. Zusammen mit der Regierung unterhält der Konzern eine Inland-Pipeline.

Auch in anderen Bereichen ist Shell aktiv: Shell besitzt „strategisch“ wichtige Anteile an der Chemieindustrie, ebenso Zuckerrohr- und Waldplantagen. Der Konzern hält Anteile am Kohlebergbau und ist einer der größten südafrikanischen Kohleexporteure. Auch die in Namibia tätige „Shell Öl Südwestafrika“ gehört zu 100 % Shell.

Das seit acht Jahrzehnten in Südafrika ansässige Unternehmen hat nur wenige schwarze Manager ausgebildet. Es darf aufgrund südafrikanischer Gesetzgebung den Umfang sei-



ner Lieferungen nicht öffentlich bekanntmachen und muß werkseigene Sicherheitskräfte halten, die verpflichtet sind, mit dem Militär zu kooperieren. Die Regierung kann bei Erklärung des Notstandes alle Shell-Betriebe in eigene Regie nehmen.

Shell „produziert, raffiniert, lagert, transportiert, liefert, verteilt und verkauft Benzin und andere Öle und Produkte“ an den Apartheidstaat. Der Konzern hilft „Gesetz und Ordnung“ zu erhalten, die der brutalen Unterdrückung dienen. „Wir versuchten, mit Shell zu verhandeln, doch sie weigerten sich . . . Shell ist nicht an Demokratie in Südafrika interessiert. Es liefert Öl an eine Regierung, die unschuldige Frauen und Kinder in den schwarzen Townships tötet . . . Sie haben keinen Respekt vor menschlicher Würde . . . Shell muß Südafrika verlassen, das ist der einzige Schritt in die richtige Richtung“ (James Motlatsi, Präsident der Südafrikanischen Minenarbeitergewerkschaft, vor der Shell-Aktionärsversammlung in Den Haag, Mai 1988).

Der Südafrikanische Kirchenrat fordert seit Mai 1985 alle Kirchen der Welt auf, für „wirksamen und wirtschaftlichen Druck“ zu sorgen, um noch mehr Gewalt und Blutvergießen zu verhindern. „Shell zum Verlassen Südafrikas und zum Aufgeben aller wirtschaftlichen Verbindungen zu zwingen, ist die logische Konsequenz dieses Beschlusses“ (Beyers Naudé, burischer Theologe, bis 1987 Generalsekretär des Kirchenrates). Sein Nachfolger, Frank Chikane, erklärte im November 1987: „Es ist besonders wichtig, daß

die Apartheidgegner in aller Welt Unternehmen wie Royal Dutch/Shell und Mobil Oil aufordern, alle Verbindungen mit Südafrika zu zerschneiden, um die weiße Minderheit zu drängen, friedlichen Veränderungen zuzustimmen“.

Die OPEC-Staaten (erdölexportierende Länder) beschlossen bereits 1979 einen freiwilligen Boykott. Doch einige, wie das Ölscheichtum Brunei (das mit Shell die Brunei-Shell-Erdölförderungsgesellschaft betreibt) durchbrachen den Beschluß gegen höhere Zahlungen.

Die UN-Vollversammlung forderte wiederholt den Öl-Boykott, zuletzt im November 1987 mit 137 Stimmen (Gegenstimmen:

Aktionsempfehlungen zum Shell-Boykott

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es bisher nur vereinzelt Aktivitäten gegen den Shell-Konzern. Aktionen zur Aufklärung und Bewußtseinsbildung sind dringend erforderlich, um die Basis für weiteren Druck auf das Unternehmen zu erhöhen.

Einige Handlungsanregungen für Einzelne und Gruppen:

- Tanken Sie nicht bei Shell-Tankstellen und kaufen Sie keine Shell-Produkte (Öle, Lösungsmittel, Reinigungsmittel, Stoffe zur Luftverbesserung). Ermuntern Sie Ihre Bekannten, dies ebenfalls zu tun.
- Machen Sie Ihren Boykott zum Beispiel dadurch öffentlich, indem Sie den Aufkleber (erhältlich bei den Trägern der Aktionsdekade) auf Ihrem PKW verwenden!
- Teilen Sie Ihrer Shell-Tankstelle bzw. dem Shell-Konzern (Anschrift: Royal Dutch Petroleum Co., Präsident van Wachem, Carel van Bylandthaan 30, NL-2596 HR Den Haag) Ihren Boykott mit und fordern Sie Shell auf, jedwede Unterstützung des Apartheidsystems einzustellen.
- Organisieren Sie öffentlichkeitswirksamen Protest: zum Beispiel durch Mahnwachen vor Tankstellen und Shell-Agenturen, Straßentheaterszenen, Plakatwandgestaltung zum Shell-Boykott, Zeitungsannoncen, Infostände in Fußgängerzonen etc.
- Fordern Sie mit entsprechender Begründung Kommunen, Kirchengemeinden, weitere Organisationen und Institutionen auf, eventuell bestehende Verträge mit Shell (z.B. über Heizöllieferung) auslaufen zu lassen.

USA, Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik). Ein entsprechender, alle UN-Mitgliedsstaaten bindender Beschluß des UN-Sicherheitsrates wurde von den USA, Frankreich und Großbritannien verhindert (zuletzt im März 1988).

Weltweit waren Mitte 1988 ca. 200 internationale Gewerkschaften, Kirchen und Anti-Apartheidbewegungen am Shell-Boykott beteiligt (allein in den USA 75 Organisationen).

Boykott-Aktionen haben in den USA besondere Bedeutung, da Shell in diesem Land ca. 30 % seines Weltumsatzes erzielt. 55 protestantische Kirchen, katholische Diözesen

und Ordensgemeinschaften begannen 1985 in den USA eine Kampagne gegen 12 US-Unternehmen (General Motors, Mobil Oil, Texaco, Chevron und andere), damit diese sich aus Südafrika zurückziehen. Sie schlossen sich 1986 dem von der Vereinigten US-Minenarbeitergewerkschaft und der großen US-Bewegung „Befreit Südafrika“ begonnenen Shell-Boykott an. Entsprechende Beschlüsse faßten 1988 der Hauptvorstand der US-Baptisten-Kirche, die Barmherzigen Schwestern von Brooklyn, der Nationalrat der Kirchen Christi, die Vereinigte Methodistenkirche, die Episkopalkirche (der Präsident Bush angehört) sowie alle schwarzen US-Kirchen.

Das US-Repräsentantenhaus stimmte im August 1988 mit 240 zu 132 Stimmen für die Verschärfung des Sanktionsgesetzes von 1986. Die Zustimmung des Senats und des Präsidenten stehen noch aus. Wird die Vorlage Gesetz, müßten u.a. in Südafrika tätige US-Ölgesellschaften ihre Geschäftsverbindungen binnen 12 Monaten aufgeben. Neuabschlüsse über Rohöl-, Erdgas- oder Kohlelieferungen mit in den USA niedergelassenen ausländischen Unternehmen, die Rohöl an Südafrika liefern oder Investitionsgeschäfte tätigen, werden verboten.

Der Ökumenische Rat der Kirchen, bittet seine mehr als 300 Mitgliedskirchen, „die weltweite Kampagne für den Boykott gegen die Shell-Öl-Cooperation zu unterstützen“ (Zentralaussschuß, August 1988 in Hannover).

Das Europa-Parlament forderte im Juli 1988 seine 12 Mitgliedsstaaten auf, den Export von Ölprodukten nach Südafrika zu verbieten.

In Großbritannien (insgesamt ca. 3000 Shell-Tankstellen) unterstützen u.a. der Nationale Kirchenrat und die Methodistenkirche den Boykott und fordern „Shell-frei“ zu fahren. Die britische Anti-Apartheid-Bewegung erklärte 1987 zum „Jahr gegen Shell“ und organisierte eine Protestkette vor Shell-Tankstellen von London bis Glasgow.

In den Niederlanden unterstützen der Nationale Kirchenrat, seine Mitgliedskirchen, Gewerkschaften, die Anti-Apartheid-Bewegung, Städte und andere den Boykott, u.a. durch eine Telefonkampagne gegen die ca. 950 Shell-Tankstellen.

Schweden und Dänemark verhängten 1986/87 ein absolutes Handelsverbot mit Südafrika. Die dänische Tageszeitung „Politiken“ stellte die Shell-Anzeigenwerbung ein, ebenso die Städte Århus und Odense in ihren öffentlichen Verkehrsmitteln. Norwegen verbietet den Rohöltransport seit 1987.

Städte, wie Sheffield/England, Hilversum/Niederlande, Trondheim/Norwegen u.a. stellen ihre Lieferverträge ein. Der Bürgermeister von Enschede/Niederlande forderte namens 92 westlicher Städte die Shell-Aktionärsversammlung 1988 auf, alle Verbindungen zum Apartheidstaat zu lösen.

Shell gab 1987/88 sinkende Umsätze in Norwegen, Schweden, den Niederlanden, Dänemark (1987 minus 7 %) und Großbritannien (minus 6,6 %) bekannt, ebenso Beschädigungen von über 120 Tankstellen in Westeuropa.

Der Beitrag von Reinhard Brückner, Weilburg, Pfarrer a.D. und zwischenzeitlich Landtagsabgeordneter der GRÜNEN, ist dem Materialheft „Stoppt die Verbündeten der Apartheid!“ entnommen, das von kirchlichen Gruppen anlässlich ihrer Südafrika-Aktionsdekade vom 8.–18. Juni 1989 herausgegeben wurde. Der Bund der Katholischen Jugend (BDKJ), die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej), Pax Christi, die Anti-Apartheid-Bewegung und die anderen 19 Träger der Südafrika-Aktionsdekade (Aufruf siehe Kasten) bieten neben dem erwähnten Materialheft (24 S., 2 DM) auch Aktionsplakate, Postkarten, Aufkleber usw. sowie ein „Shell-Paket“ (6 DM für 2 Plakate, 5 Aufkleber, 5 Infoblätter) an. Bestellungen bei: BDKJ, Carl-Moesterts-Platz 1, 4000 Düsseldorf 30, Tel. 02 11 - 46 93 - 0 oder aej/Referat Entwicklungspolitik, Porschestr. 3, 7000 Stuttgart 40, Tel. 07 11 / 82 40 74.

NAMIBIA

CHRISTOPH SODEMANN

Südafrikas Krieg gegen die SWAPO

Unabhängigkeit in Gefahr

Der Unabhängigkeitsprozeß in Namibia begann am 1. April d.J. mit der blutigsten Schlacht des 23jährigen Befreiungskrieges. Über 300 SWAPO-Kämpfer und etwa 50 Angehörige der von Südafrika geführten Streitkräfte kamen ums Leben. Über die Hintergründe berichtet unser Bremer Mitarbeiter Christoph Sodemann, der sich zum Zeitpunkt des Geschehens in Namibia aufhielt.

Zunächst sah alles danach aus, daß der in der UN-Sicherheitsratsresolution 435 von 1978 festgelegte Plan, der Namibia nach einer siebenmonatigen Übergangsperiode die Unabhängigkeit garantieren soll, schon am ersten Tag seines Inkrafttretens gescheitert sei. Auf jeden Fall ist der Fahrplan des Waffenstillstandes und des nachfolgenden Truppenabzuges der Südafrikaner aus Namibia vorläufig storniert worden.

In der internationalen Öffentlichkeit wird heftig darüber debattiert, wer für den Ausbruch der Kämpfe verantwortlich ist. Pretoria beschuldigt die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), durch den Einmarsch von Hunderten ihrer Kämpfer aus Angola nach Namibia die Resolution 435 massiv verletzt zu haben. Ein Argument, das gerade in den ersten Tagen nach dem 1. April allzu beflissen von den westlichen Medien übernommen wurde.

Die SWAPO beharrt darauf, daß sich ihre Guerilleros bereits vor dem 1. April – und damit laut Vertrag rechtzeitig – im Lande befunden haben. Zudem sei es das gute, sogar vertraglich abgesicherte Recht ihrer Kämpfer, sich in von der UNO beaufsichtigten militärischen Stützpunkten in Namibia selbst aufzuhalten. Die SWAPO wirft der UNO vor, bei der Überwachung des Waffenstillstandes völlig versagt zu haben. Erst dadurch seien die brutalen und aggressiven militärischen Attacken der Südafrikaner gegen die SWAPO-Guerilleros möglich geworden.

Auf jeden Fall haben die Vorfälle im April gezeigt, daß das umfangreiche Vertragswerk für die Unabhängigkeit gerade einer der Hauptschwachpunkte des Prozesses ist, den es eigentlich herbeiführen soll. Denn die Resolution 435 nebst etwa 1000seitigem Anhang ist in Kernfragen nicht eindeutig genug. Und um die Situation noch verwirrender zu machen, existieren daneben zusätzliche Vereinbarungen wie das Genfer Abkommen.

Was läßt sich auf dieser Grundlage bislang an Fakten rekonstruieren? Nachdem es im Norden Namibias monatelang einen faktischen Waffenstillstand gegeben hatte, wurden am 1. April erneute Gefechte zuerst aus der Gegend von Ruacana, einer Provinzstadt im westlichen Ovambo-Land gemeldet. Ein-

heiten der „Südwestafrikanischen Polizei“ stießen bei einer Patrouille auf eine Gruppe von 40-50 SWAPO-Kämpfern, die verfolgt und niedergemacht wurden.

Was in Nord-Namibia als Polizei gilt, sind tatsächlich militärisch geschulte Einheiten, die mit schwer bewaffneten Panzerfahrzeugen operieren. Das Kommando über diese Truppe hat General Hans Dreyer, der bis vor kurzem Oberbefehlshaber der berühmten Sondereinheit „Koevoet“ (Brechtange) war. Diese von Südafrika aufgestellte Spezialtruppe von überwiegend schwarzen Soldaten hat den Buschkrieg gegen die SWAPO in den letzten Jahren besonders grausam geführt; Gefangene wurden in der Regel nicht gemacht.

Südafrika verbreitete sofort eine Erklärung, daß am Morgen des 1. April 600-800 SWAPO-Guerilleros mit schweren Waffen über die Grenze von Angola nach Namibia „infiltriert“ seien. Die SWAPO wurde einer „schweren Verletzung“ des Unabhängigkeitsplanes beschuldigt, denn Resolution 435 beschränke die Guerilleros auf Stützpunkte in Angola. Diese müßten sich nördlich des 16. Breitengrades, also etwa 160 km von der Grenze entfernt, befinden, wie es in den „Genfer Protokollen“ über einen Waffenstillstand am 5.8.1988 zwischen Angola, Kuba und Südafrika vereinbart worden sei. Polizeisprecher Kierie du Rand sagte, vier gefangene SWAPO-Kämpfer (übrigens die einzigen Gefangenen) hätten zugegeben, daß ihr Auftrag gelaute habe, „nach Süden zu gehen, dort Stützpunkte zu errichten, um dann die UNTAG um Schutz zu bitten“. Die „United Nations Transitional Assistance Group“ (UNTAG) ist das 4.650 Mann starke zivile und militärische Kontingent der UNO, das „freie und faire Wahlen“ in Namibia beaufsichtigen soll.

Noch im Verlauf des 1. April wurde der UN-Sonderbeauftragte für Namibia, der Finne Martti Ahtisaari, über die Ereignisse im Norden informiert, jedoch ausschließlich von den lokalen Behörden. Unter dem Druck Pretorias und mit dem Einverständnis von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar genehmigte Ahtisaari die erneute Mobilisierung der von Südafrika geführten Streitkräfte im Norden.

Laut Plan der UN-Resolution 435 sollten diese Verbände nach dem 1. April in ihren Ka-

sernen verbleiben. Doch stattdessen eröffneten dann sechs Bataillone der Südwestafrikanischen Territorialstreitkräfte (SWATF) und offenbar ebensovielen Bataillone der regulären südafrikanischen Streitkräfte die Jagd auf SWAPO-Kämpfer und auch SWAPO-Anhänger.

Die südafrikanischen Streitkräfte nutzten die Gunst der Stunde – nämlich die UNO und große Teile der Weltöffentlichkeit auf ihrer Seite zu haben – zu einer blutigen Abrechnung mit der SWAPO. Viele Guerilleros wurden offensichtlich beim fluchtartigen Rückzug hinterrücks erschossen. Die „Killer“-Bataillone – wie sie in Namibia oft genannt werden – hinterließen die Leichen der gefallenen SWAPO-Kämpfer unbestattet auf den Schlachtfeldern, wo sie tagelang verweseten.

Mancherorts wurden tote Guerilleros zur Abschreckung durch die Dörfer gefahren. Wassertürme wurden zu militärischen Beobachtungsposten umfunktioniert. An den Hauptverbindungsstraßen wurden Straßensperren errichtet, im ganzen Norden übernahm das Militär wieder die Macht.

Erst nach 11 Tagen wurde der Blitzkrieg gegen die SWAPO vorläufig eingestellt. In Mount Etjo, einer Farm in der Nähe von Windhuk, trafen sich hochrangige Vertreter Südafrikas, Angolas und Kubas sowie Beobachter aus den USA und der Sowjetunion. Die SWAPO wurde an diesem Treffen nicht beteiligt. Die in Mount Etjo verabschiedete Deklaration drängte darauf, den militärischen Konflikt sofort beizulegen. An der Grenze sollten neun Sammelpunkte der UNTAG eingerichtet werden. Die SWAPO-Kämpfer sollten sich

Medizinische Versorgung verwundeter SWAPO-Kämpfer in Oshakati



Aus dem Aufruf zur Südafrika-Aktionsdekade vom 8.–18. Juni 1989

Die Situation im Südlchen Afrika ist nach wie vor menschenunwürdig und fordert unser Engagement. (...)

Wir wollen die bundesdeutsche und internationale Unterstützung des Apartheidsystems bloßlegen und dagegen angehen. Deshalb bitten wir alle katholischen und evangelischen Kirchengemeinden, Jugendgruppen, Verbände und Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, ihre Solidarität während der Südafrika-Aktionsdekade vom 8. bis 18. Juni 1989 besonders deutlich zu machen. Damit knüpfen wir an unseren Aufruf 1987 „Das Leiden beenden – schafft Recht den Unterdrückten“ an.

In diesem Jahr sollen folgende Bereiche im Mittelpunkt stehen:

Geld: Insbesondere die Großbanken Dresdner Bank, Deutsche Bank und Commerzbank, aber auch andere Banken tragen durch Anleihen, Außenhandelsfinanzierungen, Kredite und Umschuldungen erheblich zur Erhaltung des Systems in Südafrika bei. Zusammen mit Unternehmen wie Daimler-Benz, Siemens, VW, BMW, Hoechst, Bayer und anderen ermöglichen sie Rüstungs-, Hochtechnologie- und andere Lieferungen.

Deshalb rufen wir alle Christen, Kirchengemeinden, Verbände und Institutionen auf, ihre Bankbeziehungen anhand der Kriterien des Ökumenischen Rates der Kirchen zu prüfen und gegebenenfalls Konten zu kündigen (Kriterien u.a.: Kreditvergabe an Privatfirmen, Banken, staatlich kontrollierte Unternehmen, Homelands; Filialen oder Tochterfirmen in Südafrika oder Namibia).

Erdöl: Südafrika hat selbst kein Öl und ist deshalb zum größten Teil auf Lieferungen vom Ausland abhängig. Die wichtigen Ölexportierenden Länder haben vereinbart, daß ihr Öl nicht an Südafrika weiterverkauft werden darf. Trotzdem erreicht Rohöl noch immer Südafrika. Der niederländisch-britische Ölmulti Shell trägt entscheidend zur Ölversorgung des Apartheidstaates bei und spielt auch bei der Vermarktung südafrikanischer Kohle eine zentrale Rolle.

Deshalb fordern wir in Verbindung mit dem Aufruf des Ökumenischen Rates der Kirchen und zahlreichen Initiativen in westlichen Ländern den Boykott von Shell.

STOPPT DIE VERBÜNDETEN DER APARTHEID



Politik: Bundesregierung und Europäische Gemeinschaft vermieden bisher durch halbherzige Maßnahmen jeden wirksamen Druck zur Beseitigung des Apartheidsystems.

Deshalb fordern wir alle WählerInnen im Blick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989 auf, sich für wirksamen politischen und wirtschaftlichen Druck einzusetzen. Wir bitten Sie, mit uns gemeinsam die Bundesregierung und die Europäische Gemeinschaft zu folgenden, längst fälligen Maßnahmen zu drängen:

- Verhinderung von Neuinvestitionen von Firmen in Südafrika
- Verhinderung von neuen Krediten und der Verlängerung bestehender Anleihen für südafrikanische Regierungsunternehmen und die Regierung stützende Unternehmen
- Verhinderung aller Importe von Edelmetallen, Kohle, Stahl, Agrarerzeugnissen und Textilien aus Südafrika
- Verhinderung aller Hochtechnologie- und Rüstungsexporte nach Südafrika
- Verhinderung direkter Flugverbindungen nach und von Südafrika
- Reduzierung diplomatischer, kultureller und touristischer Beziehungen. (...)

Während der Südafrika-Aktionsdekade wollen wir in Gottesdiensten, durch Mahnwachen, Boykott südafrikanischer Waren, öffentlichen Veranstaltungen und anderen Aktionen unsere Solidarität mit den Unterdrückten verdeutlichen. (...)

dorthin begeben, und dann mit UNTAG-Geleit in angolanische Basen nördlich des 16. Breitengrades zurückkehren.

Doch die Anordnungen des südafrikanischen Generaladministrators in Namibia, Luis Pienaar, verwandelten dieses Verfahren in eine Farce. Südafrikanische Streitkräfte bildeten einen Kordon um die UNTAG-Sammelstellen, um jeden eintreffenden SWAPO-Kämpfer fotografieren und verhören zu können. Tatsächlich begannen die Kämpfer der Volksbefreiungsarmee von Namibia (PLAN, Streitkräfte der SWAPO) mit dem schrittweisen Rückzug nach Angola – entsprechend einem mittlerweile ergangenen Befehl von SWAPO-Präsident Sam Nujoma –, doch ohne die UNTAG-Sammelstellen zu passieren. Lediglich vier Guerillas, von denen zwei schwer verletzt waren, meldeten sich in den folgenden Tagen bei der UNTAG.

Erst nach einem Treffen der Militärischen Überwachungskommission von Angola, Kuba und Südafrika gewährte Pretoria eine 60-Stunden-Frist, während der sich die südafrikanischen Streitkräfte in ihre Kasernen zurückziehen sollten, um den Abzug der SWAPO-Kämpfer zu ermöglichen. Am Sonntag, dem 30. April, war diese Frist beendet.

800-900 Kämpfer sollen inzwischen über die Grenze nach Angola gegangen sein. Rund 200 Guerilleros (UNTAG-Angabe) – nach südafrikanischen Behauptungen 400 Kämpfer – sollen in Namibia verblieben und bei der einheimischen Bevölkerung untergetaucht sein. Sie werden jetzt von rund 5.000 Soldaten gejagt, die bei ihrer Suche mit Sicherheit keine Rücksicht auf Zivilisten nehmen.

Die SWAPO ist durch die April-Ereignisse in eine schwierige Situation geraten. Sie mußte nicht nur große Verluste unter ihren Kämpfern hinnehmen; auch ihr internationales Prestige hat erheblich gelitten. Die SWAPO, so der Vorwurf westlicher Regierungen und Medien, hat einen entscheidenden Vertrag gebrochen – wer kann ihr dann trauen, wenn sie, wie vorauszusehen, die Regierungsmacht übernimmt?

Wie hat nun die SWAPO auf den Konflikt reagiert? Es dauerte immerhin zwei Tage bis die erste Stellungnahme von SWAPO-Präsident Sam Nujoma in Namibia bekannt wurde. Darin hieß es, die PLAN-Kämpfer hätten sich in Namibia „neugruppiert“, um sich unter die Aufsicht der UNTAG zu begeben. Dabei hätten sie „keinerlei feindliche Absichten“ gegenüber den südafrikanischen Stützpunkten gehabt. Die SWAPO-Kämpfer befänden sich „in Selbstverteidigung“, nachdem sie von südafrikanischen Streitkräften angegriffen worden seien.

Vor-Ort-Recherchen einer Delegation des namibischen Kirchenrates (CCN) und etlicher Journalisten bestätigten einhellig, daß die SWAPO-Guerilleros keine kriegerischen Absichten hatten. Alle zivilen Augenzeugen des Kampfgeschehens berichteten, daß die offiziellen Streitkräfte zuerst das Feuer eröffnet hätten.

Zum Beispiel erzählte ein Bauer aus Okahenge den Kirchenvertretern, daß er auf seinem Feld eine Gruppe von 50 SWAPO-Kämpfern angetroffen habe. Plötzlich sei aus dem Busch eine motorisierte Einheit der Armee aufgetaucht, und habe die Gruppe sofort beschossen. 33 SWAPO-Kämpfer starben bei diesem Gefecht. Wenn wir wirklich hätten kämpfen wollen, so argumentierten SWAPO-Vertreter in Windhuk, dann hätten wir unsere Guerilla-Taktik angewendet, und hätten längst nicht so viele Tote zu beklagen.

Die südafrikanische – und später auch von der UNO übernommene – Behauptung, mehrere hundert Guerilleros seien am 1. April über die Grenze eingedrungen, wird von der SWAPO abgestritten. Die Resolution 435 schreibt definitiv vor (Doc. S/12636), daß nach Beginn des Waffenstillstandes alle Soldaten beider Seiten in ihren Kasernen verbleiben müssen. Damit wäre das Eindringen der Guerilleros nach Namibia ein klarer Bruch von Resolution 435. Doch die offizielle SWAPO-Version lautet, ihre Kämpfer hätten sich in Namibia befunden. Ein Anspruch, den die SWAPO bereits während des ganzen Befreiungskrieges geltend gemacht hat.

Rechtsanwalt und SWAPO-ZK-Mitglied Anton Lubowski gab am 7. April vor der Presse in Windhuk wohl ein realistisches Bild, als er mitteilte: SWAPO-Kämpfer – ihre Zahl

**DIE ZWEIFELHAFTHEITEN DER
VERSCHIEDENEN ABKOMMEN
ÜBER NAMIBIA UND DIE
GERINGE PRÄSENZ DER UN-
TRUPPEN WAREN GRÜNDE,
DIE DEN AUSBRUCH DER
KÄMPFE BEGÜNSTIGT HABEN**

wollte er nicht nennen – hätten sich innerhalb Namibias umgruppiert, und seien dabei von den Südafrikanern angegriffen worden. Daraufhin hätten sie sofort Verstärkungen über die Grenze angefordert. Noch unmittelbar vor der Abreise des UNTAG-Oberbefehlshabers General Prem Chand nach Namibia, so Lubowski, habe die New Yorker SWAPO-Mission der UN-Vertreter auf ihre Kämpfer in Namibia hingewiesen. Doch von der UNO sei dies nicht ernst genommen worden.

Die SWAPO hat dem wichtigsten Inhalt des Genfer Protokolls, nämlich dem Abschluß eines Waffenstillstandes zugestimmt. Desweiteren wurde aber vereinbart: „Im Zusammenhang mit der Einstellung aller Feindseligkeiten in Namibia sollen Kuba und Angola ihre guten Dienste nutzen, um die SWAPO-Streitkräfte nördlich des 16. Breitengrades zu stationieren.“ Daran fühlt sich die SWAPO jedoch nicht gebunden. Schließlich habe sie auch nicht mit am Verhandlungstisch gesessen. Und „es gab von niemand eine spezielle Aufforderung, daß wir unsere Streitkräfte aus Namibia nach Angola zurückziehen sollten“, heißt es dazu in einer SWAPO-Stellungnahme vom 8.4.1989.

Zweifelloso ging es der SWAPO vor allem darum, das Recht auf Militärstützpunkte innerhalb Namibias durchzusetzen. Wenn die

südafrikanische Besatzungsmacht Basen in Namibia unterhalten darf, so war in Windhuk immer wieder zu hören, dann muß es doch einmal das Recht der namibischen Befreiungsorganisation sein, Stützpunkte im eigenen Land zu haben.

Die SWAPO beruft sich dabei auf einen Bericht des damaligen UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim an den Sicherheitsrat vom 26.2.1979 (Doc. S/13120), in dem es heißt: „Alle SWAPO-Streitkräfte, die sich zum Zeitpunkt des Waffenstillstandes in Namibia befinden, werden gleichermaßen auf Stützpunkte beschränkt an zugewiesenen Orten innerhalb Namibias“. Von Südafrika wurde dieses UN-Dokument freilich nicht akzeptiert. Und tatsächlich konnte im Verhandlungsprozeß der letzten Jahre genau über diese Frage keine abschließende Einigung erzielt werden, die definitive Klarheit geschaffen hätte.

Die UNTAG als unabhängige Kontrollinstanz hat dabei in den ersten Wochen der Übergangsperiode restlos versagt. Und zwar aus dem schlichten Grund, daß sie einfach nicht präsent war.

Nach UNTAG-Angaben befanden sich Anfang April 63 Beobachter in dem riesigen Kriegsgebiet, darunter überhaupt keine Beobachter für die Aktionen der Polizei, von der ja die ersten Zusammenstöße ausgingen. Aufgrund mangelnder Vorbereitung gab es keine Logistik, die die bereits in Namibia eingetroffenen UNTAG-Bataillone im Norden hätte versorgen können. Für die Verzögerungen, so heißt es in UNTAG-Kreisen, sei vor allem das im Sicherheitsrat angezettelte Hickhack um die Reduzierung der UNTAG von 7.500 auf 4.650 Mann verantwortlich.

Angeichts der Abwesenheit der UNTAG waren die „Umgruppierungen“ der SWAPO-Kämpfer ein äußerst risikoreiches Unternehmen. Darin spiegelt sich die durchaus verständliche Frustration, daß der Unabhängigkeitsprozeß für Namibia weitgehend ohne die Betroffenen ausgehandelt worden ist.

Nicht zuletzt wegen ihrer dürftigen Informationspolitik ist das Vorgehen der SWAPO-Führung bei schwarzen und weißen Intellektuellen in Namibia zum Teil auf offene Kritik gestoßen. Viele halten den Anspruch der SWAPO auf Basen in Namibia für absolut berechtigt, nicht aber ein derart massives Insistieren auf diesem Recht, wodurch um ein Haar der gesamte Unabhängigkeitsprozeß zum Platzen gebracht worden wäre. Die Kontaktgruppe „Namibia Peace Plan 435“, ein Zusammenschluß von reformwilligen weißen Akademikern und Geschäftsleuten, ist gar offen auf Distanz zur SWAPO gegangen.

Etliche Beobachter vermuteten, die militärischen Kommandeure der SWAPO hätten sich gegen die Kompromißbereitschaft der politischen Führung durchgesetzt. Doch nach außen deutet nichts auf eine Spaltung der SWAPO-Führung hin. Und entgegen einer hierzulande gerne verbreiteten Auffassung scheint die SWAPO keineswegs an Einfluß verloren zu haben. Für die meisten Schwarzen sind die Toten des 1. April die letzten Märtyrer des Befreiungskampfes.

NICARAGUA



10 Jahre Sandinistische Revolution



NICO BIVER

Die Revolution behauptet sich

„Reagan geht, die Revolution bleibt“, so hieß es in Managua auf großen Stelltafeln an den Einfallstraßen, als Präsident George Bush seinen Amtsvorgänger ablöste. 10 Jahre nach dem Sturz des Diktators Somoza vom 19. Juli 1979 und acht Jahre nach Reagans Eröffnung des Contra-Krieges regieren in Nicaragua nach wie vor die Sandinisten.

Anfang d.J. mußte Ronald Reagan seinen Posten abgeben, ohne ein wichtiges außenpolitisches Ziel, den Sturz der sandinistischen Regierung, den er zum Lackmustest der nach ihm benannten Doktrin erklärt hatte, bewerkstelligt zu haben. Insgesamt eine halbe Mrd \$ gaben die USA bis jetzt für den Contra-Krieg aus, um „die Sandinisten loszuwerden“. Doch spätestens 1985/86 war klar, daß dies nicht funktionieren würde. Die Contras hatten zu schwere Niederlagen auf dem Schlachtfeld hinnehmen müssen.

Als das Scheitern der US-Strategie deutlich wurde, waren die mittelamerikanischen Staaten immer weniger bereit, Reagans Kurs mitzutragen, da auch ihre Länder durch den Krieg immer mehr in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Kolumbien und Venezuela) führten schließlich am 7. August 1987 zur Unterzeichnung des Esquipulas-Abkommen zwischen den fünf mittelamerikanischen Staaten, das eine Verhandlungslösung des Konfliktes vorsieht. Trotz der Torpedierungsversuche durch die USA konnte dieser Prozeß bis heute am Leben erhalten werden, vor allem durch einseitige Zugeständnisse der Sandinisten.

Dennoch kann nicht von einem vollständigen Scheitern der Politik Washingtons die Rede sein. Durch den Krieg und den Wirtschaftsboykott sind Nicaragua von 1980-88 Verluste in Höhe von 17,2 Mrd \$ entstanden. (1) Die Folge davon ist, daß die Wirtschaft heute vor dem Zusammenbruch steht. 1988 belief sich die Inflation auf 36.000%, die Arbeitslosigkeit erreichte 25% und die Auslandsverschuldung 7 Mrd \$, was umgerechnet auf die Bevölkerungszahl die höchste der Welt darstellt. Der Lebensstandard ist auf das Niveau der 50er Jahre zurückgefallen.

Die direkten Folgen dieser Politik lassen sich messen. Die Analphabetenrate, die in einer großen Kampagne 1980 von 50 auf 12% gesenkt werden konnte und danach noch weiter zurückging, ist heute wieder auf 18-20% gestiegen. Ebenfalls wieder zugenommen haben die Säuglingssterblichkeit und die Unterernährung.

Durch die drastischen Haushaltskürzungen und wirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen von Anfang d.J. wird sich die Situation kurzfristig noch weiter verschärfen. Das bedeutet jedoch keine Abkehr von den Zielen der Revolution.

„Was zurückgestellt wird, sind die Sozialprogramme und die Vorhaben der Wirtschaftsentwicklung“, erklärte dazu der Mitbegründer der FSLN und Innenminister, Tomas Borge. „Die Landreform ist in ihrem Kern unantastbar, obwohl einige Anpassungen gemacht werden können. Die Maßnahmen, die die Sozialprogramme betreffen und sich auf sie auswirken, dienen der wirtschaftlichen Stabilisierung, die eine Voraussetzung dafür ist, wieder auf dem Weg voranzukommen, den wir uns vorgenommen haben.“ (2)

Auf die Frage, ob es Reagan nicht doch gelungen sei, die sandinistische Revolution erheblich zu schwächen, erklärte das Führungsmitglied der FSLN, Kommandant Victor Tirado: „Ja, es ist ihm gelungen. Am klarsten kommt es im Gesundheits- und Bildungsreich zum Ausdruck... Das Volk sollte feststellen, daß die Sandinisten unfähig sind, im Bildungs- und Gesundheitswesen einen Fortschritt zu erreichen. Warum? Weil solche Fortschritte der Revolution Kraft verleihen. Reagan wollte verhindern, daß das Beispiel eines unabhängigen Nicaragua die Aufmerksamkeit anderer Länder auf sich zieht.“ (3)

Auch wenn die soziale Ausstrahlungskraft der Revolution dadurch gelitten hat, sind ihre

internationalen Auswirkungen dennoch nicht zu unterschätzen. Allein die Tatsache, daß es Nicaragua 10 Jahre gelungen ist, den USA erfolgreichen Widerstand zu leisten, stärkt den Unabhängigkeitswillen anderer Völker und wird auch zukünftig ein Hemmnis für den militärischen Interventionismus darstellen.

Der Krieg hat die Widersprüche zwischen den USA und den lateinamerikanischen Staaten vergrößert. Er war Anlaß für diese, eigenständige Positionen zu beziehen und gegen den Willen der USA für eine Verhandlungslösung zu wirken. Darüber hinaus hat das Beispiel der sandinistischen Revolution zu einer Stärkung und Vereinheitlichung der lateinamerikanischen Linken geführt. Besonders deutlich wird dies am Beispiel El Salvador, wo das Fortdauern des Revolutionsprozesses durch die Existenz des freien Nicaragua entscheidend begünstigt wurde.

Auch in den Westeuropa ist es der Reagan-Administration nie gelungen, Nicaragua vollständig zu isolieren. Die EG nutzte vielmehr den mittelamerikanischen Konflikt, um sich mit einer eigenständigen Position international und vor allem in Lateinamerika als Alternative zu den USA zu profilieren. Sie unterstützte den Verhandlungsprozeß und erhöhte ihre wirtschaftliche Unterstützung für die mittelamerikanischen Staaten, ohne Nicaragua davon auszuschließen. Die einzelnen EG-Mitgliedsstaaten machten jedoch eine finanzielle Hilfe für Nicaragua oder zumindest ihre Erhöhung von einem größeren Spielraum für die innere Opposition abhängig.

Der Krieg zeitigte nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf innenpolitischem Gebiet negative Auswirkungen. Zwar haben sich die Sandinisten nicht dazu verleiten lassen, die Revolution zu beschleunigen oder die Opposition zu illegalisieren. Sie kamen aber

nicht umhin, die bürgerlichen Freiheiten während des Höhepunktes der Contra-Angriffe einzuschränken.

Dies zog nicht nur eine Verringerung der internationalen Unterstützung nach sich. Die Unterordnung der gesamten Gesellschaft unter die Erfordernisse des Krieges hatte auch zur Folge, daß die Massenorganisationen oftmals die unmittelbaren Interessen ihrer Mitglieder nicht mehr wahrnahmen, Kritikmöglichkeiten abgebaut wurden und ihr Einfluß zurückging. Diese Entwicklung wird heute korrigiert, indem sich die einzelnen Organisationen wieder verstärkt den besonderen Interessen ihrer Mitglieder zuwenden, Selbstverwaltungsmöglichkeiten der Bevölkerung gestärkt werden und vor allem die Teilnahme von Nichtsandinisten gefördert wird.

Die Regierung hat aber auch die Spielräume der inneren Opposition wieder erheblich ausgeweitet. Dazu zählt die Aufhebung des Notstands, die Freilassung der Somoza-Nationalgardisten sowie die Ausarbeitung neuer Wahl- und Mediengesetze, wozu sich die Regierung im Abkommen vom 14. Februar d.J. mit den anderen mittelamerikanischen Präsidenten verpflichtet hatte.

Gründe hierfür sind nicht nur der Rückgang der Contra-Aktivitäten, die Vorbedingungen der USA für eine Beendigung ihrer Aggression und die der westeuropäischen Staaten für eine verstärkte wirtschaftliche Unterstützung. Die Sandinisten messen dem politischen Pluralismus heute auch einen eigenen Stellenwert bei. „Anfangs sprachen wir aus taktischen Gründen von politischem Pluralismus und gemischter Wirtschaft“, erklärte kürzlich Tomas Borge. „Die Wirklichkeit lehrte uns, daß es eine Strategie ist und daß das ideologische Monopol ein Fehler ist.“ (4)

Die Feststellung, daß der politische Pluralismus nicht nur für einen begrenzten Zeitraum gilt, hängt eng mit der Konzeption der gemischten Wirtschaft zusammen. Die Sandinisten erklären zwar, daß sie eine sozialistische Gesellschaft anstreben. Sie betonen aber, daß dem eine lange Übergangsphase vorausgehe, in der staatliches, privates und genossenschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln bestehen wird. Damit ziehen die Sandinisten nicht nur die Lehren aus anderen Revolutionsprozessen in der Dritten Welt, wo die vorschnelle Verstaatlichung großer Teile der Ökonomie zu einem wirtschaftlichen Niedergang beigetragen hat, sondern auch aus den eigenen Erfahrungen.

Da eine wirtschaftliche Erholung nur durch Abstimmung mit den Unternehmern möglich ist, versucht die Regierung, durch die Wirtschaftsreformen und durch die Ausweitung der Spielräume der Opposition die Bedingungen dafür zu schaffen. Das Konzept der gemischten Wirtschaft hatte in der Vergangenheit nicht so sehr darunter gelitten, daß die Sandinisten die Profitmöglichkeit des privaten Kapitals zu stark eingeschränkt hätten, sondern unter dem Produktionsboykott der Unternehmer, die auf einen Sturz der Sandinisten durch die USA hofften. Diese Hoffungen werden sie wohl erst nach den Wahlen

am 25.2.1990 aufgeben, falls die Sandinisten sich behaupten sollten.

Noch haben die USA ihr Ziel, die Sandinisten von der Macht zu verdrängen, nicht aufgegeben. Eine grundlegende Veränderung ihrer Politik hat unter Bush noch nicht stattgefunden. Mit dem Kompromiß, der im März d.J. mit den Demokraten geschlossen wurde, hat sich lediglich eine Akzentverschiebung hin zu nichtmilitärischen Mitteln ergeben, um die Revolution zu beenden.

Der Friedensprozeß wird jetzt offiziell unterstützt und militärische Unterstützung für die Contras vorerst ausgeschlossen. Aber am 14. April d.J. bewilligte der Kongreß 67 Mio \$ an sog. „humanitärer“ Hilfe für die Contras, die bis zu den Wahlen im Februar 1990 vorhalten soll. Obwohl dies das Abkommen der mittelamerikanischen Präsidenten vom Februar d.J. explizit untersagt, erhielt Bush dabei Schützenhilfe von den Präsidenten Costa Ricas und Guatemalas.

Auch die geplante Demobilisierung der Contra, die Nicaragua im Gegenzug für die bereits erfolgten politischen Liberalisierungsmaßnahmen zugesagt worden war, scheint mittlerweile auf Eis gelegt worden zu sein, nachdem die USA Honduras unter Druck setzten. Auf einem Außenministertreffen der mittelamerikanischen Staaten im April d.J. hatte der honduranische Außenminister nicht wie geplant einen Demobilisierungsplan vorgelegt. Der nächste Mittelamerikagipfel, auf dem die Entwaffnung der Contra beschlossen werden sollte, ist inzwischen von Mai auf Juni d.J. verlegt worden. Und er soll auf Wunsch des rechtsradikalen Präsidenten El Salvadors, Alfredo Cristiani, auf Juli verschoben werden.

Am 21. April d.J. hat Präsident Bush außerdem das 1985 verkündete Handelsembargo gegen Nicaragua erneut verlängert. In alter Reagan-Manier erklärte er Nicaragua zu einer „ungewöhnlichen und außerordentlichen Bedrohung der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten.“ (5)

Offensichtlich setzt Washington auf Zeitgewinn und verfolgt dabei eine Doppelstrategie. Einerseits sollen die Contras als Druckmittel erhalten bleiben und die wirtschaftliche Lage in Nicaragua weiter destabilisiert werden. Andererseits wird der inneren Opposition kräftig unter die Arme gegriffen. Allein die Regierungsstiftung „National Endowment for Democracy“ hat dieses Jahr 2 Mio \$ für die Finanzierung der Parteien vorgesehen. Zudem kann die Botschaft in Managua noch aus den Töpfen des CIA schöpfen.

Da die inzwischen in 18 Parteien aufgesplittete Opposition auf die Finanzierung von außen – auch durch die bundesdeutsche Konrad-Adenauer-Stiftung – angewiesen ist, werden die USA auch entscheidenden Einfluß auf ihre Politik haben. Für Washington tun sich bei den Wahlen, die die letzte Möglichkeit sein könnten, die Sandinisten von der Macht zu entfernen, zwei Möglichkeiten auf: Entweder Boykott durch die gesamte Opposition, um die Wahlen so international zu diskreditieren, oder Beteiligung mit einem Einheitskandidaten. Die erste Option such-

ten sich sowohl die Bush-Administration als auch die Oppositionsparteien offenzuhalten, indem sie die im April d.J. verabschiedeten Medien- und Wahlgesetze unisono als un-demokratisch abqualifizierten und zu ihrer Veränderung aufforderten.

Da diese Behauptungen aber bisher international kaum auf Resonanz gestoßen sind, dürfte die zweite Option wahrscheinlicher sein. Jedoch, selbst wenn es der Opposition gelänge, sich zu einigen – was angesichts ihrer Zerstrittenheit nicht sehr wahrscheinlich ist –, sind ihre Siegeschancen nicht sonderlich groß. Selbst eigene Umfragen ergeben eine Vorsprung der Sandinisten.

Ein Wahlsieg der Sandinisten bei international überwachten Wahlen würde hingegen die endgültige Niederlage der US-Politik bedeuten und der Revolution die Möglichkeit ihrer Festigung und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus geben.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Barricada internacional (BI), Managua, 11.2.1989
- 2) BI, 25.3.1989
- 3) ANN-Wochenheft, Managua/Zürich, Nr. 152/12.4.1989
- 4) El Pais, Madrid, 20.4.1989
- 5) Die Tageszeitung, West-Berlin, 24.4.1989

Weniger ist mehr

Neuer Satz, geringerer Heftumfang

Seit März d.J. werden die Texte in DITTE WELT mit Fotosatz gesetzt. Unsere Gestaltungsmöglichkeiten beim Layout haben sich damit wesentlich verbessert. Die Zeitschrift ist lesbarer geworden. Seit April ist außerdem der Heftumfang von früher durchschnittlich 56 Seiten auf 48 Seiten geschrumpft.

Das spart nicht nur Geld, Porto, Arbeit und Bäume, sondern hilft uns, den Abopreis niedrig zu halten. Dennoch ist die Textmenge größer geworden. Eine Spalte enthält jetzt 43 statt 38 Anschläge und 71 statt 65 Zeilen, d.h. 22 % Schriftzeichen mehr.

Themenblöcke statt Sonderhefte

Die DITTE WELT wird keine Sonderhefte mehr herausgeben. Wichtige Themen, die wir zukünftig, wie beim vorliegenden „Nicaragua-Spezial“, in einem Block in der Heftmitte abhandeln, sind nicht mehr separat zu beziehen.

Die Gründe? Wir wollen zum einen, daß InteressentInnen für einzelne Themen die Vielfalt der Zeitschrift kennenlernen. Zum anderen spielen für uns Kostengründe eine Rolle (Wegfall einer Zusatzaufgabe und eines zweiten Titelblatts). Der Preisunterschied beim Freiverkauf eines Sonderheftes oder einer monatlichen Ausgabe fällt hingegen kaum ins Gewicht (3 DM statt 2,50 DM). Auch zukünftig wird bei der Abnahme von mindestens 10 Heften ein Rabatt von 33 % gewährt.

DITTE WELT

An der Schwelle eines eigenen Modells

Nach acht Jahren Krieg liegt die nicaraguanische Wirtschaft am Boden. Mit dem ökonomischen Kurswechsel zu Anfang d.J. zeichnet sich erstmals die Entwicklung einer eigenständigen kohärenten Wirtschaftspolitik ab. Unsere Mitarbeiterin Regine Meyer (Managua) untersucht, welche Ziele mit den radikalen Sparmaßnahmen und der angestrebten Zusammenarbeit mit Unternehmern und Gewerkschaften verfolgt werden.

Ein Jahr nach dem Scheitern der Währungsreform vom Februar 1988 haben die Sandinisten drastische Sparmaßnahmen, die Abschaffung aller Subventionen, die Korrektur der Preisrelationen über einen einheitlichen, realistischen Wechselkurs und Reformen der Steuer-, Kredit- und Investitionspolitik in Angriff genommen. Damit soll die Hyperinflation unter Kontrolle gebracht und zur Belebung der Wirtschaft beigetragen werden. Die Zauberformel, um diese radikale Wende nach Jahren der Subventionswirtschaft – finanziert über die Notenpresse – in die Tat umzusetzen, heißt „concertación“, was mit „Konzertierte Aktion“ übersetzt werden könnte.

„Konzertiert“, d.h. vereinbart werden soll die Ankurbelung der Produktion. Im Gegenzug bietet die Regierung den Unternehmern bzw. landwirtschaftlichen Produzenten Eigentums Garantien sowie Preis-, Steuer- und Kreditanreize und den Gewerkschaften ein neues Arbeitsgesetz und ein Gesetz über die Mitbestimmung in wirtschaftlichen und technologischen Fragen. Beide Entwürfe befinden sich in der Beratung der Gewerkschaften an der Basis und in der Nationalversammlung.

Zu warnen ist vor einer Gleichsetzung der „concertación“ mit Helmut Schmidts Klassenversöhnerei unseligen Angedenkens, obwohl es natürlich an Kritik nicht mangelt: Für den ultrarechten, mit der Contra verbündeten Unternehmerverband COSEP ist das alles nur Taktik (1), während die Anhänger eines traditionellen, auf Industriearbeiter abgestellten Sozialismusmodells Verrat wittern.

Dabei ist folgendes zu bedenken:

Die nicaraguanische „Konzertierte Aktion“ im ökonomischen Bereich steht in einem hochpolitischen Kontext, ist sie doch Teil der jüngsten Vereinbarungen der mittelamerikanischen Präsidenten in Costa del Sol (El Salvador) vom 14. Februar d.J., in denen sich Nicaragua neben einer Amnestie der Ex-Somozisten und vorgezogenen Wahlen zum Dialog mit den Unternehmern verpflichtete, um so allen Vorwänden zur Verlängerung des

Kriegs den Boden zu entziehen. „Die Sandinisten waren mal wieder schlauer als wir“, war denn auch – laut New York Times (2) – der Kommentar eines Sprechers des US-Außenministeriums. Denn wieder einmal war die US-Regierung in den Fehler verfallen, „die sandinistische Strategie, einen eigenständigen Sozialismus aufzubauen, mit den Taktiken zum Aufbau eines traditionellen Sozialismus zu verwechseln.“ (3)

Das Wirtschaftspaket 1989 hat also über seine unmittelbaren ökonomischen Auswirkungen hinaus politische Bedeutung als ein Instrument zur Beendigung der Aggression, womit überhaupt erst die Basis für eine nachhaltige Wirtschaftserholung geschaffen würde. In den Worten des Revolutionskommandanten Tomás Borge: „Das Ziel der Maßnahmen war in keinem Fall die Lösung der Krise. Für ihre Lösung gibt es eine Grundvoraussetzung, und das ist die definitive Beendigung der Aggression und ihrer Folgen. Die politischen Maßnahmen richten sich auf die Beendigung der Aggression und letztendlich auf die Überwindung der Wirtschaftskrise.“ (4)

Der These vom Klassenverrat ist entgegenzuhalten, daß die Hauptlinie des Klassenkampfes in Nicaragua – wie in anderen „klei-

nen Ländern der Peripherie“ (5) – eben nicht zwischen Proletariat und Bourgeoisie verläuft. Vielmehr verläuft sie auf der Makroebene zwischen dem Bündnis aller patriotischen Klassen und Schichten einerseits und dem Imperialismus und seinen nationalen Statthaltern andererseits, und auf der Mikroebene zwischen dem Bündnis der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Produzenten, Land- und Industriearbeitern einerseits und den städtischen Mittelschichten andererseits.

Ausdruck der Unterentwicklung ist es ja gerade, daß der Aufbau einer verarbeitenden Industrie bewußt unterbunden wurde zugunsten eines Agrarkapitalismus zwecks Sicherstellung billiger Rohstoffexporte (Kaffee, Baumwolle, Fleisch usw.). Dekapitalisierung und Boykott seitens der (system-) oppositionellen Unternehmer, der Exodus von Fachkräften, vor allem aber der Krieg und das US-Embargo bewirkten den weiteren Niedergang der ohnehin schwachbrüstigen Industrie, die 1985 nicht mehr als insgesamt 10 % der 1,047 Mio Erwerbstätigen beschäftigte. Heute stehen 70 % der Industrie am Rande der Pleite und 30 000 Arbeitsplätze sind in Gefahr. (6)

Der Krieg bedingt die Wirtschaftskrise: Zerstörte Büroräume des Energieministerium in Ocotol 1984



Die Arbeiterklasse ist schlecht ausgebildet und instabil (in ihrer Mehrzahl Arbeiter der ersten oder zweiten Generation). Sie hat in ihrer großen Mehrheit wenig Organisations- und Kampferfahrung, was sich in der unübersehbaren Schwäche der Industriegewerkschaften im Vergleich zur Landarbeitergewerkschaft ausdrückt. Weder die linksradikalen Sprüche der Oppositionsgewerkschaften noch das ständige Wiederholen des berühmten Sandino-Zitats, daß „nur die Arbeiter und Bauern ans Ziel gelangen“, von seiten der sandinistischen Gewerkschaften können darüber hinwegtäuschen, daß dieser Industriearbeiterklasse noch ein weites Stück Weg bis zum realen Subjekt einer sozialistischen Transformation fehlt.

Die „Konzertierte Aktion“ nicaraguanischen Musters, die als integrierten Bestandteil weitgehende Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften einschließt, kann zum Motor dieser Entwicklung werden, indem sie zur Schaffung eines Produzentenbewußtseins bei der Arbeiterklasse beiträgt. Zwei Vorreiterbetriebe in Managua, der Textilbetrieb FANATEX und der Sanitärbedarfsproduzent PROSAN beweisen, daß mit einer aktiven, selbstbewußten Gewerkschaft und einer aufgeschlossenen Direktion sehr wohl eine Hebung der Produktion – beide Betriebe exportieren auf den mittelamerikanischen Markt – und die Tötigung von Sozialinvestitionen und individuellen Leistungsanreizen möglich ist.

Die Auseinandersetzungen über die Inhalte des Arbeits- und des Mitbestimmungsgesetzes sowie die betriebliche Praxis sind in vollem Gange. Ihr Schwerpunkt liegt aber auf dem Land, denn die landwirtschaftliche Produktion ist die Basis der wirtschaftlichen Aktivitäten. Hier haben die entscheidenden sozialen Umwälzungen stattgefunden. Und hier ist auch das revolutionäre Subjekt eines eigenständigen nicaraguanischen Sozialismusmodells zu suchen. Gemäß der sandinistischen Losung „Das Land denen, die es bebauen“ hat die Landreform zu einer tiefgreifenden Veränderung der Eigentumsverteilung geführt.

Im Gegensatz zu anderen Revolutionen hatte die sandinische Landreform in den ersten Jahren mit der Enteignung des Großgrundbesitzes der Somozaclique Staatsbetrieben und Kollektiveigentum, um dann – etwa ab 1983 – der massiven Forderung nach individuellen Landtiteln nachzugeben. Dies hatte entscheidende Bedeutung für die Verteidigung, denn mit dem Besitztitel wurde zugleich ein Gewehr vergeben, um das Land auch verteidigen zu können. Insgesamt wurden bis heute über 2 Mio ha Land in individueller oder kooperativer Form an über 100 000 Familien vergeben.

Sie stellen – zusammen mit dem mittleren Landbesitz – heute die soziale Hauptkraft auf dem Lande, aber darüber hinaus in der Gesamtgesellschaft dar. Sie sind – so Revolutionskommandant Bayardo Arce (7) – der Garant dafür, daß die jüngsten Sanierungsmaßnahmen kein Rückschritt in die Vergangenheit, sondern nur ein notwendiger Umweg in eine sozialistische Zukunft werden. Mit ihrer

Organisation, der Nationalunion der Landwirtschaftsproduzenten und Viehzüchter (UNAG), fordern sie Land, aber nicht notwendigerweise aus Enteignungen, sondern brachliegendes oder ineffizient genutztes Staatsland, verlassene Ländereien in Kriegsgebieten usw. Daher auch die Garantie der Regierung, im Rahmen der Wirtschaftsreform kein bebautes Privatland mehr zu konfiszieren.

Darüber hinaus will die UNAG angemessene Preise, eine günstige Steuer- und Kreditpolitik, eine rechtzeitige und günstige Belieferung mit den notwendigen Investitionsgütern sowie die Sicherstellung von Infrastruktur und Transport. Hier sind entscheidende Weichen gestellt worden. Nach ausführlichen Beratungen mit Produzenten der verschiedenen Produktionszweige wurde deren wichtigsten Forderungen Rechnung getragen. Die Regierung garantiert, daß der Zinssatz im gesamten Produktionszyklus 1989/90 20 % nicht übersteigen wird; in diesem Rahmen wird der Zinssatz alle vier Monate überprüft. In den besonders verschuldeten Produktionszweigen wurden die Schulden umstrukturiert und bis zur Hälfte erlassen; Steuer- und Zollsätze wurden günstiger gestaltet.



Markt in Managua: Die Waren sind für die meisten unerschwinglich.

Von ganz entscheidender Bedeutung für die Versorgung der Gesamtbevölkerung und die Erhaltung bzw. Festigung des Bündnisses zwischen Stadt und Land ist die Maßnahme der Regierung, Mindestpreise für die Grundprodukte des Eigenbedarfs (Reis, Mais, Bohnen, Hirse) zu garantieren und den Markt freizugeben (womit der Export auf den mittelamerikanischen Markt möglich wird). Damit wird eine gefährliche Fehlentwicklung des Vorjahres korrigiert: Zwischen Februar und Dezember 1988 stiegen die Produktionskosten für Mais um das Hundertfache, für Bohnen um den Faktor 75 und für Reis um mehr als 100, während die Verkaufspreise für Mais und Bohnen nur um den Faktor 30 und für Reis um 40 angehoben wurden.

Das Gesamtpaket dürfte den Produzenten ausreichenden Anreiz bieten, um die Produktion aufrechtzuerhalten oder auszuweiten. Wenn es gleichzeitig der Landarbeitergewerkschaft ATC – unterstützt durch die Regierung – gelingt, höhere Löhne und bessere Sozialleistungen für die Arbeiter auszuhan-

deln, so daß auch die Übersiedlung aufs Land für die in der Stadt arbeitslos gewordenen attraktiver wird, dürfte es möglich sein, das Soll zu erreichen. Landwirtschaftsminister Jaime Wheelock hatte die Ziele vorgetragen, die Exportproduktion in diesem Zyklus um mindestens 30 Mio \$ zu erhöhen und den Eigenbedarf sicherzustellen. Dies gilt zumindest, was die Kapazitäten Nicaraguas angeht, denn allein um die Kreditpolitik abzustützen, sind 40 Mio \$ Auslandshilfe nötig.

Befürchtungen, daß die nicaraguanische „Konzertierte Aktion“ und die stärkere Zulassung von Marktmechanismen zu einer Rückkehr der Bourgeoisie in ihre Positionen vor 1979 führen könnten, sind auch deshalb nicht begründet, weil es in Nicaragua nach 10 Jahren Revolution und 8 Jahren Aggression keinen eigentlichen Kapitalmarkt und kein großes Privateigentum an Kapital mehr gibt.

Die Zulassung von Marktmechanismen hat paradoxerweise gerade dazu geführt, die völlige Ineffizienz und Inkompetenz der Unternehmer des COSEP ans Tageslicht zu bringen. Inzwischen ist ein neuer, patriotischer Verband von Unternehmern und Managern entstanden, die der Revolution loyal gegenüberstehen und in einem konstruktiven Dialog mit der Regierung stehen.

So gesehen, ist es durchaus begründet, wenn Präsident Ortega die „concertación“ als ein Angebot, um nicht zu sagen die letzte Chance für die Unternehmer darstellt, wenn sie sich in die Neugestaltung der Wirtschaft einklinken und eine total reglementierte Kriegswirtschaft vermeiden wollen. (8) So auch in der Optik des Revolutionskommandanten Bayardo Arce, in voller Anerkennung der Opfer und Überwindungen, die die „Konzertierte Aktion“ für die abhängig Beschäftigten bedeutet:

„... aber diese Überzeugung unseres Volkes, daß das, was wir heute tun, die Saat für die Zukunft ist, bedeutet nicht, daß es keine Spannungen gäbe. Logisch, die Wirtschaftsmaßnahmen haben Arbeitslosigkeit hervorgerufen, haben eine Teuerung bewirkt, und die Lohnerhöhungen bewegen sich nicht im selben Rhythmus wie die Inflation, so daß wir im persönlichen und Familienleben unter großen Spannungen stehen.“

Und wir müssen voranschreiten mit dem Widerspruch zwischen Krieg und Frieden und mit den Wirtschaftsproblemen. Darüber hinaus haben wir, um den Frieden zu gewinnen, zum wiederholten Male der Bourgeoisie, dem Unternehmertum die Hand entgegen gestreckt, damit sie teilhaben an diesem Bemühen der Nation, obwohl wir wissen, daß sie Gewinne machen und sehr gut leben werden.“ (9)

Zieht man/frau heute Bilanz, so läßt sich sagen, daß das Wirtschaftspaket 1989 erste deutliche Erfolge gebracht hat:

– Die Hyperinflation, die trotz Währungsreform nach dem Hurrikan Ende letzten Jahres 120 % monatlich (!) (10) erreichte, konnte durch die Roßkur des Staatshaushalts auf knapp 20 % im März heruntergeschraubt werden und wird sich im April voraussicht-

lich auf 13 % einpendeln.

— Der gesplante Wechselkurs, der zu einer völligen Unterbewertung der Importgüter mit den daraus folgenden Preisverzerrungen, Verschwendung, Schwarzmarkt, Spekulation usw. geführt hatte, wurde durch einen einheitlichen realistischen Kurs ersetzt, der seit März d.J. in kleinen Schritten abgewertet wird, was zu einer graduellen Korrektur der Preisrelationen geführt hat.

— Die Senkung der extrem hohen Steuern und Zölle sowie die Korrektur der Kreditpolitik haben ein positives Echo bei den Produzenten gefunden.

— Zum ersten Mal gehen mehr Investitionsmittel in den Bereich der kleinen und mittleren Produzenten als in die ehrgeizigen Großprojekte der ersten Jahre. Einige davon wurden vorerst auf Eis gelegt. Andere, von strategischer Bedeutung, wurden in den letzten Monaten in Betrieb genommen, darunter zwei Kraftwerke (Erdwärme und Wasser), die eine erhebliche Kraftstoffeinsparung ermöglichen; eine Kartonfabrik, die Verpackungen für den Export von Bananen, Fleisch usw. herstellt und der Gemüsekonservenkomplex im Tal von Sibaco, der einzigartig in Mittelamerika ist.

— Das Staatshaushaltsdefizit wurde vor allem durch Kürzungen bei der Verteidigung (- 29 %), beim Innenministerium (- 40 %) und erstmals beim Bildungsetat (- 19 %) erheblich reduziert. Dies hat allerdings den Abbau von Sozialleistungen und die Entlassung von 30 000 Personen zur Folge. (11)

Wenn es auch theoretisch richtig ist, daß unter den gegebenen Bedingungen die einzige Alternative auf dem Land liegt, ist man/frau noch meilenweit von der Schaffung sozialpolitischer Anreize und der entsprechenden politischen Überzeugungsarbeit entfernt, um die massenhafte Übersiedlung von

Arbeitslosen aufs Land auch praktisch zu vollziehen.

Ein nach wie vor ungelöstes Problem sind die viel zu niedrigen Löhne der unteren Lohngruppen. Hier scheint das letzte Bollwerk der Monetaristen zu liegen (obwohl Einsparungen aufgrund des geringen Kostenanteils der unteren Löhne überhaupt nicht ins Gewicht fallen), während auf der anderen Seite die Gewerkschaften, insbesondere im Staatsbereich, extrem schwach sind.

Um nachhaltige Erfolge zu erreichen, sind jedoch drei Voraussetzungen notwendig (12): Trotz des hoffnungsvollen Auftakts wird

notwendigerweise ein Rückfall in die Hyperinflation erfolgen, wenn die bisherigen Maßnahmen nicht durch einen Devisenschub in Höhe von insgesamt 250 Mio \$ abgefedert werden. Im Gegensatz zur Meinung von Teilen der Solidaritätsbewegung, daß Nicaragua mit der Aussicht auf Frieden (noch ist er übrigens nicht erreicht — vielmehr haben die feindlichen Aktionen im ersten Quartal 1989 gegenüber dem Vorjahr zugenommen (13)) keine Hilfe mehr brauche, ist gerade jetzt massive Wirtschaftshilfe notwendig, um den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft zu gewährleisten.

Zweitens muß die Bresche zwischen Ein- und Ausfuhr von ca. 500 Mio \$ weiter geschlossen werden. Die renommierte Zeitschrift „envío“ des Zentralamerikanischen Historischen Instituts schlägt Einsparungen im Verteidigungshaushalt durch eine schrittweise Überführung von Truppen in Wirtschaftsaktivitäten vor. Der Einsatz von Truppen bei der Bearbeitung von verlassenen Kaffeepflanzungen und Viehweiden in Kriegsgebieten ist im letzten Produktionszyklus bereits recht erfolgreich, aber quantitativ noch sehr begrenzt gewesen. Schließlich steht eine Auseinandersetzung

INTERVIEW MIT AUßENWIRTSCHAFTSMINISTER HENRY RUIZ

Es gibt keine Rezepte für den Aufbau des Sozialismus

Revolutionskommandant Henry Ruiz ist Mitglied der Sandinistischen Führung und Minister für die außenwirtschaftliche Zusammenarbeit. Die nicaraguanische Schriftstellerin Gioconda Belli (siehe DRITTE WELT 4/1989) befragte ihn zu den Zielen und Folgen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Die Übersetzung besorgte Werner Schlienz (Masaya).

FRAGE: In einigen Bereichen gibt es eine Besorgnis darüber, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen des Plans 89 einen Rückschritt auf dem Weg der Revolution darstellen. Was denken Sie darüber?

H. RUIZ: Hinter dieser Frage verbirgt sich die Tendenz, auf wirtschaftliche und soziale Widersprüche mit Rezepten oder starren Formeln zu reagieren. Der Kapitalismus hat eine enorme Fähigkeit bewiesen, sich zu reproduzieren und seine eigenen Krisen zu bewältigen, weil er sich nicht selbst „Rezepte“ verschreibt, sondern den Faden seiner Widersprüche aufnimmt und in Übereinstimmung mit seinen Erfordernissen und Besonderheiten Lösungen sucht.

Diese Art, seine Widersprüche zu lösen, bedeutet keine Veränderung in seiner Substanz oder in seiner Natur (...). Und warum sollen wir dann „Rezepte“ auf unsere Wirklichkeit anwenden und glauben, daß die Suche nach neuen Antworten auf unsere Widersprüche gleichzeitig eine Änderung in der Substanz unserer Prinzipien bedeute? (...)

FRAGE: Wie würden Sie dann die jetzige Etappe der Revolution kennzeichnen?

H. RUIZ: Um darauf eine Antwort zu geben, müssen wir uns fragen, ob es möglich ist, den fundamentalen Widerspruch, den wir in Nicaragua durchlebt haben, zu lösen: den Widerspruch von Imperialismus und Revolution. Die Tatsache, daß wir 10 Jahre dem Imperialismus widerstanden und den antagonistischen Widerspruch gelöst haben, gibt uns das Vertrauen, daß auch in Zukunft Revolutionen möglich sind. Man hat nämlich geglaubt, daß der Widerspruch nicht aufhebbar sei und daß der Kampf und die Leiden des Volkes vergebens seien. Die Wirklichkeit hat uns aber das Gegenteil bewiesen. Wir können uns nicht dem „geographischen Fatalismus“ unterordnen, Machtsphären akzeptieren, weil nämlich die aktuellen Bedingungen den Völkern erlauben, den Befreiungskampf für nationale Unabhängigkeit zu führen. (...)

FRAGE: Wie kann man diese Etappe kennzeichnen?

H. RUIZ: Wenn die Vereinbarungen von Esquipulas III eingehalten werden und der Krieg zu Ende geht, treten wir in eine Etappe der Nachkriegszeit

ein. Die Handelsbeziehungen werden sich normalisieren. Der Krieg hat, neben anderen Dingen, die Wirtschaftsbeziehungen verzerrt, weil der Krieg einen desorganisierenden Faktor der Wirtschaft und der Produktion darstellt.

Wenn es keine Transparenz in den Warenbeziehungen gibt, ist es sehr schwierig, Wirtschaftspolitik zu betreiben. Es ist schwierig festzustellen, wieviel gespart wird und von daher die Investitionen, die objektiven Möglichkeiten des Fortschritts und der Entwicklung zu bestimmen, was von grundsätzlicher Wichtigkeit für jedes System ist.

Es gibt Companeros, die meinen, daß es im Sozialismus keine Warenbeziehungen gibt. Ich weiß nicht, wo die das her haben. Im Sozialismus existiert die Kategorie der Warenbeziehungen. Es gab überhaupt keine Möglichkeit sie zu eliminieren, ohne daß es zu Verzerrungen geführt hätte. Voluntarismus in der wirtschaftlichen Führung fordert ihren Preis und äußert sich früher oder später in wirtschaftlichen und sozialen sowie politischen Ungleichgewichten. (...)

Viele Genossen, die von Sozialismus reden, meinen die Anwendung von Rezepten. Wir müssen daran erinnern, daß die Verbreitung sozialistischer Ideen in Nicaragua sich grundsätzlich an den russischen Erfahrungen orientiert hat. Hier bei uns sind keine Untersuchungen darüber angestellt worden, wie der Sozialismus auf die nicaraguanische Realität übertragen werden kann. Wir sind nicht von einem Modell ausgegangen, sondern von großen Parolen, Parolen, die vielfach denen der bürgerlichen Revolution von 1789 glichen: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Wir haben diesen einen neuen Inhalt gegeben. Wir haben die Ungleichheit nicht als gerecht anerkannt, nicht den Besitz der Produktionsmittel in wenigen Händen. (...)

In Nicaragua gab es kein Schema für den Aufbau des Sozialismus. Es gibt keine Dokumente, die uns erzählen, wie der Sozialismus hier auszusehen hätte. Gegen was argumentieren diejenigen, die behaupten, daß es eine Kehrtwendung der Revolution gegeben hätte? (...)

Im Falle Nicaraguas haben wir behauptet, daß die Revolution eine Etappe durchläuft, die notwen-



dig und unentbehrlich ist und die wir volksdemokratisch und antiimperialistisch nennen. (...) In Wirklichkeit geht es uns aber darum aufzuzeigen, wo das Neue ist, daß die Massen vorher unterdrückt waren, daß sie keine Meinung haben durften und daß sie jetzt aber, als Eigentümer eines wichtigen Teils der Ressourcen, die vorher nur wenigen gehörten, eine neue Rolle in der Produktion spielen. Antimperialistisch ist die neue Etappe, weil das der Widerspruch ist, der politisch und militärisch die letzten 10 Jahre existiert hat und von dem wir meinen, daß er erfolgreich zu lösen ist.

FRAGE: Und aus wirtschaftlicher Sicht?

H. RUIZ: Wir können behaupten, daß wir weitergekommen sind. Wir haben den Massen Zugang zu den Produktionsmitteln gegeben, die die Quelle der Macht sind. Es ging nicht nur darum, ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Meinung zu äußern, sondern ihnen ein Mitentscheidungsrecht im Wirtschaftsleben zu geben. Wir haben Land verteilt, viele Fabriken sind in den Händen des Volkes und das hat die Massen in direkte Aktivisten der Produktionsmittel verwandelt. Auch der Staat verfügt über Mittel, die die Politik bestimmen. Ich meine damit die Banken und die Finanzen, die zu Instrumenten der nationalen Wirtschaftsführung geworden sind. (...)

FRAGE: Wie hat der Krieg diesen Prozeß beeinflusst?

H. RUIZ: Im Zuge der Auseinandersetzung sind wir verarmt. Das geht weit über die Klassen hinaus, die gesamte Wirtschaft ist verarmt.

Die Bauern besitzen Land. Wenn der Krieg aufhört, werden sie sich wirtschaftlich erholen, aber ihr Lebensniveau hat unter dem Krieg gelitten. Einige Bauern haben es nicht abwarten können, bis die revolutionären Errungenschaften auch sie erreichten, und sind zur Konterrevolution übergegangen. Sie befanden sich in den Randzonen der wirtschaftlichen Entwicklung, und wir konnten nicht alles auf einmal machen.

Die Arbeiter in den Städten und das Kleinhandwerk befinden sich in einer kritischen Situation. Sowohl qualitativ als auch quantitativ befinden wir uns in einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Krise. Wie können wir dieser Krise begegnen? (...) Bei der Analyse dieses Punktes gibt es viel Gejammer, ideologische Vermutungen und wenig wissenschaftliche Analyse.

Wir können nicht vollständig davon ausgehen, daß der Widerspruch zwischen Imperialismus und Revolution aufgehoben ist. Das bedeutet, daß wir noch Mittel für den Krieg bereitstellen müssen. Das bedeutet, daß es weiterhin zu wirtschaftlichen Ungleichgewichten kommt, denn es gibt einen Bereich, der nur konsumiert und nicht das wiederbringt, was in ihn investiert wird.

Die Höhe der Kosten dieses Krieges für die Wirtschaft hätte auch in jeder anderen Wirtschaft eine Krise erzeugt. Um eine Krise zu vermeiden, hätten wir internationale Hilfe und eine eigene Güterproduktion gebraucht, groß genug, um den Krieg und die einheimische Wirtschaft zu finanzieren. Das war aber unmöglich. Wir haben zwar internationale Hilfe bekommen, aber nicht in ausreichendem Maße. Und der Krieg hat die ganze Wirtschaft und Gesellschaft durcheinandergebracht. (...) Wir brauchen Jahre, um die Wirtschaft wieder aufzubauen und damit die Basis für die materielle und geistige Entwicklung unseres Volkes zu legen. (...)

FRAGE: Wie beseitigt man die Inflation?

H. RUIZ: Die Geldausgabe muß mit der Produktion gekoppelt werden. Wenn nicht genügend produziert wird und es eine größere Nachfrage als das Angebot gibt, gibt es keine Lösung für das Problem. (...)

FRAGE: Was ist das Besondere an dem jetzigen Plan im Unterschied zu den vorherigen?

H. RUIZ: Zuerst muß der subjektive Faktor, der die Inflation anheizt, kontrolliert werden. Danach muß der objektive Teil der Inflation bekämpft werden: Es ist zuviel Geld im Umlauf und es gibt zu viele unproduktive Ausgaben. Wir wollen auf jeden Fall die Ausgaben für nicht grundsätzlich wichtige wirtschaftliche, wissenschaftliche und soziale Projekte kürzen.

Der Haushaltsplan der Regierung wurde auf das zurechtgestutzt, was möglich ist. Die Einnahmen der Regierung sollen deren Ausgaben decken. Wenn Einnahmen fehlen, gibt es keine andere Möglichkeit als die Ausgaben zu kürzen. Wir wollen auf keinen Fall wieder die Geldmaschine in Bewegung setzen.

FRAGE: Aber das hat man ja schon vorher immer gewollt. Worin besteht nun das neue dieses Planes?

H. RUIZ: Wir müssen die Geldausgabe besser kontrollieren. Wenn wir die Geldausgabe nicht reduzieren, brennt das Feuer der Inflation weiter. Es kann und darf keine weiteren unkontrollierten

Geldausgaben geben.

Durch die Währungsreform haben wir den Geldumlauf um 20 % reduziert. Das war allerdings nicht genug. Die Ausgabenkontrolle muß politisch abgestützt werden und mit Programmen einhergehen, damit der neue Plan Erfolg hat. Wir wollen das Haushaltsdefizit um 20 % senken. Das ist ein großes Ziel. (...) Wir versuchen das Defizit zu reduzieren, nicht nur, um den Haushalt auszugleichen, sondern weil es eine Ursache für die Inflation ist.

FRAGE: Immer wieder hat man davon geredet, die Produktion zu erhöhen. In welcher Form versucht dieser Plan das zu konkretisieren?

H. RUIZ: In bezug auf die produktiven Investitionen müssen wir uns ganz klar darüber werden, daß diese Investitionen wieder erwirtschaftet werden müssen. (...) Auf der anderen Seite geht es nicht darum, irgendwelche produktiven Investitionen zu tätigen, es geht darum, die Produktion zu finanzieren, die Mittel zum Austausch aufbringt, sei es zum notwendigen Tausch innerhalb des Landes oder über den Export. Im Augenblick geben wir der Exportwirtschaft den Vorrang. (...)

FRAGE: Auf welche Mittel kann sich die Regierung stützen, um diesen Plan durchzuführen?

H. RUIZ: Über die Steuerpolitik versuchen wir die Staatseinnahmen zu erhöhen, die Preise für die Einfuhren entsprechend zu gestalten (zum Beispiel für das Rohöl), den Bankkredit sowie auch den Verbrauch von Rohstoffen, den Einsatz von Maschinen usw. zu optimieren. Außerdem soll die Zahl der Steuerzahler erhöht werden. Aber alle diese Mittel reichen nicht aus. Wir bräuchten um die 250 Mio \$ vorzugsweise in Finanzmitteln.

Daneben geht es darum, die Bankkredite wieder reinzuholen. Wir wollen keine paternalistische Politik mehr machen und einfach Geld verschenken. Außerdem müssen wir in bezug auf das, was wir exportieren können, ein bißchen realistischer werden. Wir können nicht in großem Ausmaß den Export erhöhen, zumindest nicht in diesem Jahr, und auf ein solches Exportvolumen aufbauend Projekte

finanzieren, die nicht realistisch sind. In Bezug auf den Außenhandel wollen wir effizienter werden. (...)

FRAGE: Und in bezug auf ausländische Unterstützung, welche Vorstellungen gibt es da?

H. RUIZ: Wir bräuchten flüssige Mittel, aber an die kommen wir recht schwierig dran, weil unsere Kreditgeber uns Maschinen, Rohstoffe, Ersatzteile, Öl zur Verfügung stellen. Devisen gibt es nur von den Banken.

Für diejenigen, die sich fragen, was der Unterschied zwischen unseren Maßnahmen und denen des IWF ist, ist hier die Antwort: Wir müssen diese Maßnahmen durchführen, ohne Finanzmittel von internationalen Banken zu bekommen. Wir führen sie durch, weil sie für uns notwendig sind und nicht, weil sie von internationalen Finanzinstitutionen verlangt werden. (...)

FRAGE: Welchen Einfluß hat das alles auf die Beschäftigung?

H. RUIZ: Die „Compactacion“ (Reduzierung der Beschäftigtenzahl im Staatsdienst; d. Red.) stellt uns vor ein Problem, das wir rational lösen müssen. Es geht um das Leben, um die wirtschaftliche Subsistenz von vielen Personen und Familien. (...)

Die Leute, die entlassen werden, sollten in die Bereiche gehen, wo es noch Arbeit gibt. Aber es gibt nicht genügend ausländische Mittel, um die Industrie zum Laufen zu bringen. Während sich die Wirtschaft erholt, wird es eine unerwünschte, aber nicht zu ändernde Arbeitslosigkeit geben. (...)

Wir müssen ohne Zimperlichkeit offen und ehrlich sagen, daß es das Volk sein wird, das die größten Opfer bringen muß. Das ist die Forderung der Stunde. Das Volk muß die meisten Opfer bringen, speziell die Lohnabhängigen, um die Hyperinflation zu bekämpfen. Aber man muß auch sagen, daß das Volk das größte Interesse daran hat, daß die Maßnahmen greifen, damit die jetzige schwierige Situation gelöst wird. Der Plan ist kritisch und schwierig, aber er ist der beste Weg, um die Probleme zu bekämpfen. (...)

Folge der leeren Staatskassen: In vielen Schulklassen gibt es nicht einmal Pulte



mit den städtischen Mittelschichten an, die – was Privilegien angeht – den Platz der fast verschwundenen Bourgeoisie eingenommen und sich bei den vergangenen Wirtschaftsmaßnahmen ungerechtfertigt bereichert haben. Hier geht es um höhere Bürokraten, Manager von Staats- und Privatbetrieben, hohe Offiziere, Freiberufler, höhere angestellte Akademiker und um den wohlhabenden informellen Sektor. Dabei ist allerdings äußerstes ideologisch-politisches Fingerspitzengefühl notwendig, um eine positive Bündnispolitik voranzutreiben und nicht dem Exodus von Fachkräften ins Ausland weiteren Auftrieb zu geben. (14)

10 Jahre Revolution

Aus Anlaß des 10. Jahrestages des Sieges über die Somoza-Diktatur finden zwei zentrale Veranstaltungen statt.

Kongreß „10 Jahre Revolution in Nicaragua – 10 Jahre Solidaritätsbewegung“ 16.-18. Juni 1989 in Wuppertal

Dieser Kongreß, der vom Informationsbüro Nicaragua und den Nicaragua- und Mittelamerika-Komitees der BRD und West-Berlins veranstaltet wird, soll die Möglichkeiten und Grenzen revolutionärer Entwicklung in Nicaragua untersuchen und die Erfahrungen der Solidaritätsbewegung diskutieren. In den Plena sollen folgende Themen diskutiert werden:

- Das Verhältnis von nationaler und sozialer Befreiung in der sandinistischen Revolution und die Bedeutung des politischen Pluralismus für den weiteren revolutionären Prozeß;
- 10 Jahre gemischte Wirtschaft in Nicaragua – Möglichkeit einer unabhängigen Wirtschaftsentwicklung?
- Die Entwicklung der Solidaritätsbewegung zwischen Internationalismusarbeit und alternativer Entwicklungshilfe.

Als ReferentInnen sind u.a. eingeladen: Luis Coraggio (Nicaragua), Christoph Links (DDR), Iosu Parales (Euskadi), E.V. Fitzgerald (Niederlande), Eduardo Baumeister (Nicaragua), Carmen Diana Deere (USA) und Peter Meyns (BRD)

Solidaritätsfest

1. Juli 1989 in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg

Diese politisch-kulturelle Veranstaltung wird von der Botschaft Nicaraguas mit Unterstützung des gesamten Solidaritätsspektrums durchgeführt.

Von 14-18 Uhr Informationen und Diskussionen (Vorträge, Filme, Dias, Ausstellungen) zu den verschiedensten Aspekten der Entwicklung Nicaraguas und der Solidarität.

Von 18-20 Uhr Reden von Omar Cabezas, dem Chef der CDS, und eines/r Vertreters/In der Solidaritätsbewegung.

Ab 20 Uhr Kulturprogramm (Musik, Kabarett, Tanz, Poesie) mit hiesigen KünstlerInnen (u.a. Udo Lindenberg, Dietmar Schönherr) und der nicaraguanischen Gruppe Dimension Costeña. Danach ab 1 Uhr Salsa-Disko.

Eintritt: 10 im Vorverkauf und 10 (Nichtberufstätige) bzw. 15 DM an der Abendkasse. Spenden auf das Sonderkonto 1. Juli/B. Möller, Sparkasse Bonn (BLZ 38050000), Kto.-Nr. 19002716

Beide Phänomene, die Bereicherung dieser Sektoren ebenso wie der Exodus, sind Ausdruck der Schwächen der ideologischen Arbeit der Sandinisten, die dringend überwunden werden müssen. Mit der selbstkritischen Erneuerung der kommunalen Bewegung, die seit 1983 unter der Last der Verteidigung in vielen Bereichen zu einem reinen Ausführungsorgan der Staats- und Parteiorgane degeneriert war, mit allen bürokratischen und sektiererischen Auswüchsen, die das nach sich zog, sind wichtige Schritte für diese ideologische Auseinandersetzung getan.

Seit Ende letzten Jahres gibt es eine breite Öffnung der Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) für alle, die bereit sind, unabhängig von jeder politisch-ideologischen Ausrichtung an der Lösung der kommunalen Probleme mitzuwirken. Von seiten der staatlichen Institutionen, insbesondere Gesundheitsministerium und Stadtverwaltung, werden diese Aktivitäten bereitwillig aufgegriffen und gefördert. Es besteht kein Zweifel, daß diese Basisaktivitäten nach dem Motto: „Das Volk organisieren, um vom Volke zu lernen“ (Thomás Borge) die positiven Elemente der Mittelschichten, insbesondere junge Techniker und Akademiker, mitreißen werden.

Beim Vergleich der heutigen Etappe der Wirtschaftspolitik mit den vier vorhergegangenen ist der qualitative Sprung unübersehbar. Bedenkt man, daß vor 10 Jahren, beim Sieg der Revolution, die vier Grundprinzipien des Sandinismus: Antiimperialismus, politischer Pluralismus, gemischte Wirtschaft und Nichtpaktgebundenheit nicht mehr als Lösungen waren, so kann es nicht verwundern, daß in den ersten Jahren das klassische Entwicklungsmodell über agroindustrielle Großkomplexe mit starker Außenfinanzierung verfolgt wurde. Die extrem hohen Wachstumsraten der ersten Jahre und die schnelle Verwirklichung der sozialpolitischen Programmpunkte der Sandinisten schienen die Richtigkeit dieses Weges zu beweisen.

Allein, mit der beginnenden und sich immer weiter verschärfenden Aggression geriet das Modell in eine Krise, die zunächst – um der Erhaltung der nationalen Einheit willen – mit der Notendruck bekämpft wurde. Die total subventionierte gemischte Wirtschaft entstand, und sie hatte, während der Krieg auf dem Höhepunkt war, durchaus ihre politische Berechtigung. Erste zaghafte Versuche von 1985-87, die allgemeinen Subventionen für alles und jeden abzubauen, verliefen im Sande, und selbst die radikale Währungsreform vom Februar 1988 brachte aufgrund falscher Annahmen nicht die gewünschten Erfolge.

Interessant ist die Analyse der Begünstigten dieser Subventionswirtschaft (15): mehr die Stadt- als die Landbevölkerung; mehr die Mittelschichten und die Unternehmen mit Monopolstellung als die Bauern und die Klein- und Mittelproduktion im allgemeinen und mehr die Beschäftigten des informellen Sektors als die formal abhängig Beschäftigten.

Untersucht man/frau dagegen die Auswir-

kungen der jüngsten Wirtschaftsmaßnahmen, so bestätigt sich die Analyse des Revolutionskommandanten Victor Tirado: „Wenn einige meinen, daß die Maßnahmen mit denen des IWF übereinstimmen, macht das solange nichts, wie sie auf unsere eigene Realität und die Interessen der Revolution abstellen können; das Problem liegt darin, welche Zielrichtung wir ihnen geben und wen wir mit diesen Maßnahmen verteidigen, unabhängig davon, wer sie ursprünglich ausgearbeitet hat.“ (16)

In der Tat ergibt die Analyse, daß durch die neuen Maßnahmen jene am meisten begünstigt werden, die es durch die Subventionswirtschaft am wenigsten waren: die Bauern, die Klein- und Mittelproduzenten und die formal abhängig Beschäftigten.

Auch wenn die Auswirkungen erst in einigen Monaten sichtbar werden und nur, wenn die internationale Solidarität ihre Aufgaben wahrnimmt, zeichnen sich doch schon heute die Konturen des originellen eigenen Wegs ab, wie ein kleines, extrem unterentwickeltes und durch einen brutalen Krieg zerstörtes Land „ein Modell der gemischten Wirtschaft entwickelt, das die Strategie für die ökonomische Integration Zentralamerikas und Zeichen der Selbstbestimmung und sozialen Gerechtigkeit abgeben kann.“ (17)

Mit Recht sprach Daniel Ortega bei der Eröffnung der nationalen Viehausstellung im März d.J. von der Herausforderung, mit der Stärkung der gemischten Wirtschaft „den Völkern Lateinamerikas und der Karibik den Beweis zu liefern, daß es möglich ist, einen tiefen revolutionären Wandel voranzutreiben und mit Hilfe aller sozialen Schichten und aller ökonomischen Kräfte die Produktion zu steigern und das Land aus der Krise zu ziehen.“ (18)

Anmerkungen

- 1) Vgl. Interview mit dem früheren COSEP-Vorsitzenden Enrique Bolaños, in: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 59/April 1989, S. 29
- 2) Zit. nach: envío (span.), Managua, Nr. 92/März 1989, S. 58
- 3) Ebenda, Hervorhebungen im Original
- 4) Zit. nach: envío, a.a.O., S. 60
- 5) Vgl. Orlando Núñez Soto, La Transición Difícil. La Autodeterminación de los Pequeños Países Periféricos, Managua 1987
- 6) Vgl. Barricada (Bar.), Managua, 24.4.1989
- 7) Vgl. Interview in Barricada Internacional (span.; BI) Managua, 8.4.1989
- 8) Vgl. envío, a.a.O., S. 66
- 9) Rede auf der IV. Nationalen Versammlung der Sandinistischen Jugend am 13.4.89, in Bar., 15.4.1989
- 10) Vgl. Interview mit dem Planungsminister Alejandro Martínez Cuenca, Bar., 7.4.1989
- 11) Vgl. Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 16.2.1989 und ANN-Wochenbulletin, Managua/Zürich, 15.2.1989
- 12) Vgl. envío, a.a.O., S. 66 und S. 94/95
- 13) Nur im I. Quartal 1989 wurden 587 feindliche Aktionen registriert, darunter 403 Gefechte und 18 Angriffe auf Dörfer und Wirtschaftsobjekte. Vgl. Interview mit dem Chef der Militärabwehr, Ricardo Wheelock Román, Bar., 30.4.1989
- 14) Von 1979-88 haben 6003 technische und akademische Fachkräfte das Land legal verlassen. Quelle: Ausländeramt, Außenministerium, nach: BI, 11.3.1989
- 15) Vgl. envío, a.a.O., S. 86 ff.
- 16) Interview mit Victor Tirado López in: Boletín Socio-económico, Managua, Nr. 9/September-Oktober 1988, S. 16
- 17) envío, a.a.O., S. 95
- 18) Bar., 12.3.1989



Operation von US-Streitkräften an der honduranisch-nicaraguanischen Grenze

INTERVIEW MIT NOAM CHOMSKY

Die Nicaraguapolitik der Bush-Administration

Eine „sanftere„ Erdrosselung?

Noam Chomsky, Professor für Linguistik am Massachusetts Institute of Technology, ist einer der bekanntesten Intellektuellen der USA und langjähriger Kritiker der Außenpolitik seiner Regierung. William I. Robinson von der nicaraguanischen Nachrichtenagentur ANN interviewte ihn über mögliche Veränderungen in der Außen- und Nicaraguapolitik der US-Regierung.

FRAGE: Was wird in der Ära nach Reagan aus der Reagan-Doktrin? Inwiefern könnte die Außenpolitik der Regierung Bush eine neue Wendung nehmen?

N. CHOMSKY: Die Reagan-Doktrin wurde schon in den letzten Jahren der Reagan-Regierung über Bord geworfen. Reagans Außenpolitik war ein Ausdruck des Konsenses innerhalb der politischen Führungsschicht der USA. Diese neue Politik ist gegen Ende von Carters Regierungszeit entworfen und später durch Reagan innen- und außenpolitisch in die Praxis umgesetzt worden.

Die Militärausgaben sollten erhöht, die Profiteure der US-Multis gesteigert werden; in einer Welt, die immer turbulenter wurde, sollte die Disziplin wiederhergestellt werden. Dies waren einige der Voraussetzungen, von denen man ausging und die zu einer bestimmten Politik und zu entsprechenden Resultaten führten, zum Beispiel dazu, daß die Macht des militärisch-industriellen Komplexes zunahm und die Außenpolitik der USA aggressiver und interventionistischer wurde.

In der politischen Führungsschicht der USA gibt es allerdings Anhänger verschiedener taktischer Varianten. Die Reagan-Leute repräsentieren innerhalb dieses Spektrums eine Linie besonders aggressiver Gewaltpolitik, die sog. Reagan-Doktrin.

Im Fall Nicaraguas kam die politische Führungsschicht schon 1986 zu dem Schluß, daß die Option der Contra unsinnig ist, daß andere Methoden taktisch viel effizienter seien, um ein kleines, schwaches Land in einer Region, die aus historischen Gründen für das eigene wirtschaftliche Überleben von den USA abhängig ist, zu erdrosseln und zu zerstören. Daher setzte sich bei diesen Leuten die Meinung durch, daß die Contra im Verhältnis zu den Kosten relativ ineffizient ist und den USA schadet, denn die USA erscheinen in den Augen der Weltöffentlichkeit als Verletzer des Völkerrechts, als Aggressor und Terrorist. Außerdem entstand innerhalb der USA eine unerwünschte Opposition.

Eine „sanftere“ Methode, wirtschaftlicher und ideologischer Druck, also die chilenische Methode, erscheint demgegenüber effizien-

ter. In dem Maße, wie die Reagan-Leute abtreten und sog. Pragmatiker ans Ruder kommen, für die Gewalt und Terrorismus kein Selbstzweck sind, sondern die von diesen Mitteln nur im äußersten Fall Gebrauch machen wollen, glaube ich, daß die herrschende Klasse dazu übergehen wird, „vernünftiger“ Methoden anzuwenden, um die gleichen Ziele zu erreichen.

FRAGE: Bedeutet also der Führungswechsel von Reagan zu Bush, daß im Rahmen des herrschenden Konsenses die taktischen Mittel verändert werden, mit denen man die gleichen außenpolitischen Ziele wie früher erreichen will?

N. CHOMSKY: Ja, denn es gibt zwei Gründe, weshalb eine andere taktische Option gewählt wird: Reagans Leute, wie Jeane Kirkpatrick, Elliot Abrams, George Shultz usw. gehörten zu den Hardlinern in der politischen Landschaft und befürworteten häufig die Anwendung von Gewalt. Diese Leute taten Dinge, die nicht einmal von ihrem eigenen Standpunkt aus einen Sinn hatten.

Ein wichtiger Grund ist aber der, daß die

Wirtschaftspolitik eines ultrarechten Keynesianismus, die diese Leute betreiben – beispielsweise enorme staatliche Investitionen im militärisch-industriellen Komplex – hohe Kosten verursachte, die schon Mitte der 80er Jahre spürbar wurden. Diese Kosten drücken sich in dem hohen Defizit des Staatshaushalts, im Defizit der Handelsbilanz, der Auslandsschuld und in der sehr niedrigen Investitionsrate aus.

Diese hohen Kosten haben die US-Regierung dazu veranlaßt, in ihrer Politik gegenüber der Sowjetunion von der Konfrontation zur Entspannung überzugehen. Man wählt die Konfrontation, wenn man vorhat, den militärisch-industriellen Komplex hoch zu subventionieren und mit modernster Technologie auszustatten, und man wählt die Entspannung, wenn sich die Kosten dieser Politik bemerkbar machen.

Das war Mitte der 80er Jahre der Fall. Diese Entwicklung fiel zeitlich mit den Veränderungen in der Sowjetunion und den Initiativen Gorbatschows zusammen. Die Mannschaft von Bush wird diesen Weg fortsetzen, aber Bush wird mit neuen, großen Problemen zu kämpfen haben, den Defiziten des Staatshaushalts und der Handelsbilanz.

Die neue Regierung wird versuchen, diese Kosten durch finanzpolitische Manipulationen auf Europa und Japan abzuwälzen, und sie wird versuchen, das Gebiet auszuweiten, in dem der Dollar die Handelswährung ist. Sie haben bereits versucht, es auf Kanada, die Karibik und Mittelamerika auszudehnen. Diese Defizite, die wachsende Wirtschaftsmacht Japans und Westeuropas und die zunehmende Einheit Lateinamerikas reduzieren die Fähigkeit der USA, der Dritten Welt ihren Willen aufzuzwingen. Die USA sind immer noch das mächtigste Land der Welt, aber sie werden zunehmend schwächer.

FRAGE: Man hört oft die Meinung, die Entspannung werde zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden sog. Supermächten führen, in der Dritten Welt werde Bush aber die gleichen Ziele verfolgen, wie die Reagan-Doktrin, nur mit mehr Pragmatismus oder Vorsicht.

N. CHOMSKY: Über ihre zukünftigen Beziehungen zur Sowjetunion und zur Dritten Welt streiten sich die USA im Moment mit Europa und mit Japan.

Die Herrschenden in den USA sind entsetzt über Gorbatschows Initiativen. Es handelt sich um eine „Friedensdrohung“, die dazu führt, daß ihnen das Instrument entgleitet, mit dem sie bisher die Bevölkerung der USA unter Kontrolle gehalten haben: die mobilisierende Wirkung der „kommunistischen Bedrohung“, der Antikommunismus. Die weltweite Entspannung macht es für die USA schwieriger, in der Dritten Welt ihren Willen durchzusetzen.

FRAGE: Kann man also hoffen, daß Bush eine gemäßigte Außenpolitik betreiben wird?

N. CHOMSKY: Es ist anzunehmen, daß sie „vernünftiger“ sein wird als unter Reagan, wenn man so will; pragmatischer, also weniger Gewaltanwendung und weniger hysteri-

sche Rhetorik, aber doch im wesentlichen die gleiche Politik. Denn die objektiven Rahmenbedingungen sind die gleichen geblieben, und der Konsens innerhalb der politischen Führungsschicht, wie man mit dieser Realität umzugehen habe, hat sich auch nicht verändert.

FRAGE: Was für eine Politik wird Bush gegenüber Nicaragua betreiben?

N. CHOMSKY: Ich glaube nicht, daß die Konfrontation USA versus Nicaragua weiterhin so heftig sein wird wie in den letzten Jahren, aber die Standpunkte sind im wesentlichen unverändert geblieben.

Die Regierung Bush geht davon aus, daß sie ohne weiteres den Boykott gegenüber Nicaragua aufrechterhalten und das Land in den wirtschaftlichen Ruin treiben kann. Der Hurrikan kam ihnen dabei sehr gelegen.

Was sie in Nicaragua erreichen wollen ist das, was sie „Demokratie“ nennen und für sie bedeutet Demokratie die Herrschaft der Unternehmer. Wenn sie nicht gewährleistet ist, gibt es eben „keine Demokratie“. Sie nehmen an, daß die Unternehmer in Nicaragua nicht investieren, nicht zum Wiederaufbau beitragen werden.

Die US-Regierung geht davon aus, daß es im Fall Nicaraguas genügt, von außen die Fäden zu ziehen, einen ideologischen und wirtschaftlichen Krieg zu führen und außerdem in der einen oder anderen Weise die Contra am Leben zu halten, als eine interne Bedrohung, die Nicaragua dazu zwingt, seine Verteidigungsanstrengungen fortzusetzen. Die USA werden vermutlich in der Region weiter-

DIE US-REGIERUNG IST ZU DEM SCHLUß GEKOMMEN, DAß DIE AUSÜBUNG WIRTSCHAFTLICHEN UND IDEOLOGISCHEN DRUCKS EFFIZIENTER IST ALS WEITERHIN AUF DIE CONTRA ZU SETZEN

hin eine drohende Haltung einnehmen, Manöver in Honduras durchführen, den nicaraguanischen Luftraum verletzen, usw.

Ich bin sicher, daß sie auch versuchen werden, Nicaragua von innen zu destabilisieren, Parallelstrukturen aufzubauen, wie sie es immer machen, wenn sie eine Regierung stürzen wollen. Sie arbeiten dabei mit den Unternehmern und anderen oppositionellen Gruppen zusammen.

Ich glaube, daß sie auch auf Diplomatie setzen. Sie werden einen diplomatischen Vorstoß machen, der ihnen den Spielraum öffnen soll. Die Regierung Reagan ist so weit gegangen, jegliche Diplomatie abzulehnen. Shultz sprach vom „Schatten der Macht, der über dem Verhandlungstisch schweben muß“, aber Bush ist der Meinung, daß eine solche Haltung dem Image der USA schadet. Er drückt es lieber so aus: „Wir sind alle für Verhandlungen, für den Frieden, für Diploma-

tie, aber hier sind unsere Bedingungen.“

Ich weiß nicht, ob er damit Erfolg haben wird, aber das ist der *rationale Imperialismus*, rationaler, als der Versuch, ein terroristisches Heer aufzubauen, um ein Land anzugreifen.

So kann man auch zu einer Politik gelangen, die von Demokraten und Republikanern gemeinsam getragen wird, ähnlich wie die Politik gegenüber El Salvador, wo es keinen Unterschied zwischen der Position der Republikaner und Demokraten gibt.

FRAGE: Glauben Sie nicht, daß auch ein anderes Szenario möglich ist, eine sog. Strategie der „Demokratisierung“. Das bedeutet, daß die USA die nicaraguanische Opposition aufpäppeln, mit offenen und verdeckten Finanzspritzen, damit sie in die Wirtschaftspolitik eingreift, sich an der „konzertierten Aktion“, an den Wahlen beteiligt, um ihren Spielraum in der Gesellschaft zu vergrößern und damit auch den Einfluß der USA?

N. CHOMSKY: Das ist eine Möglichkeit, falls die US-Regierung zu dem Schluß kommt, daß die nicaraguanische Opposition Chancen hat, Einfluß in der Bevölkerung zu gewinnen. Die Strategie, die Sie da ansprechen, ist im wesentlichen diejenige, die Carter 1980 angewandt hat.

FRAGE: Sie meinen also nicht, daß in der jetzigen Legislaturperiode eine Koexistenz zwischen den USA und Nicaragua möglich ist?

N. CHOMSKY: Doch, es ist eine Möglichkeit auf mittlere Sicht, unter der Voraussetzung, daß Nicaragua dem jetzigen Druck weiterhin widersteht. Ich möchte betonen, daß ich hier von den Absichten der USA spreche, ihren Zielen.

Aber es ist nicht sicher, daß die USA diese Ziele verwirklichen können, sie sind nicht allmächtig. Und außerdem gibt es auch andere Faktoren, die eine Rolle spielen: Contadora zum Beispiel, und die Friedensbemühungen der mittelamerikanischen Länder. Die Abhängigkeit Lateinamerikas ist nicht mehr so groß wie früher, der Subkontinent bildet ein Gegengewicht zu den USA.

Wenn Nicaragua also die gegenwärtige Wirtschaftskrise übersteht und mit dem Wiederaufbau beginnen kann, könnten sich die USA zu einer echten Koexistenz gezwungen sehen, aber bis dahin wird noch einige Zeit vergehen. Man muß beachten, daß die US-Regierung überhaupt nicht damit gerechnet hat, daß Nicaragua bis heute würde überleben können.

Das geben sie zwar nicht öffentlich zu, aber es ist bemerkenswert, daß es ihnen nie gelungen ist, in Nicaragua eine wirkliche Guerilla aufzubauen, trotz der riesigen Summen, die sie in die Contra investiert haben. Keine Aufstandsbewegung in der Geschichte hat von so viel Geld und Unterstützung auch nur träumen können. Ich glaube, mit so viel Geld könnte man sogar in den USA eine Guerilla aufbauen, aber in Nicaragua haben sie es nicht geschafft.

Das zeigt, wie groß die Entschlossenheit der NicaraguanerInnen ist, Widerstand zu leisten.

STEFAN FLAIG

Direkte Demokratie und Parlamentarismus

Der Versuch einer „gemischten Demokratie“

Die Auseinandersetzungen um die für Anfang 1990 geplanten Wahlen in Nicaragua verstellen oftmals den Blick darauf, daß der Parlamentarismus nur ein Standbein der sandinistischen Demokratie ist. Im folgenden sollen beide Elemente, die auf Parteienwettbewerb ausgerichtete repräsentative und die auf vielfältige Beteiligungsformen der Bevölkerung bedachte, direkte, partizipatorische Demokratie untersucht werden. Das Hauptaugenmerk gilt dabei der Entwicklung des Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS).

Für die Sandinisten bedeutet Demokratie nicht lediglich die Teilnahme des Volkes an Wahlen, sondern seine Partizipation an den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten. Demokratie ist letztlich für die Sandinisten das Eingreifen der Massen in alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens. (1)

Der Bürger ist dabei nicht mehr das isolierte Individuum der bürgerlich-liberalen politischen Theorie. Vielmehr soll diese Isolation durch die freiwillige Integration in die Massenorganisationen aufgebrochen werden und der Bürger in dem Maße seine neuen Rechte wahrnehmen können, wie sich diese vollzieht. (2)

Mit der Einführung des repräsentativen-parlamentarischen Systems läßt die FSLN ihr Bestreben erkennen, keinen monolithischen Machtblock installieren zu wollen, sondern sie zeigt, daß sie die Konfrontation um die politische Macht innerhalb pluralistischer Strukturen sucht. Die sandinistische Demokratie- und Revolutionstheorie macht sich nach diesem Punkt die historische Erfahrung zu eigen, daß repressive Methoden reaktionäre Ideologien langfristig nicht beseitigen können. Ihr Einfluß auf die Bevölkerung muß vor allem durch den Kampf auf politischem und ideologischem Gebiet verringert werden.

Auch deshalb hat das Parteiensystem in Nicaragua Verfassungsrang. Es soll aber keine derart vorherrschende Rolle spielen wie in einer bürgerlich-liberalen Demokratie. Seine Kraft schöpft der Pluralismus in Nicaragua nicht aus der Existenz politischer Parteien, sondern aus der Abhängigkeit von der Einsatzbereitschaft der Massen. (3)

Die Entwicklung des politischen Systems Nicaraguas wird jedoch entscheidend von der Politik der USA beeinflußt. Der Contra-Krieg und die erforderlichen Verteidigungsanstrengungen haben wirtschaftliche, ideologische, politische und soziale Beschränkungen zur Folge, die bei der Untersuchung der partizipatorischen Demokratie und der Entwicklung



Wahltag 1984: Daniel Ortega zeigt nach der Abstimmung seinen mit unabwaschbarer Tinte markierten Daumen

der CDS berücksichtigt werden müssen (4).

Die CDS gingen 1979 nach dem Sturz Somozas aus den Zivilen Verteidigungskomitees (CDC) hervor, die die tragende Säule des Aufstands in den Stadtteilen waren. Seit der Revolution besteht ihre Aufgabe in der Verteidigung der Revolution und ihrer sozialen Errungenschaften. Sie übernehmen Aufgaben bei der Lösung von Problemen in den Bereichen Versorgung, Gesundheit, Bildung und kommunale Entwicklung.

Den CDS auf der unteren Straßenblockebene steht jeweils ein Exekutivkomitee (CEB) vor. Die einzelnen CDS sind auf Stadtteil-, Kommunen-, Zonen-, Regionen und schließlich durch das Nationale Exekutivkomitee auf nationaler Ebene zusammengeschlossen. 1986 bestanden in 961 Stadtteilen CDS. An ihrer Arbeit beteiligen sich schätzungsweise 50 000 AktivistInnen.

Als Indiz für eine – selbst minimale – Betei-

ligung der Bevölkerung an den Aktivitäten der CDS kann die Teilnahme an den Wahlen zu den Exekutivkomitees angesehen werden. Sie belief sich auf etwa 12 % aller Wahlberechtigten in der Region I und knapp 19 % in der Region IV, wobei zu berücksichtigen ist, daß nur in einem Drittel des Landes CDS bestehen.

Bei der Beteiligung der Bevölkerung an den Aktivitäten der CDS lassen sich zwei Phasen unterscheiden. Bis etwa 1984/85 läßt sich eine für ein Entwicklungsland beachtliche Teilnahmebereitschaft nachweisen. Jedoch bereits 1984 stellte das Nationale Exekutivkomitee der CDS fest, daß die Organisation auf der zentralen Ebene stark sei, aber an der Basis immer schwächer werde.

Beispiele für das starke Engagement vieler NicaraguanerInnen in den ersten Jahren der Revolution sind die Gesundheitskampagnen. So beteiligten sich allein an der Anti-Malaria-

NICARAGUA

Kampagne 1981 über 70 000 Personen und an den Impfungen gegen Polio in den Jahren 1981-83 durchschnittlich 20 000 EinwohnerInnen. (6)

Die Teilnahmebereitschaft der Bevölkerung ist mit ein Grund dafür, daß im Gesundheitsbereich erhebliche Fortschritte erreicht werden konnten. So wurde seit 1982 kein einziger Fall von Polio mehr registriert, die Zahl der Malariaerkrankungen sank um 50 % und die Durchfallerkrankungen fielen vom ersten auf den vierten Rang bei den Todesursachen von Kleinkindern. (7)

Die größte Beteiligung an den „Revolutionären Nachtwachen“ war 1984 mit 300 000 Personen zu verzeichnen, d. h. fast 20 % der über 16jährigen. Neben einer gerechteren Einkommensverteilung und der Einbindung vor allem Jugendlicher in verschiedene Bildungs- und Freizeitprogramme ist die starke Beteiligung an den Nachtwachen mit ein Grund für den Rückgang der Kriminalität. Die Zahl der amtlich registrierten Delikte reduzierte sich von 30 781 im Jahre 1980 auf 7 500 1984. (8)

Die Partizipationskrise der CDS, die bis in die jüngste Vergangenheit angehalten hat, läßt sich ebenfalls an den o.g. Bereichen veranschaulichen. Die Zahl der GesundheitsbrigadistInnen hat von über 17 000 im Jahr 1981 um 14-15 000 bis 1986 allein in der Region Managua abgenommen. Generell sind immer weniger Menschen bereit, sich an kollektiven Aktionen im Gesundheitswesen zu beteiligen, ob es sich um Impfungen oder das Säubern des Stadtviertels handelt. Auch als Folge davon stieg die Säuglingssterblichkeitsrate von 64,7 pro Tausend Lebendgeburten 1986 auf 67,7 im Jahre 1988. Allein 30 % dieser Todesfälle beruhen auf Durchfallerkrankungen, die im Zusammenhang mit der mangelnden Hygiene zu sehen sind. (9) Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich bei der Kriminalität ab. Die niedrige Beteiligung an den Nachtwachen hat neben der zunehmenden Armut zu einem Anstieg der Delikte auf 19 885 im Jahre 1987 geführt.

Die Versorgung mit Nahrungsmitteln war und ist eines der dringlichsten Probleme in den Stadtteilen, denen sich die CDS zu widmen haben. Die Aktivitäten reichen dabei von der Verteilung der rationierten Basisgüter über Preiskontrolle bis zu Kampagnen der Selbstversorgung, in denen versucht wird, die BürgerInnen zur Gründung von kommunalen Gärten oder von Konsum- und Einkaufsgenossenschaften zu stimulieren.

Allerdings stoßen die Versuche der CDS auf keine allzu große Resonanz bei der Bevölkerung, da in den Städten ein kollektives Handeln noch nicht so stark verwurzelt ist. Individualistische Verhaltensweisen werden außerdem durch die Wirtschaftskrise verstärkt, da sie den ärmsten Schichten in ihrem täglichen Existenzkampf kurzfristig bessere Reproduktionsschancen bieten.

In den ersten Jahren nach der Revolution war die Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen geprägt von einem hohen Maß an Spontaneität und wenig institutionalisierten Verfahren. In der Regel versammelten

sich die AnwohnerInnen einmal wöchentlich zu Sitzungen oder ad hoc auf Initiative der CDS-AktivistInnen. Doch in den vergangenen Jahren verringerte sich in einer großen Anzahl von Stadtvierteln die Beteiligung der Bevölkerung auf ein Minimum, und nicht selten lösten sich die Exekutivkomitees der einzelnen CDS (CEB) auf.

Die Gründe für die sinkende Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung sind vielfältig. Da ist zum einen die Wirtschaftskrise, die zur Folge hat, daß der Überlebenskampf vielen keine Zeit mehr läßt, sich an politischen und sozialen Aktivitäten zu beteiligen.

Auf innerorganisatorischem Gebiet sind vor allem die Unzufriedenheit mit den höheren Instanzen infolge bürokratischer und vertikaler Strukturen und der mangelnde Kontakt zur Basis zu nennen. Oftmals ist ein schwindendes Vertrauen der AnwohnerInnen in die StadtteilkordinatorInnen festzustellen, weil diese sich mehr an den Direktiven der oberen Funktionsebenen orientieren, als für die Forderungen der Bevölkerung einzutreten. Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die kontinuierliche Abwanderung der engagiertesten MitarbeiterInnen, um Aufgaben in der Verteidigung oder auf anderen staatlichen Ebenen zu übernehmen.

In der Beziehung zum Staat waren die CDS nur ungenügend darauf vorbereitet, daß auch der revolutionäre Staat dazu neigt, eine bürokratische Eigendynamik zu entwickeln und es Aufgabe der Massen ist, ihre Interessen gegen den Staat zu verteidigen. Der Raum zur Kritik verengte sich mit der Zunahme der konterrevolutionären Aktivitäten und der daraus resultierenden Notstandsgesetzgebung ab 1982 zunehmend. Der Staatsapparat zentralisierte seine Entscheidungen und die CDS büßten ihre relative Autonomie ein.

Während die Mitglieder der CEB oftmals zu Transmissionsriemen des Staates wurden, und die staatlichen Institutionen die CDS bei jeder sich bietenden Gelegenheit zur Mitarbeit anhielten, ohne daß darüber in den betreffenden Stadtteilen diskutiert wurde, blieben unzählige Anliegen, die die Bewohner mittels der CDS-Koordinatoren an den Staat richteten, in einer ineffizienten Bürokratie hängen.

Darüber hinaus führte der Umstand, daß den CDS-Koordinatoren staatliche Hoheitsrechte (Ausstellen von Meldebescheinigungen, Führungszeugnissen usw.) verliehen wurden, zur Transformation der Rolle der CDS in den Augen der Bevölkerung. Die CDS schienen eher die staatliche Administration zu repräsentieren, denn als „pressure-group“ der Stadtteile aufzutreten.

In der Zwischenzeit hat in den Führungen der FSLN und der CDS ein Umdenkungsprozeß stattgefunden, weil gerade in der gegenwärtigen äußerst kritischen Phase die sandinistische Revolution ein Volk mit Initiativkraft benötigt. Deshalb kam es im vergangenen Jahr auch zu strukturellen und programmatischen Veränderungen der CDS – der sog. „Ce-de-stroika“. Durch eine Entsandinisierung und Entstaatlichung der CDS soll eine breite kommunale Bewegung entstehen, die

die demokratische Beteiligung im Rahmen der sandinistischen Hegemonie stärken soll.

Ähnliche Veränderungen durchlaufen auch die anderen Massenorganisationen in Nicaragua. So gab sich die Frauenorganisation AMNLAE anläßlich ihres Jahrestages im vergangenen September einen neuen Namen und eine neue Struktur. Fortan gibt es in Nicaragua keinen Frauenverband mehr, sondern nur noch eine unabhängige Frauenbewegung (MOLAE).

Die Sandinistische Gewerkschaft CST beschränkte in den letzten Jahren während der wirtschaftlichen Depression ihre Aktivitäten praktisch darauf, als Sprecher der Regierung im industriellen Sektor aufzutreten. Durch vertikalistische und teilweise gar repressive Methoden wie Entlassungen übten die CST-Funktionäre Druck auf die Arbeiter aus, um die sandinistische Hegemonie in den Fabriken durchzusetzen. Dies führte zu einem Verlust an Einfluß, was etwa durch die sinkende Beteiligung bei Demonstrationen zum 1. Mai und durch Niederlagen bei Gewerkschaftswahlen auch in staatlichen Betrieben verdeutlicht wird.

Im Vergleich zur CST konnte die Landarbeitergewerkschaft ATC während der Krise eine stärkere Initiativkraft hinsichtlich ihrer gewerkschaftlichen Forderungen entwickeln. Die Führung der ATC erhielt sich ein weitaus größeres Feld gewerkschaftlicher Autonomie.

Dies gilt in noch stärkerem Maße für die Organisation der landwirtschaftlichen Produzenten (UNAG), in der die Klein-, Mittel- und genossenschaftsbauern zusammengeschlossen sind. Sie ist möglicherweise die Massenorganisation, die am aktivsten für die Interessen ihrer Mitglieder wirkt.

So sind die Neuordnung der Agrarreform 1986 und auch die Änderungen der Preispolitik zu einem beachtlichen Teil auf den politischen Druck zurückzuführen, den die Vereinigung auf die Regierung ausübt.

Bis 1984 hatten die Massenorganisationen einen direkten Einfluß auf die Gesetzgebung, da sie ein Drittel der Sitze im Staatsrat innehatten. Mit den Parlamentswahlen vom 4.11.1984 ist diese Kompetenz auf die politischen Parteien übergegangen.

Im Abgeordnetenhaus sind die FSLN mit 61 Sitzen, die Demokratische Konservative Partei (PCD) mit 14, die Unabhängige Liberale Partei (PLI) mit neun, die Christlich-Soziale Volkspartei mit sechs und mit jeweils zwei

Sitzen die Bewegung der Volksaktion-Marxistisch/Leninistisch (MAP-ML) sowie die Kommunistische (PCdE) und die Sozialistische Partei (PSN) vertreten. Der rechte Flügel der Opposition, der in der immer enger mit den Contras kooperierenden Nicaraguanschen Demokratischen Koordination (CDN) zusammengeschlossen ist, hatte die Wahlen boykottiert. Zur CDN gehörten damals, neben dem Unternehmerverband COSEP und zwei Gewerkschaften, die Christlich-Soziale (PSC), die Sozialdemokratische (PSD), die Konstitutionalistisch-Liberale (PLC) und die Konservative Partei (PCN).

Bis ungefähr 1985/86 waren die politischen Strategien der heute im Parlament vertretenen Parteien noch einigermaßen voneinander zu unterscheiden. Während die MAP-ML viele Initiativen der FSLN unterstützte und in einer im allgemeinen relativ konstruktiven Weise vermeintliche Irrtümer der FSLN kritisierte, reichte die Kritik der PCdE nie über ihre grundsätzliche Klage gegen das angebliche Bündnis der FSLN mit der Bourgeoisie hinaus. Die PSN stand bis 1985 ideologisch der FSLN von den drei Linksparteien am nächsten (bereits Ende 1979 trat ein Teil der PSN in die FSLN ein). Sie kritisierte hauptsächlich den staatlichen Bürokratismus, forderte eine Demokratisierung und eine, gemessen an der wirtschaftlichen Situation allerdings unrealistische, stärkere Berücksichtigung der Arbeiterinteressen (Lohn-erhöhungen).

Die im genannten Zeitraum der FSLN von den nichtsozialistischen Parteien am nächsten stehende PPSC beanstandete hauptsächlich die nach ihrer Einschätzung zu starke staatliche Intervention im wirtschaftlichen und sozialen Bereich.

Die PCD, die 1983 ihre Mitarbeit im Staatsrat aufgekündigt hatte, operierte im Parlament wegen ihres Bemühens, sich als primäre politische Oppositionskraft zu etablieren, als parlamentarische Stütze der FSLN in dem Sinne, daß sie noch mehr als Kommunisten und Sozialisten die sandinistische Regierung und Fraktion zu einer konstruktiven parlamentarischen Auseinandersetzung zwang.

Die PLI um den Ex-Arbeitsminister Godoy vertritt die Interessen des national gesinnten Unternehmertums. Sie zeigte aber schon im Vorfeld der Wahlen von 1984 durch ihre Überlegungen, sie zu boykottieren, eine Tendenz zur Aufgabe dieser Position, um sich mehr den in der CDN agierenden Parteien PSC und PSD anzunähern.

Seit nunmehr drei Jahren nähern sich mit Ausnahme der MAP-ML alle parlamentarischen Oppositionsparteien der CDN und der Contra an. Der Versuch, mit Hilfe der USA den Sandinisten die Regierungsgewalt zu entreißen, überlagert alle programmatischen und ideologischen Differenzen. Die Strategie der Obstruktion und der Diskreditierung der FSLN auf internationaler Ebene, die von der kollektiven Behinderung gesetzgeberischer Notwendigkeiten (während der Verfassungsdebatte konfrontierte man die FSLN mit überzogenen Forderungen, die allein das Ziel hatten, der Verfassung die Legitimation zu ent-

ziehen) bis zur publizistischen Demagogie mittels ihres Sprachrohres „La Prensa“ reicht, verspricht allerdings im Land selbst wenig Erfolg.

Durch die Unterstützung der US-Politik gelang es der Opposition zum einen nicht, ihre soziale Basis in der Bevölkerung zu vergrößern – obwohl durch die Esquipulas-Verhandlungen ihre innenpolitischen Spielräume erheblich vergrößert wurden. Zum anderen führt der Kampf um die Gelder aus dem Ausland zu internen Spaltungsprozessen der Parteien. Mittlerweile gibt es in Nicaragua 18 Parteien, wobei viele von ihnen in zum Teil eigenständige Fraktionen gespalten sind.

Die Grabenkämpfe zwischen den Parteien können auch nicht durch die Bildung eines Oppositionsblockes, wie der nach Esquipulas II gegründeten „Gruppe der 14“, kaschiert werden. Die Aussichtslosigkeit der Opposition im Kampf um die politische Macht zeigte sich bei dem als massive Demonstration aller oppositionellen Gruppierungen angekündigten Aufmarsch im Januar d.J., an dem sich nach unterschiedlichen Angaben 3 000 – 10 000 Personen beteiligten. Die FSLN mobilisierte im Februar dagegen 30 000 – 60 000 Menschen anläßlich des Geburtstages Sandinos.

Ein weiteres Indiz für die Perspektivlosigkeit der Opposition ist das Ergebnis einer von der PPSC in Auftrag gegebenen Umfrage. Danach würden auf sandinistische Kandidaten 32,7 % der Stimmen entfallen, auf die der Opposition 29,8 %. Spitzenreiter bei ihr war PLI-Führer Godoy mit 5,7 %. (10)

Der Aussichtslosigkeit versucht die Opposition verstärkt mit „diplomatischen Initiativen“ zu begegnen. Dazu zählten in diesem Jahr Treffen mit den Präsidenten Costa Ricas und Venezuelas sowie eine gemeinsame Sitzung der „Gruppe der 14“ mit der Spitze der Contra, um gemeinsam eine Wahlstrategie abzusprechen.

Nachdem die Regierung sich beim Treffen der mittelamerikanischen Präsidenten vom 13./14. Februar d.J. verpflichtet hatte, der Opposition noch größere Spielräume zu öffnen, versuchte diese bei der Reform des Medien- und Wahlgesetzes im April d.J. möglichst hoch zu pokern. Sie forderte u.a. ein Verbot der Wiederwahl des amtierenden Präsidenten, Wahlverbot für Berufssoldaten, ein Anrecht auf vier Vertreter in der fünfköpfigen Wahlbehörde und die Unterstellung von Armee und Polizei in den Städten unter dieses Gremium während der Wahl.

Die sandinistischen Abgeordneten lehnten diese Forderungen ab, stimmten jedoch einer Abschaffung der 5 %-Hürde und der Bewilligung von gleichviel Sendezeit für Wahlpropaganda für alle Kandidaturen zu. Obwohl das Gesetz den kleineren Parteien wesentlich mehr Chancen einräumt, als das etwa in der Bundesrepublik oder den USA der Fall ist, bezeichnete die Opposition die Bestimmungen als undemokratisch. Das Ziel, das sie damit verfolgt, besteht darin, ein Klima zu schaffen, das einen erneuten Boykott der Wahlen ermöglicht, um damit der Regierung die internationale Legitimation streitig zu machen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß

die FSLN den politischen Parteien unter Berücksichtigung der Politik der USA wesentlich mehr Aufmerksamkeit schenkte als der Entwicklung der Massenorganisationen und damit der direkten Demokratie in Nicaragua. Das Einlassen auf die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie ging zunehmend zu Lasten der Förderung eines der Emanzipation des Volkes unterstützenden politischen Bewußtseins. Zu oft ging es der FSLN lediglich um das Faktum der Mobilisierung des Volkes und nicht um die selbstkritische Auseinandersetzung mit demselben.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Comunicado oficial de la Dirección Nacional del FSLN sobre el proceso electoral, in: Barricada (Bar.), Managua, 24.8.1980
- 2) Vgl. C. Vilas, Perfiles de la Revolución Sandinista, Managua 1987, S. 351
- 3) Vgl. V. Mironov, El poder revolucionario y las masas, in: America Latina, Moskau, Nr. 9/1986, S. 20 ff., hier S. 27
- 4) Bei der Thematik der CDS handelt es sich überall dort, wo sich kein Verweis auf Literatur befindet, um Erkenntnisse, die aus Interviews gewonnen wurden, die vom Autor von April-Juni 1988 mit CDS-Vertretern verschiedener Funktionsebenen geführt wurden.
- 5) Vgl. El Dia, Mexiko-Stadt sowie Bar. 29.11.1985 und 29.7.1986
- 6) Vgl. CIERA, Participatory Democracy in Nicaragua, Managua 1984, S. 87 f.
- 7) Vgl. Barricada Internacional (BI), Managua, 6.9.1988
- 8) Vgl. Bar., 16.6.1988
- 9) Vgl. BI, a.a.O.
- 10) Vgl. ANN-Wochenheft, Managua/Zürich, Nr. 148/15.3.1989

EXTRA GEHEIM & Christic Institute CONTRAGATE VERDECKTE AKTIONEN DES CIA, DROGENSCHMUGGEL DIE ROLLE GEORGE BUSHS IM CONTRA-KRIEG GEGEN NICARAGUA UND DAS PAPIER VON SANTA FE II

DAß DER CONTRA-KRIEG GEGEN NICARAGUA DURCH DIE USA INITIIERT WURDE, WAR NOCH NIE EIN GEHEIMNIS. WIE ABER DIE LETZTE US-ADMINISTRATION UND INSBESONDERE DER EHEMALIGE VIZE GEORGE BUSH DIE ORGANISATION DER CONTRA KONKRET HANDHABTE, MIT DROGENHÄNDLERN UND WAFFENSCHIEßERN ZUSAMMENARBEITETE, UM DAS IRAN-CONTRA-NETZWERK AUFRICHTZUERHALTEN, WIE DIE USA DRITTLÄNDER EINSPANNTEN, UM IM EIGENEN LAND GERINGEREM INNENPOLITISCHEN WIDERSTAND AUSGESETZT ZU SEIN, DAS IST THEMA DES GEHEIM/EXTRA CONTRAGATE. DIE CONTRA SELBST IST (HOFFENTLICH) GESCHLAGEN, GEORGE BUSH DER SIE WEITER UNTERSTÜTZT, IST US-PRÄSIDENT. SEINE ROLLE IM CONTRA-KRIEG GEGEN NICARAGUA IST DAHER SCHWERPUNKT DES SONDERHEFTES.

Inhalt: Der Aufbau der Contra – Terroristische Aktionen – Das La-Penca-Attentat auf Eden Pastora – Die Drogen-Connection – George Bush: mit schmutzigen Fingern ins Weiße Haus – Waffen an den Iran – Behinderung der Justiz – Das Papier von Santa Fe II

Zu bestellen bei "Christic Institute"/BRD, Sandbergstr. 48, 61 Darmstadt, Telefax 06151-63026 gegen 6 DM & 2 DM Porto und Verpackung gegen Scheck oder Vorkasse auf das Konto Nr. 999 999 0, BLZ 508 900 00 Darmstadt-Volksbank, Stichwort: Prozeß. Wiederverkäufer erhalten bei Abnahme über 10 Stück 30% Rabatt & Porto, darunter nach Vereinbarung.

INTERVIEW MIT VICTOR TIRADO (FSLN)

Keine Entwicklung ohne die nationale Einheit

In einem Interview der nicaraguanischen Nachrichtenagentur ANN erläutert Revolutionskommandant Victor Tirado die Ziele, die die Sandinisten bei der Zusammenarbeit mit den Privatunternehmern anstreben und wie sich diese in das Konzept der nationalen Befreiung einordnet.

FRAGE: Das Jahr 1989 begann für Nicaragua mit Aktivität: Die Regierung bestätigte die Wahlen für 1990, unterstrich ihren Wunsch, die Beziehungen mit den Vereinigten Staaten wieder zu normalisieren und hat konkrete Schritte unternommen, um die nationale Einheit mit den Privatunternehmern zu stärken. Verlangt die heutige Etappe die Vertiefung dieses Klassenbündnisses, wo doch das Ziel der FSLN die nationale Befreiung ist?

V. TIRADO: Ja. Die nationale Einheit impliziert eine Etappe von Umwandlungen, wo allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft des Landes große Anstrengungen abverlangt werden. Und zwar allen, die bereit sind, zur Entwicklung und zum Wirtschaftswachstum beizutragen, das nicht nur für uns, sondern auch für das Bürgertum von Vorteil sein wird.

Überall auf der Welt, wo es Länder wie unseres gibt, muß die nationale Einheit angestrebt werden, damit man sich nicht irrt und keine Fehler macht. Alle gesellschaftlichen Kräfte müssen sich dieser Einheit bewußt sein, um wirtschaftliche Siege zu erringen. Das ist ein Gesetz.

FRAGE: Aber diese Einheit würde eine Veränderung der Gesellschaftsordnung beinhalten. Hier hat es bürgerliche Kreise gegeben, die das Land fluchtartig verlassen haben. Ist die Schaffung einer nationalen Einheit immer noch möglich?

V. TIRADO: Sie ist möglich. Es stimmt, daß einige führende Vertreter der Bourgeoisie geflohen sind. Sie haben dem nordamerikanischen Druck via Wirtschaftskrise nicht standgehalten. Wir sind aber zuversichtlich, daß, wenn der Frieden zustandekommt, alle zurückkehren.

Sie werden zurückkommen, weil sie die

Möglichkeit haben, hier in Ruhe zu produzieren. Auch qualifizierte Leute, Techniker werden wieder zurückkommen, weil sie in den Vereinigten Staaten oder in einem anderen Land nicht Fuß fassen können. Dort werden in großem Umfang Arbeitsplätze wegrationalisiert und es ist nicht einfach, eine Stelle als Tellerwäscher zu finden.

Für uns ist es wichtig, das ganze Land vorwärtszubringen. Niemand kann in Nicaragua einen Schritt zurück machen. Daher müssen wir sehen, wie sich die wirtschaftlichen Kräfte wieder einpendeln.

FRAGE: Ist die Anerkennung der revolutionären Legalität die Vorbedingung für jede Wiedereingliederung?

GEMISCHTE WIRTSCHAFT
BEDEUTET, DAß DER STAATS-
UND PRIVATSEKTOR
GEGENEINANDER
KONKURRIEREN UND
DENNOCH EINE GEMEINSAME
STRATEGIE VERFOLGEN

V. TIRADO: Selbstverständlich. Wenn man wirklich im Recht ist und die Interessen des Volkes verteidigt, darf man keine Angst vor der Opposition haben.

FRAGE: Das heißt also, daß die gemischte Wirtschaft, der Pluralismus, die Blockfreiheit in der heutigen Phase volle Gültigkeit behalten?

V. TIRADO: Das ist Sandinos Doktrin der nationalen Befreiung, weil sie die nationale Einheit anstrebt.

Klar, es gibt mächtige Kräfte, wie die Ver-

einigten Staaten, die versuchen, das Konzept der gemischten Wirtschaft zu untergraben und in ihrem Sinn umzugestalten. Aber dieses Konzept verlangt wirtschaftliche Unabhängigkeit. Nicaraguas Experiment mit der gemischten Wirtschaft ist sehr wichtig. Es läßt sich nicht mit dem vergleichen, was in Spanien, Mexiko oder anderen Ländern so genannt wird.

Unser Konzept setzt den Kampf um nationale Befreiung voraus. Wenn die Unternehmer mitmachen, werden sie feststellen, daß ihre Interessen im Widerspruch zu ausländischen stehen. Sie werden merken, daß sie mit den Multis und Großkonzernen in Konflikt geraten. In den vergangenen neun Jahren haben sie ihre Betriebe nicht konsolidieren können; aber wenn sie in die Baumwoll-, Zucker- oder Industrieproduktion investieren, wird sich das ändern.

Natürlich braucht das Generationen. Unsere Generation ist vom Krieg geprägt worden und man darf nicht vergessen, daß der Krieg grausam ist.

FRAGE: Und was passiert, wenn die Unternehmer trotz allem nicht produzieren wollen?

V. TIRADO: Mit dieser Generation wird es schwierig werden, aber wir versuchen es. Es wird die Generation sein, die nach 1979 geboren wurde, die die gemischte Wirtschaft in die Hände nehmen und ausbauen wird.

Dann erst werden die Früchte dieser tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderung geerntet werden können. Wir können unterdessen jedoch nicht untätig bleiben. Ich denke dabei nicht nur an Veränderungen in den Besitzverhältnissen, sondern auch an die Frage, wie wir arbeiten sollen, um die Produktion zu erhöhen und die Verteilung zu verbessern.

Heute stellen die Privatunternehmer nicht das Konzept der gemischten Wirtschaft an sich in Frage, sondern ihre Nichtteilnahme. Unter Bedingungen, wo der Krieg ein Wirtschaftswachstum unter Vorzeichen der gemischten Wirtschaft verhindert hat, warteten die Privatunternehmer ab, ob nicht vielleicht doch etwas für sie abfällt.

Aber für mich bedeutet die gemischte Wirtschaft, daß der Staats- und Privatsektor in einem Konkurrenzverhältnis miteinander arbeiten und dennoch eine gemeinsame Strategie und ein gemeinsames Projekt haben, weil



Der Sandinismus ist Ausdruck eines revolutionären Nationalismus

es sonst nicht geht. Zum Beispiel: Wenn es nötig ist, neben der einen staatlichen auch eine private Speiseölfabrik zu haben, dann werden wir eine schaffen. Und wir werden sehen, wie beide sich entwickeln. Das Ziel muß aber klar sein: die Produktion! Aber wenn die Unternehmer nicht produzieren wollen, wird die nächste Generation sie ersetzen.

In diesem Fall übernimmt der Staat auch eine gewisse Verantwortung, die sich langfristig aber in eine Fessel verwandeln kann. Der Staat ist nicht daran interessiert, alles zu verwalten. Der Staat übernimmt nur in einer Übergangsphase die Verantwortung. Das alles erfordert eine tiefere, strategische Klarheit über die Etappen, die eingeleitet werden.

FRAGE: Soll also der Staat eine Art Herzschrittmacher sein, der von Fall zu Fall einspringt, wenn der Organismus – in diesem Fall ein Bereich der Gesellschaft – nicht reagiert?

V. TIRADO: Genau!

FRAGE: Ist es vorstellbar, daß eine Übereinstimmung zwischen Staat und Privatunternehmern in Bezug auf bestimmte Produktions- und Wirtschaftszweige zustande kommt?

V. TIRADO: Ja, selbstverständlich ist es möglich. Es ist die erste große Etappe der nationalen Revolution. Wenn einmal die Fundamente der wirtschaftlichen Entwicklung gelegt sind, werden Wissenschaft und Technik im Dienste der Produktion eingesetzt, unabhängig davon, welche Gruppen sich daran beteiligen. Haben wir einmal das Niveau der entwickelten Länder erreicht, werden die Widersprüche auf einer anderen Ebene auftreten.

Aber wir dürfen nicht neue Widersprüche schaffen und behaupten, daß nur wir zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Wir irren uns, wenn wir das behaupten. Ist das Projekt einmal konsolidiert und ist diese Phase überwunden, werden neue Widersprüche entstehen und der Lauf der Dinge wird eine andere Richtung nehmen. Dann erst wird definiert, ob man einen Sozialismus, einen Kapitalismus oder etwas anderes will.

FRAGE: Heißt das also, daß es unmöglich ist, einen Sozialismus der Armut aufzubauen?

V. TIRADO: Richtig! Der Sozialismus entsteht aus dem Reichtum, der Entwicklung. Es ist wichtig, sich darüber im klaren zu sein, daß wir den Sozialismus nicht einmal Anfang des nächsten Jahrhunderts sehen werden. Zuerst muß die Basis geschaffen werden, um sich in diese Richtung zu bewegen. Wenn wir das nicht begreifen, beweisen wir, daß wir unfähig sind, die Erfahrung anderer Staaten zu verstehen. Jene Staaten glaubten, historische Prozesse beschleunigen zu können, weil sie die Früchte ihrer Arbeit sehen oder genießen wollten, aber das ist nicht möglich.

FRAGE: Der Vorschlag zur nationalen Einheit beinhaltet ein klassenübergreifendes Engagement. Besteht nicht die Gefahr, daß das einfache Volk, die Arbeiter, Bauern und jene anderen, die das strategische Projekt der FSLN tragen, negative Konsequenzen dieses Klassenbündnisses zu spüren bekommen, etwa indem sie sehr lange unter sehr schlechten Bedingungen leben müssen?

V. TIRADO: Ich glaube nicht, daß sich die Situation verschlimmert. Nehmen wir als Beispiel die Agrarreform: Um mit den Unternehmern zusammenarbeiten zu können, muß eine Verständigung mit ihnen gefunden werden. Bis wohin geht die Funktion des Staates, bis wohin die der Privatunternehmer, der Arbeiter? Die Abgrenzungen müssen definiert werden! Wir sind den ArbeiterInnen gegenüber verantwortlich, daß es ihnen gut geht.

Der Kampf, der jetzt geführt wird, muß in einem längerfristigen Kontext betrachtet werden. Für den Moment ist alles, was für die wirtschaftliche Entwicklung gut ist, nur unter der Bedingung einer Zusammenarbeit der sozialen Klassen möglich. Sowohl in der Krise wie im Überfluß wird der Staat direkt Einfluß haben. Wann tritt das Gegenteil ein? Ich meine, sobald es wirtschaftliche Fortschritte gibt. Vielleicht, wenn der Staat die Rolle des Verteidigers der Interessen der Arbeiter auf gibt und sie sich selber verteidigen können.

Ich spreche von einem sehr langfristigen Projekt. Ich glaube, heute kann man mit den Widersprüchen zurechtkommen, weil die Hauptdarsteller, die Arbeiter, im Land sind. Sie existieren. Der Staat hat eine wichtige Funktion zu erfüllen und darüber muß sich die Privatwirtschaft im klaren sein.

FRAGE: Zu Beginn des Gesprächs bestätigten Sie, daß die nationale Einheit, für die die FSLN eintritt und die heute einen entscheidenden Platz im nicaraguanischen Prozeß einnimmt, ein grundsätzliches Element des Sandinismus sei: Würde das also heißen, daß die heutigen Antworten dem historischen Gedankengut der FSLN und von Carlos Fonseca nahestehen?

V. TIRADO: Der Sandinismus ist ein Bestandteil des modernen, revolutionären Gedankenguts Lateinamerikas. Ich betone: Lateinamerikas, weil das Wesentliche daran die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit ist, also die totale Unabhängigkeit. Nach dem 2. Weltkrieg haben sich in Lateinamerika einige politisch unabhängige Länder ent-

wickelt, die sich für ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit einsetzten. Dies war schwierig, weil die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten groß ist und sie es nicht zugelassen haben, daß wir die Initiative ergreifen und nach einer Alternative suchen.

Die sandinistische Doktrin (...) strebt die Einheit ganz Lateinamerikas an. (...)

FRAGE: Ist also der Sandinismus Ausdruck eines revolutionären Nationalismus?

V. TIRADO: Nicaragua liegt in Mittelamerika und kann sich daher nicht auf einen nicaraguanischen Nationalismus beschränken. Diese Realität zwingt uns, mehr Mittelamerikaner und Lateinamerikaner als Nicaraguaner zu sein.

Natürlich dürfen dabei andere Strömungen, die mindestens so wichtig sind wie der Sandinismus und die in der wichtigsten Frage, derjenigen der nationalen Befreiung, übereinstimmen, nicht außer acht gelassen werden. Es geht dabei um die Frage der absoluten, wirtschaftlichen Unabhängigkeit. (...)

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit ist in dem Sinne relativ, weil wir sie nicht alleine schaffen werden ... Unser Wirtschaftskonzept hat keinen Erfolg, wenn sich nicht die ganze Region daran beteiligt. Die fünf Staaten sollen zusammen bestimmen, in welchem Bereich wir uns entwickeln sollen, unabhängig von politischen Unterschieden. (...)

Und: Die ausländische Wirtschaftshilfe wird nicht nur in ein Land fließen. Die Welt verbindet sich immer mehr in Regionen, Konsortien, gemeinsamen Märkten und regionalen Gruppen. Deshalb ist es im Fall von Mittelamerika nötig, im Rahmen der ganzen Region zu denken. Die Realität zwingt uns, uns ebenfalls zusammenzuschließen.

Wir müssen im Kontext einer Region oder sogar eines Kontinents denken, um gemeinsam bei den großen Machtzentren der Welt anzuklopfen. Das führt zu einer neuen Konzeption und zum Ende der Unterentwicklung. (...)

EL SALVADOR LIBRE SPENDENAKTION

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 10010010
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65



Kontostand 11.4.1989:
4.208.760,81 DM

Bisherige UnterstützerInnen:

AIB, Arbeiterkampf, Cuba Si, Ides, Ila-Info, Inprekorr, Konkret, Radio Dreieckland, Radio Z, extraBLATT, Lateinamerika Nachrichten, blätter des iz3w

Lehren für die Befreiung

Das Beispiel Nicaragua macht deutlich, daß Befreiungsprozesse in der Dritten Welt nicht in sozialistische Revolutionen münden, sondern langfristig Übergangsgesellschaften bestehen werden, in denen weiter um den Entwicklungsweg gerungen wird. Dies ist eine der Schlußfolgerungen, die Carsten vom Nicaragua-Arbeitskreis des DGB Frankfurt in seinen folgenden Thesen zieht.

Die nachfolgenden Überlegungen zum 10jährigen Bestehen der nicaraguanischen Revolution stellen keine Bestandsaufnahme dar. Es wird nicht versucht zu beurteilen, was aus der Sicht der Solidaritätsbewegung in Nicaragua gut bzw. schlecht gelaufen ist. Die 10 Jahre nicaraguanische Revolution sollen vielmehr unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, welche Schlußfolgerungen aus der oft stürmischen und schwierigen Entwicklung insgesamt für die nationalen Befreiungsprozesse in der Dritten Welt gezogen werden können.

Die Überlegungen werden in Form von Thesen dargestellt, da es sich nicht um ausgefeilte Positionen handelt. Sie sind in erster Linie als Diskussionsanreiz darüber gedacht, wie wir besser mit den Schwierigkeiten, Konflikten und Widersprüchen umgehen lernen, denen alle Befreiungsprozesse (von Mosambik bis Vietnam) ausgesetzt sind.

1. Revolutionäre Prozesse vollziehen sich heute unter veränderten Rahmenbedingungen, die von zunehmend komplexeren und vielfältigeren Interessen anderer Staaten und innergesellschaftlicher Gruppen gekennzeichnet sind, die auf die Prozesse Einfluß nehmen.

Während Sandinos Guerilleros ihren Befreiungskampf nahezu exklusiv mit den USA unter Ausschluß weiterer Staaten austrugen, wird der Spielraum der nicaraguanischen Revolution heute nicht nur von den Interessen der USA bestimmt, sondern auch von denen Europas, der mittel- und lateinamerikanischen Länder und schließlich auch der sozialistischen Länder, wobei jede Gruppe nochmals zu differenzieren ist.

Diese vielfältige Einflußnahme ist einerseits vorteilhaft, weil es dadurch möglich wird, Kräfte so zu nutzen, daß sie sich gegenseitig neutralisieren. Ein Beispiel dafür ist die Rolle der mittel- und lateinamerikanischen Staaten im Friedensprozeß Contadora/Esquipulas, mit der eine noch aggressivere US-Politik aufgehalten wurde. Obwohl diese Staaten durchaus auch die sandinistische Revolution lieber heute als morgen vernichten möchten, sind ihre nationalen Interessen denen der USA entgegengerichtet. Ähnliches gilt für die Rolle der Sozialistischen Internationale in Mittelamerika. Andererseits hat die vielfältige Einflußnahme anderer Staaten und politischer Bewegungen auch Nachteile, weil sie die Sandinisten zwingt, auf die jeweiligen Interessen Rücksicht zu nehmen. Daraus ergibt



Die Volksbewaffnung war ein entscheidender Faktor für die Niederlage der Contras

sich eine insgesamt sehr schwierige Bündnispolitik für Befreiungsbewegungen, die auch im Falle Nicaraguas nicht immer leicht zu verstehen ist (z.B. Unterstützung von Noriega (Armeechef Panamas; d. Red.), enge Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie usw.).

Innenpolitisch sind bei einem revolutionären Prozeß nicht nur die verschiedenen Klasseninteressen, sondern z. B. auch ethnische und religiöse Konflikte zu berücksichtigen, die eine wesentliche Rolle spielen können. Viele Befreiungsbewegungen sind unzureichend auf diese Konflikte vorbereitet. Auch die FSLN hat lange Zeit die ethnische Frage in der Auseinandersetzung mit Teilen der Miskitos unterschätzt bzw. falsch beurteilt.

2. Dritte-Welt-Länder sind wirtschaftlich äußerst labil. Versuche, sich möglichst rasch und tiefgreifend vom Weltmarkt abzukoppeln, haben meist katastrophale wirtschaftliche Auswirkungen und führen zu einem Absinken des Lebensstandards. Eine Abkoppelung vom Weltmarkt ist nur durch Subventionen von außen möglich, etwa in Form von speziellen Import/Export-Vereinbarungen mit sozialistischen Ländern.

Nicaragua versuchte beispielsweise durch den Aufbau von Agroindustrien, eine andere Rolle in der internationalen Arbeitsteilung einzunehmen. Statt landwirtschaftlicher Rohprodukte wie Kaffee, Bananen und Baumwolle, sollten verarbeitete Produkte, wie Textilien und Konserven, exportiert werden. Mit

dieser Konzeption ist Nicaragua zumindest kurzfristig gescheitert.

3. Ähnliches gilt für innere Strukturveränderungen. Rasche radikale wirtschaftliche Umwälzungen, z.B. Veränderungen der Besitzstruktur, die eine starke Zuspitzung der Klassenkämpfe in diesen Ländern zur Folge haben, sind meist kontraproduktiv, da sie zum Zusammenbruch wichtiger wirtschaftlicher Bereiche und zu einer dramatischen Verschlechterung der Versorgungslage führen. Rasche tiefgreifende Strukturveränderungen sind daher auch nur mit Subventionen von außen möglich (z.B. Hilfslieferungen).

In Nicaragua wurde versucht, im Rahmen des Konzeptes der gemischten Wirtschaft die Interessen der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zu berücksichtigen, aber eine Einbindung dieser Schichten gelang nur zum Teil. Inzwischen wurden der Privatindustrie noch größere Spielräume gewährt.

4. Hauptgrund für die wirtschaftlich sehr negativen Folgen von tiefgreifenden Strukturveränderungen ist, daß der staatliche und genossenschaftliche Sektor kurzfristig nicht in der Lage ist, die Funktionen des privaten Sektors zu übernehmen. Der Staat und die Genossenschaften verfügen weder über die notwendige Zahl ausreichend qualifizierter Fachkräfte, noch über genügend Ressourcen, um sowohl die kleinbäuerlichen und handwerklichen Sektoren zu unterstützen als

auch einen dynamischen staatlichen bzw. genossenschaftlichen Bereich aufzubauen. Die nicaraguanische Regierung hat ihre Investitionen sehr stark auf Staatsbetriebe und Genossenschaften konzentriert, wobei deren Rentabilität aber weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Gleichzeitig führte die Vernachlässigung traditioneller Wirtschaftssektoren zu einer mangelhaften Wartung bzw. Erneuerung von Produktionsmitteln, die sich in einem Rückgang der Produktion deutlich machte.

5. Die Wirtschaft von Dritte-Welt-Ländern wird auf relativ lange Sicht von Kleinproduzenten, ausgedehntem Kleinhandel und gering entwickelten Produktivkräften geprägt sein, die eine planmäßige Entwicklung der Wirtschaft nur sehr eingeschränkt möglich machen. Revolutionäre Regierungen müssen daher akzeptieren, daß das Verhalten erheblicher Sektoren der Gesellschaft nicht genau planbar ist.

Die nicaraguanische Regierung hat lange Zeit versucht, die landwirtschaftliche Produktion, die Vermarktung der Produkte und die Erzeuger- und Verbraucherpreise im Detail zu planen und zu kontrollieren, was sich als unrealistisch erwies.

6. Trotz veränderter weltpolitischer Lage und komplexerer Interessenlagen sind imperialistische Länder wie die USA bestrebt, ihre Dominanz über die Dritte Welt aufrechtzuerhalten und notfalls durch vielfältige Kriegsformen zu sichern. Dabei wird jedoch der direkte Einsatz ausländischer Truppen eine zunehmend geringere Rolle spielen und durch eine hochwertige Ausrüstung konterrevolutionärer Gruppen ersetzt.

7. Eine effiziente Bekämpfung solcher konterrevolutionärer Gruppen ist in einer späten Phase nur unter hohen personellen Opfern und mit sehr großem Aufwand (Logistik, Finanzen) möglich und letztlich ohne ausländische Hilfe nicht durchführbar.

In Nicaragua wurde die Contra vor allem durch die kleinen beweglichen Einheiten der sandinistischen Armee, die ständig den Kampf suchten, geschlagen. Diese Art der Kriegführung führt aber auch zu hohen Verlusten in den eigenen Reihen. Gleichzeitig hat der nicaraguanische Staat in den letzten Jahren um die 50 % seines Haushaltes in die Verteidigung stecken müssen. Entscheidend waren auch die umfangreichen Waffenlieferungen aus sozialistischen Ländern.

8. Um die hohen Kosten auf ein Minimum zu reduzieren, sind revolutionäre Regierungen zu Verhandlungen gezwungen, in denen sie wesentliche Zugeständnisse an die kapitalistischen Kräfte in ihrem Land machen und teilweise auch Errungenschaften der Revolution zur Disposition stellen müssen.

Im Rahmen des Friedensprozesses hat die nicaraguanische Regierung erhebliche einseitige Vorleistungen erbracht und den politischen Spielraum für die Rechten (z.B. Wiederschein der Prensas) stark erweitert. Sofern es den Rechten gelingt, die Mehrheit der NicaraguanerInnen hinter sich zu bringen, könnten auch wesentliche Ergebnisse der Re-

volution rückgängig gemacht werden.

9. Revolutionäre Befreiungsprozesse haben in der Regel das Ziel, sich von den vielfältigen direkten und indirekten Abhängigkeiten vom Imperialismus zu befreien und möglichst schnell und umfassend elementare Lebensbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Diese Ziele sind nur mit deutlichen Abstrichen und in Teilbereichen erreichbar.

Nicaragua ist es gelungen, sich von der totalen Dominanz der USA zu befreien. Gleichzeitig mußte das Land jedoch die bittere Erfahrung machen, daß die Möglichkeiten, sich von den Weltmarktstrukturen abzukoppeln, sehr beschränkt sind. Innenpolitisch liegen die Erfolge der Revolution vor allem in der Zerschlagung der somozistischen Repression, der Demokratisierung der Gesellschaft, der Bildung von Massenorganisationen und Verbänden, Gewerkschaften aller Couleur und in der Öffnung der Erziehungs- und Gesundheitseinrichtungen für die armen Bevölkerungsschichten. Gleichzeitig gelang es nicht, die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern zu verbessern, vielmehr mußten große Teile der Bevölkerung Einbußen in ihrem Lebensstandard in Kauf nehmen.

10. Das Nichterreichen wichtiger Ziele führt bei der Bevölkerung der jeweiligen Länder zu Enttäuschungen, weil sich viele von der Revolution eine rasche und umfassende Verbesserung ihrer persönlichen Lebenssituation versprechen. Eine zu hohe Erwartungshaltung hat in der Regel auch die Solidaritätsbewegung.

Das Beispiel Nicaragua zeigt aber zugleich, daß die Enttäuschungen und eine dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen Lagen nicht automatisch mit einem politischen Vertrauensverlust in der revolutionären Regierung einhergehen.

In Nicaragua ist der Hauptgrund dafür, daß die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor die FSLN als diejenige politische Organisation ansieht, die ihre Interessen am besten vertritt, jedoch noch nicht das richtige Konzept gefunden hat, um die wirtschaftliche Entwicklung in Griff zu bekommen. Darüber hinaus hat es die FSLN immer verstanden, die Hintergründe für die Schwierigkeiten und ihre politischen Entscheidungen der Bevölkerung verständlich zu machen, wobei sie die Partizipation der Leute an diesen Entscheidungsprozessen im Vergleich zu früher wesentlich erweitert hat.

11. Aus allen vorhergehenden Thesen ergibt sich, daß der Sozialismus für den Befreiungskampf der Dritten Welt in den meisten wenn nicht sogar in allen Ländern kurzfristig nicht auf der Tagesordnung steht. Sozialismus wird hier verstanden als eine Gesellschaftsordnung, in der das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln in der Wirtschaft dominiert und die politische Macht von der unterprivilegierten Mehrheit ausgeübt wird und deren Interessen im Mittelpunkt politischer Entscheidungen stehen. Das heißt, es wird in den nächsten Jahren weitere Länder der Dritten Welt geben, in denen sich Revolutionen vollziehen (Beispiel Namibia), aber es werden keine sozialisti-

schen Revolutionen sein. Im Gegenteil, einige Länder (beispielsweise Mosambik, Angola) werden sozialistische Elemente wie das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln verringern.

In den revolutionären Ländern werden sog. Übergangsgesellschaften existieren, in denen die Wirtschaft sehr stark von privatwirtschaftlichen Interessen bestimmt sein wird und in denen die lokale Bourgeoisie Einfluß auf die politischen Entscheidungen haben wird. Diese Übergangsgesellschaft wird relativ lange andauern und dabei wird es ständig Kämpfe geben, in welche Richtung sich die Gesellschaft weiterentwickeln wird. Auf der einen Seite werden die revolutionären Kräfte auf den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft orientieren, während die kapitalistischen Kräfte eine uneingeschränkte Dominanz in der Wirtschaft und Politik anstreben.

Auch im Fall Nicaraguas haben wir es mit einer antiimperialistischen, antioligarchischen Revolution zu tun, bei der eine Übergangsgesellschaft entstanden ist. Die Großgrundbesitzer und die lokale Bourgeoisie wurden politisch entmachtet, ohne sie jedoch politisch zu entrechten. Ökonomisch wurden nur bestimmte Fraktionen der Oligarchie und des Kapitals enteignet. Privateigentum wird auf absehbare Zeit für die wirtschaftliche Entwicklung Nicaraguas eine wichtige Rolle spielen.

Unterernährung und Armut haben durch den Krieg zugenommen



Vorrang für die Diplomatie

Seit Anfang der 80er Jahre widmet sich die EG verstärkt der Entwicklung in Mittelamerika. Im Gegensatz zum militärischen Vorgehen der USA setzt die EG auf politische, wirtschaftliche und diplomatische Maßnahmen, um ihren Einfluß zu verstärken und den Konflikt in der Region beizulegen.

Die Europäische Gemeinschaft verfolgt eine unabhängige Politik, um Lateinamerika zu befreien.“ (1) Das versicherte am 27. Februar d.J. der spanische Außenminister Francisco Fernandez Ordoñez in San Pedro Sula (Honduras). Dort fand unter der Bezeichnung „San José V“ das fünfte Treffen der Außenminister der EG, der mittelamerikanischen Staaten und der Contadora-Gruppe statt.

Die Anwesenden begrüßten die Ergebnisse des Gipfels der mittelamerikanischen Präsidenten von Mitte Februar d.J. und sicherten ihre weitere Unterstützung für eine Friedenslösung gemäß dem Abkommen von Esquipulas zu. Sie erklärten sich bereit, die zwischen den Mittelamerikanern und der UNO vereinbarte Entsendung einer Gruppe zur Kontrolle der Friedensvereinbarungen aus Vertretern Spaniens, der Bundesrepublik, Kanadas und eines lateinamerikanischen Staates mitzufinanzieren.

Die EG-Vertreter beschlossen, die Wirtschaftshilfe für die Region weiter zu erhöhen. Insgesamt soll eine Unterstützung von 800 Mio \$ für die nächsten zwei Jahre in Aussicht gestellt worden sein: 150 Mio \$ für die Förderung des interregionalen Handels; 200 Mio \$ zur Konsolidierung der mittelamerikanischen Entwicklungsbank sowie 450 Mio \$ an Entwicklungskrediten (2).

Die traditionell engen Kontakte zu Afrika und Asien, nicht zuletzt auch die Respektierung der US-Vormachtstellung, waren Gründe dafür, daß die EG sich erst Anfang der 80er Jahre dem mittelamerikanischen Raum widmete. 1982 auf einer Ratstagung in Brüssel äußerten die EG-Länder zum ersten Mal ihre Sorge über die wachsenden Spannungen in Mittelamerika.

Der aggressive militärische Kurs der USA veranlaßte schließlich die Westeuropäer zu einer teilweisen Absage an die Mittelamerikapolitik ihres Bündnispartners. Während die Reagan-Administration von einer kommunistischen Bedrohung sprach, bemühte sich die EG, die Region aus dem globalen Ost-West-Gegensatz herauszuhalten. Vielmehr sahen die europäischen Staaten in den unerträglichen sozioökonomischen Verhältnissen die Ursachen des Konflikts.

Ziel dieser Politik ist es zum einen, sich mit einer eigenständigen Politik als alternativer Partner für die lateinamerikanischen und anderen Dritte-Welt-Staaten zu profilieren und somit wirtschaftlich Boden gut zu machen. Zum anderen sollen durch wirtschaftliche und diplomatische Mittel die Region stabilisiert und die Befreiungsbewegungen aufgehalten werden.

Im September 1984 fand in San José (Costa Rica) die erste Außenministerkonferenz der EG-Staaten, der damaligen EG-Anwärter Spanien und Portugal, der fünf mittelamerikanischen Länder und der Contadora-Gruppe statt. Galt es hier den europäischen Friedensimpuls zu demonstrieren, so wurden auf der zweiten San-José-Konferenz 1985 in Luxemburg der institutionelle Rahmen für einen regelmäßigen Dialog auf Außenministerebene und eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit beschlossen.

Argwöhnisch betrachteten die USA, die zu keiner der Konferenzen geladen, dort vielmehr indirekten Angriffen ausgesetzt waren, die europäisch-mittelamerikanischen Verhandlungen. Bei der San-José-III-Tagung, die 1987 in Guatemala stattfand, mahnte der US-Staatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, Elliott Abrams, „auf die Sandini-

sten müsse... von Europa mehr Druck ausgeübt werden“ (3).

Zwar sind sich die EG-Partner einig in der Ablehnung einer militärischen Konfliktlösung und treten sie in offiziellen Dokumenten auch für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Nicaragua auf, doch gibt es sehr unterschiedliche, teils konträre Auffassungen zum demokratisch-revolutionären Prozeß Nicaraguas bei den einzelnen Mitgliedsstaaten. Während die konservativen Regierungen der BRD und Großbritanniens die US-Politik mit eigenen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen unterstützen, üben Regierungen, in denen sozialdemokratische Parteien vertreten sind, Kritik an der Contra-Unterstützung durch die USA. Besonders Frankreich und Spanien – letzteres hat eine aktive Vermittlerrolle inne – widersetzen sich einer Ausgrenzung Nicaraguas von Hilfeleistungen. Auch Griechenland, Italien und die Niederlande zeigen sich kooperationsbereiter (4).

Die beiden letzten San-José-Konferenzen bestätigten die bisherige Linie in der Zusammenarbeit zwischen beiden Regionen. Beim vierten Treffen in Hamburg 1988 bekräftigten die Dialogpartner, den Esquipulas-Friedensplan zu unterstützen und sagten erneut wirtschaftliche Hilfe als Beitrag zur Friedenssicherung zu. Desweiteren will sich die EG am Aufbau eines mittelamerikanischen Parlaments nach europäischem Vorbild beteiligen.

Die wirtschaftliche und politische Annäherung Mittelamerikas an die Gemeinschaft vermag den US-amerikanischen Machtanspruch in der Region auszubalancieren und die Abhängigkeit der fünf Staaten von ihrem nördlichen Nachbarn zu verringern. Und trotz ihrer Zweideutigkeit, trotz ihres Versuchs, die Befreiungsbewegungen in der Region durch Einbeziehung bürgerlich-demokratischer Kreise zu neutralisieren, hat die Initiative der EG mit ihrem letztlich konsequenten Beharren auf einer politischen Lösung und ihrer Dialogbereitschaft die mittelamerikanischen Friedensbemühungen bislang wesentlich mitgefördert.

Anmerkungen

- 1) Zit. nach: El País, Madrid, 28.2.1989
- 2) Zahlen nach: Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 9.3.1989
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.1.1987
- 4) Vgl. D. Escke, Die EG und ihre politische Rolle in Mittelamerika, in: IPW-Berichte, Berlin, Nr. 3/1989, S. 19

Entwicklungshilfe für die innere Front

Im Schatten des von den USA betriebenen Contra-Krieges hat die bundesdeutsche Christdemokratie einen weniger sichtbaren Part im Kampf gegen die sandinistische Regierung übernommen. Sie verweigert die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe und finanziert stattdessen, vor allem über die Konrad-Adenauer-Stiftung, den zivilen Flügel der Contra, die „innere Front“.

Seit 1983 ist die bundesdeutsche Entwicklungshilfe für Nicaragua auf Eis gelegt. Von den Zusagen der sozialliberalen Bundesregierung aus den Jahren 1981–82 stehen noch 40 Mio DM aus. Die Christdemokratie begründet nach wie vor die Einstellung der Entwicklungshilfe mit dem angeblichen Totalitarismus der sandinistischen Regierung. Diesen „Totalitarismus“ herauszufordern und international öffentlichkeitswirksam anzuprangern, ist einer der wesentlichen Stoßrichtungen der christdemokratischen Unterstützungsarbeit für die innere Front Nicaraguas.

Fast zeitgleich mit dem Abgang Reagans von der politischen Bühne häuften sich die Einschätzungen, daß die militärische Contra ihren Part der Kriegführung gegen das sandinistische Nicaragua „überlebt“ habe. Die Hoffnung darauf wurde auch durch den Gipfel der mittelamerikanischen Präsidenten vom Februar d.J. genährt, wo u.a. die Demobilisierung der Contra verkündet wurde.

Obwohl die nicaraguanische Regierung den „Demokratisierungs“forderungen entsprach und sich damit der Spielraum für die innere Front und mithin für Destabilisierungsversuche ausweitete, ist spätestens nach der Bewilligung von 59 Mio \$ durch den US-Kongreß Mitte April d.J. klar, daß die Contra als strategisches Druckmittel erhalten bleiben soll. Der Contra-Überlebenshilfe, die bis zu den vorgezogenen Wahlen vom Februar 1990 reichen soll, folgte Ende April die Verlängerung des Handelsembargos durch US-Präsident Bush, die er mit Rambo-Sprüchen ähnlich denen aus der Reagan-Ära begründete.

Die Komponente „Destabilisierung“ aus dem Handwerkszeug des „low intensity warfare“ (Kriegführung niedriger Intensität) hat seit der Unterzeichnung des Esquipulas-Abkommens im August 1987 beständig mehr Gewicht und damit ausländische Unterstützung erhalten. Die Ausweisung des US-Botschafters Melton im Juli 1988 und das Verbot der Annahme von US-Geldern für den oppositionellen Sumpf im Herbst 1988 war ein konsequenter Versuch der nicaraguanischen Re-



Die PSC finanziert ihre Aktivitäten vor allem mit den Geldern bundesdeutscher Helfershelfer

gierung, sich der offensichtlichen Stimulierung von Destabilisierungskampagnen durch US-Regierungs- oder Privatorganisationen innerhalb Nicaraguas zu erwehren.

Danach häuften sich die Beteuerungen der verschiedensten Mitgliedsgruppierungen der inneren Front, daß ihre Finanzierung sowieso nicht aus „verdächtigen“ US-Geldern stattfinde, sondern vielmehr über die „demokratischen“ Kräfte der europäischen Christdemokratie wie z.B. die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS).

Der Ex-Präsident des Bündnisses der extrem rechten Parteien und Organisationen, der Nicaraguanischen Demokratischen Koordination (CDN), und Generalsekretär der christsozialen Gewerkschaft CTN, Carlos Huembes, bestätigte dies z.B. in „La Prensa“. Dort betonte er ausdrücklich, kein Geld aus den USA zu erhalten, sondern vielmehr von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ebenso habe man nach Aussagen des Vizepräsidenten des

Unternehmerverbandes COSEP, Ramiro Guardian, „nie Geld vom CIA erhalten, sondern nur von der Konrad-Adenauer-Stiftung“.

Im Juni 1988 war das Buch „Contra Connection – Die internationalen Contramacher und ihre bundesdeutschen Helfer“ im Konkret-Verlag erschienen. Im Zusammenhang mit der Unterstützung der Contra und der rechten Opposition in Nicaragua seitens konservativer und rechtsextremer Vereine wird auch die Rolle der KAS beschrieben.

Die KAS zeigte sich über dieses Buch beunruhigt. Der KAS-Vertreter für Costa Rica, der den abgelösten KAS-Vertreter für Nicaragua zu dieser Zeit vertrat, befürchtete, sollten Teile des Buches in Nicaragua veröffentlicht werden, daß sich die Stimmung im Lande gegen die Stiftung polarisieren könnte. Und das zu recht. Nur allzu offensichtlich sind die Verbindungen zur inneren Front, d.h. zu der der Contra nahestehenden Opposition.

Die Finanzierung der militärischen Contra



Daniel Ortega traf bei seiner Westeuropa-Reise am 25. April d.J. auch mit dem Präsidenten der EG-Kommission Jacques Delors zusammen

durch die KAS wird von der Stiftung stets demontiert. So sei die Übergabe von Geld an den Contra-Führer José Davila im Jahre 1984 allein aus privaten Mitteln des KAS-Vertreters Picht geschehen.

Diese Distanzierung fällt der KAS insofern leicht, als sich die USA ja hinreichend um die militärische Contra kümmern und sich die Stiftung so auf die legale Contra (innere Front) konzentrieren kann. Diese Arbeitsteilung ist Bestandteil im Rahmen des von der USA geführten Krieges niedriger Intensität, da diese Strategie die koordinierte Anwendung militärischer, ökonomischer, psychologischer und propagandistischer Kriegselemente beinhaltet. Ziel ist dabei die Destabilisierung Nicaraguas von allen Seiten, und damit der Sturz der sandinistischen Regierung, was jedoch aufgrund der Korruption der militärischen Contra und der fehlenden Massenbasis und politischen Programmatik der inneren Front immer wieder scheitert.

Die Verbindungen zwischen innerer Front und Contra sind hervorragend. Davon zeugen die verschiedensten gemeinsamen Strategietreffen, angefangen mit jenem in Guatemala im Januar 1988 bis hin zum Treffen vom April 1989 im selben Land, um eine gemeinsame Wahlstrategie zu entwickeln. Außerdem werden beide Kräfte zu einem Gutteil aus denselben Quellen finanziert, und in aller Regelmäßigkeit wechseln ihre Führungskräfte zu den von den USA ausgehaltenen Mörderbanden oder – der aktuelle Trend – sie versuchen, wieder in den politischen Strukturen der inneren Front in Nicaragua Fuß zu fassen.

Daß die KAS die innere Front finanziell und beratend umfangreich unterstützt, ist schon lange kein Geheimnis mehr. Dennoch, was im August 1988 der Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages bei ihrer Mittelamerikareise als Projektbeschreibung durch den KAS-Vertreter in Nicaragua zur Einsicht vorgelegt wurde, erinnert an die Destabilisierungsmaßnahmen der USA gegenüber der sozialistischen Regierung Allendes in Chile Anfang der 70er Jahre.

Alleine die vorgelegten Nicaragua-Projekte verdeutlichen, daß fast die gesamte innere Front von der KAS mitfinanziert wird. Über die Mittel der Stiftung, die über die Zentrale in Costa Rica und die Vertretungen in El Salvador, Guatemala und Honduras nach Nicaragua fließen, ist weiterhin nur wenig bekannt. Bekannt ist lediglich, daß die KAS in ihren Projektanträgen für 1987/88 allein für Nicaragua 5 Mio DM beantragt hatte.

Die KAS finanziert weit über 70 Vollzeitstellen der inneren Opposition und weist in ihrem Haushaltsentwurf mehr als 1,2 Mio DM für das Jahr 1989 aus.

Nicht dabei berücksichtigt ist die Förderung der wichtigsten politischen Oppositionskräfte, die Christlich-Soziale Partei (PSC) und das oppositionelle Bündnis CDN.

Laut Duilio Baltodano, Vizepräsident der CDN, leisten die KAS und die Hanns-Seidel-Stiftung einen wesentlichen Beitrag zur Förderung der CDN, d.h. der Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen,

die in ihr zusammengeschlossen sind und der mit ihnen sympathisierenden Kräfte, wie der katholischen Amtskirche und von deren Kardinal Obando y Bravo. Die CDN ist die politische Ansprechpartnerin der US-Regierung. Sie wird unterstützt von verschiedenen US-Organisationen, die die Destabilisierungspolitik der US-Administration in Nicaragua befürworten. 1984 hatten die CDN-Parteien auf Anweisung der US-Regierung, die der sandinistischen Regierung damals wie heute jede demokratische Legitimation absprechen will, die Wahlen boykottiert. Diesem harten Kern des inneren Oppositionsspektrums in Nicaragua widmet die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht nur ihre Aufmerksamkeit, sondern auch ihr Geld.

Die Förderung der PSC, der Schwesterpartei der CDU, scheint sehr umfangreich zu sein. Weniger wegen politischer Widersprü-

che, sondern vor allem wegen parteiinterner Streitigkeiten um den Zugang der Funktionäre zu den ausländischen Geldern war die PSC in drei Flügel auseinandergebrochen (so klawten sie sich gegenseitig ihre Anschaffungen, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) der KAS für „Bildungsarbeit“ bewilligte).



Protest der GRÜNEN im Bundestag nach der Ermordung des Brigadisten Albrecht Pflaum durch die Contras 1983

Da nach Einschätzung der KAS und wohl auch des BMZ (wen wundert's) durch die Förderung des PSC-eigenen Bildungsinstituts INCESP weder eine direkte noch eine indirekte Parteifinanzierung stattfindet, läßt sich über diesen verschleierte Weg das Geld „legal“ vergeben.

Nach Angaben der KAS wird „nur“ das Personal des Instituts aus öffentlichen Mitteln finanziert, d.h. 11 feste Mitarbeiter vom Direktor bis zum Boten. Das Gebäude dieses Instituts wurde mit Mitteln der KAS (10 000 DM) 1987 renoviert. Ebenso wurden fünf Geländewagen, die von der PSC genutzt werden, finanziert. Bleibt die Frage, inwiefern

336 000 DM für das Jahr 1987. Die PSC-nahe Gewerkschaft CTN (Mitglied der CDN) wird seit Jahren über den christdemokratischen, lateinamerikanischen Gewerkschaftsverband CLAT mit Sitz in Caracas unterstützt. Für 1988 wollte die KAS die CTN direkt in ihr Unterstützungsprogramm aufnehmen. Dazu beantragte sie Mittel in Höhe von 600 000 DM.

COPROSA, dem Sozialwerk der katholischen Kirche Nicaraguas, genehmigte das BMZ über die KAS in den Jahren 1984–86 1,2 Mio DM. Alleine 1987 kamen dann noch weitere 462 000 DM dazu. Bei COPROSA werden durch die KAS-Mittel acht Stellen finanziert, der Rest wird für Bildung, für den Geschäftsbetrieb und für sonstiges verwendet. Der Propagandasender der Kirche „Radio Catolica“ ist seit 1988 ebenfalls in der direkten Förderung der KAS. Dafür beantragte sie 220 000 DM.

Offensichtlich wird die gesamte Belegschaft, insgesamt 22 Stellen, finanziert.

1988 wurde als einmalige Zuwendung ein Sendewagen für 70 000 DM aus Stiftungsmitteln angeschafft. Wegen dauernder Provokationen und direkter Contra-Propaganda mußte dieses Radio mehrfach geschlossen werden. Der Chef des Radios, Msr. Carballo, hatte in der Vergangenheit die Vergabe von militärischer Hilfe für die Contra durch die USA öffentlich begrüßt.

Die CPDH wird mittlerweile laut KAS-Angaben ausschließlich von dieser finanziert. So wurden 1987 insgesamt 336 000 DM für die CPDH bewilligt. Von den 1988 genehmigten 188 000 DM stammen 88 000 DM aus dem Nicaragua-Etat, wovon 12 Stellen finanziert werden. Auch hier kann davon ausgegangen werden, daß fast die gesamte CPDH-Belegschaft von der KAS finanziert wird. Die Stelleausweisung reicht jedenfalls vom Fahrer bis zum Generalsekretär.

In Costa Rica werden die Berichte der CPDH ins Englische und Deutsche übersetzt. Dafür gibt die KAS aus ihrem Haushalt für Costa Rica zusätzlich 100 000 DM, 20 000 DM davon für Reisekosten. Die Übersetzung und den Druck fertigt der Verlag „Libro-libre“ an, in dem immer wieder Schriften der Contra publiziert werden. Finanziert wird der Verlag vor allem mit Geldern der CIA-nahen US-amerikanischen Stiftung „National Endowment for Democracy“.

Die Berichte der CPDH verwendet in der Bundesrepublik u.a. die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM). Deren Kuratoriumsmitglied und ehemaliger deutscher Botschafter in Nicaragua während der Somoza-Diktatur, Götz von Houwaldt, wiederum war Teilnehmer an dem geheimen Contra-Treffen im Februar 1986 in Madrid, auf dem 1,5 Mio \$ CIA-Gelder für eine Medienkampagne der Contra in Europa verteilt wurden.

Houwaldt ist auch Mitglied der Nicaragua-Gesellschaft in Bonn. Deren langjähriger Vorsitzender, Michael Sommer, sowie die meisten der wenigen Mitarbeiter waren Stipendiaten der KAS und entstammten dem Bonner Friedensforum, welches von der CDU als Reaktion auf die Friedensbewegung gegründet wurde. Die Nicaragua-Gesellschaft verarbeitet ebenfalls immer wieder die Berichte der CPDH in ihrem Informationsdienst. Sie ist auf Veranstaltungen der CDU zu Nicaragua zusammen mit der IGfM anzutreffen und liefert die Grundlage für die antisandinistische Argumentation der CDU, so z.B. auf deren Nicaragua-Report im Oktober 1985 in Bonn.

Die Arbeit der CPDH wird von anerkannten Menschenrechtsorganisationen, wie Americas Watch oder amnesty international als unseriös bezeichnet, da diese weder eigene Recherchen unternimmt noch jemals über Menschenrechtsverletzungen der Contra berichtet hat.

Im Gespräch mit der Bundestagsdelegation behauptete das Vorstandsmitglied der CPDH, Eduardo Rivas Gasteazoro, der dem abgespaltenen rechten Flügel der PSC angehört, daß es in Nicaragua 16 000 politische Gefangene gäbe. Das Internationale Rote Kreuz spricht

in seinem Nicaragua-Bericht nur von einer Gesamtzahl von knapp 8000 Gefangenen.

Die von der KAS finanzierten Organisationen spielen eine tragende Rolle in der Destabilisierungskampagne gegen die sandinistische Regierung. Dazu gehört, daß die CDN und die ihr angehörenden Organisationen sowie deren Unterstützer in der katholischen Kirche versuchen, die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Widerstand gegen die Regierung umzulenken, indem sie z.B. Streiks initiieren und gewalttätige Demonstrationen vom Zaun brechen. Diese vor allem von der oppositionellen CDN organisierten Demonstrationen und Streiks seit der Unterzeichnung des Friedensplanes verfolgten immer wieder die Absicht, die nicaraguanische Regierung zu „Überreaktionen“ herauszufordern, um sie damit international als „totalitär“, „undemokratisch“ usw. anprangern zu können.

Die KAS liefert und finanziert also mittelbar der Bundesregierung die Argumente, die Entwicklungshilfe für Nicaragua weiterhin zu blockieren. Und das liegt wohl auch ganz im Interesse der Bundesregierung.

Zwar diente auch schon der SPD Anfang der 80er Jahre die Gewährung von Entwicklungshilfe dem Ziel, die westliche Vorherrschaft in Mittelamerika zu sichern, d.h. „Pluralismus“, „gemischte Wirtschaft“ und „Blockfreiheit“ zu fördern. Nach der Bonner Wende änderte sich jedoch die Taktik entscheidend. Vorgegeben von der US-Regierung war der Kurs für die CDU/FDP-Regierung klar: „Isolierung des marxistischen Regimes in Managua.“ Dabei setzte sie auf einen Erfolg der militärischen Kriegführung der USA, d.h. auf eine Machtübernahme der Konterre-

volution. Zur Unterstützung dieser US-Strategie finanzierte sie die sog. innere Front, insbesondere über die KAS.

Trotz des Untergangs der militärischen Contra einerseits und eines Erfüllens aller Verpflichtungen durch die nicaraguanische Regierung andererseits versucht die Bundesregierung nach wie vor, eine Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe wenn nicht zu verhindern, so doch zumindest hinauszuzögern. Bis heute knüpft die Regierung Kohl die Wiederaufnahme der finanziellen Zusammenarbeit an drei Bedingungen:

Bestätigung der anderen mittelamerikanischen Präsidenten, daß Nicaragua keinen destabilisierenden Faktor in der Region darstellt; maßgebliche wirtschaftliche und finanzpolitische Strukturmaßnahmen der Sandinisten; Regelung über die Rückzahlung der 60 Mio DM Zahlungsrückstände Nicaraguas (diese stammen im wesentlichen aus der Hinterlassenschaft der Somoza-Diktatur).

Wenn nun auch die neue Bush-Administration die von den Präsidenten Mittelamerikas in El Salvador erst kürzlich getroffenen Vereinbarungen ignoriert und mit allen Mitteln ihre Söldnerbande erhalten will, so geschieht dies mit dem Ziel, die nicaraguanische Regierung zu zwingen, nach wie vor den Großteil ihres Haushalts in die Landesverteidigung zu investieren und die innenpolitischen Auseinandersetzungen zu verschärfen. Von diesem Weg haben auch alle bisher durch die Sandinisten erfüllten Verpflichtungen die USA nicht abbringen können.

Für ihre menschenverachtende Politik findet sie in der christliberalen Regierung hier einen verlässlichen Partner.

VIVA NICARAGUA LIBRE

10 Jahre sandinistische Revolution

- | | | |
|-------------|------------------------|---|
| Sa. 10.6.89 | 19.30 Uhr | Comandante Tomás Borge (Innenminister / Nicaragua) und ein Vertreter der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN/FDR sprechen im Pschorrkeller, Theresienhöhe 7, 8000 München 2
Eintritt: 12.- und 10.- DM |
| So. 18.6.89 | 11.00 Uhr | München Festival-Gelände Olympiapark Süd (Ackermann-/Schwere-Reiter-Str.)
Entwicklungspolitischer Frühschoppen
Die "Dritte Welt"-Bewegung diskutiert mit Kandidaten der Europawahl, "musica mexicana" |
| | 13.00 Uhr
19.00 Uhr | Ständemarkt, Musik, Kinderprogramm, Film, etc.
FIESTA NICA mit Biermösl Blosn, Norma Gadea ("nueva canción" aus Nicaragua), Irazu (Salsa), Musik, Lyrik, Tanz, Versteigerung im Festivalzelt / Olympiapark Süd
Eintritt: 18.-DM |

Veranstalter: Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Bert-Brecht-Brigaden und Tollwood GmbH in Zusammenarbeit mit dem "Dritte-Welt"-Forum München
Schirmherrschaft: Bürgermeister Dr. Klaus Hahnzog,
Kartenvorverkauf: an allen bekannten Vorverkaufsstellen
Der Reinerlös der Veranstaltungen kommt dem Schulbau in El Rama und im Rio San Juan zugute.

Auf zu neuen Ufern

Wenn am 19. Juli d.J. der 10. Jahrestag der sandinistischen Revolution begangen wird, ist das zugleich auch Anlaß, eine ebenso lange erfolgreiche Solidaritätsarbeit zu würdigen. Gleichzeitig ist es notwendig, die Perspektiven und Defizite der Bewegung vor dem Hintergrund ihrer Besonderheiten und der neuen Entwicklungen in Nicaragua zu untersuchen.



Ofmals setzte die Solidaritätsbewegung überzogene Hoffnungen in die Entwicklung der Revolution

Die Nicaragua-Solidarität hat sich zur politisch breitesten und zugleich stabilsten Dritte-Welt-Bewegung in der Geschichte der Bundesrepublik entwickelt. Die Freude darüber ist jedoch nicht ungetrübt angesichts der bedrückenden wirtschaftlichen Verhältnisse in Nicaragua, die auch bei uns viele hohe Erwartungen an die Revolution gedämpft haben.

Mit dem vorläufigen Ende des Contra-Krieges ist der Kampf um die nationale Befreiung und zur Sicherung des Überlebens der Revolution vorerst abgeschlossen. Die jetzt beginnende neue Etappe, die im wesentlichen auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes gerichtet ist, wird auch die Solidaritätsarbeit verändern.

Die Geschichte der Solidaritätsbewegung ist kaum älter als das freie Nicaragua. Abgesehen von schon länger bestehenden Kontakten einiger christlicher Kreise zu Ernesto Cardenal hat die Linke in der BRD den Befreiungskampf in Nicaragua lange Zeit kaum beachtet. Obwohl gerade die Phase des Befreiungsprozesses, in der die Guerilla in den Bergen gegen die Tyrannei kämpfte, die leichtesten Identifikationsmöglichkeiten bot, kannte bis Ende der 70er Jahre praktisch kaum jemand hier die FSLN. Erst in der Endphase des Befreiungskampfes von 1977-79 bildeten sich die ersten Solidaritätskomitees, deren Zahl nach dem Sieg über Somoza sprunghaft zunahm. Die Nicaragua-Solidarität ist daher

erst zu einem Zeitpunkt politisch sehr stark geworden, als die Befreiungsbewegung bereits an der Macht war, was ein Novum für die Dritte-Welt-Bewegung darstellte.

Und entgegen allen Erwartungen bröckelte die Solidarität mit Nicaragua bis heute nie ernsthaft ab, trotz des Aufschwungs des Befreiungskampfes in El Salvador, dem sich einige aus der Bewegung zuwandten, und trotz der in den letzten Jahren bedrückenden Lebensverhältnisse in Nicaragua, die auf viele hier desillusionierend wirken mußten. Im Gegenteil, die Solidaritätsbewegung verbreiterte sich und erfaßte auch Kreise, die sich bislang wenig mit Befreiungsprozessen in der Dritten Welt auseinandergesetzt hatten.

Eine der wesentlichen Ursachen für das rasche Anwachsen der Bewegung liegt in der veränderten gesellschaftspolitischen Konstellation der Bundesrepublik. Im Unterschied zu den späten 60er Jahren, als die Vietnam-Solidarität im Kern auf die Universitäten beschränkt blieb, ist inzwischen in der BRD eine breite bürgerlich-liberale Mittelschicht entstanden, die moralisch sensibler auf Armut und Elend in der Dritten Welt und auf eine offen imperialistische Politik reagiert. Der Nicaragua-Solidarität gelang es, dieses Potential zu erschließen, wobei neben der guten Arbeit der Komitees, Lateinamerika- und kirchlicher Gruppen als neues Element die in vielen Orten entstandenen Städtepartnerschaften hinzukamen.

Der besondere Erfolg der Städtepartnerschaftsinitiativen liegt darin, daß sie das Thema Nicaragua und die Rolle des US-Imperialismus in eine Vielzahl von Schulen, Bildungs- und anderen städtischen Einrichtungen gebracht haben. Es gelang, viele BürgerInnen außerhalb des traditionellen Spektrums über die Situation in Nicaragua zu informieren und Gelder für den Wiederaufbau des Landes zu mobilisieren, an die frühere Dritte-Welt-Bewegungen nie herankamen. Positiv ist auch, daß in vielen Orten mit rot-grünen Mehrheiten die Frage der Städtepartnerschaft mittlerweile schon zum obligatorischen Verhandlungspunkt geworden ist. Eine neue Qualität für Dritte-Welt-Bewegungen stellt auch der Aufbau einer starken gewerkschaftlichen Solidarität mit Nicaragua dar. Die ersten gewerkschaftlichen Initiativen begannen 1981, als die DGB-Jugend aufrief, das Projekt Solentiname zu unterstützen und dazu ein Sonderkonto einrichtete. Seitdem sind in mehreren Städten gewerkschaftliche Solidaritätsgruppen mit Nicaragua entstanden, wurden von der IG Metall, der Postgewerkschaft, der ÖTV und vielen DGB-Kreis- und Landesverbänden bis heute mehr als 50 Brigaden nach Nicaragua geschickt und mehrere hunderttausend DM an Spenden aus dem Arbeiterbereich gesammelt.

Die vielfältigen Nicaragua-Aktivitäten von Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, mit Veranstaltungen, auf Schulungslehrgängen, Gewerkschaftstagen und -kongressen haben erheblich dazu beigetragen, die nicaraguanische Revolution, wie kaum einen anderen Befreiungsprozeß zuvor, unter den GewerkschafterInnen bekannt zu machen und bis hinein in die Vorstände Unterstützung zu gewinnen.

Diese positive Entwicklung zu einer politisch breiten und über Jahre stabilen Solidaritätsbewegung wäre allerdings ohne die Politik der FSLN, die im Vergleich zu Revolutionen ähnlichen Typs viele neue Elemente enthielt, und ohne ihre Offenheit nach außen nicht möglich gewesen. Wie viele Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt haben die Sandinisten nie Zweifel aufkommen lassen, daß sie in Nicaragua eine sozialistische Gesellschaft aufbauen wollen.

Sie haben jedoch kein präzises Bild dieses Sozialismus nach engen, festen Leitvorstel-

lungen entworfen. Vielmehr verstehen sie revolutionäre Politik als einen permanenten Lernprozeß, in dem sie ihre politischen Konzepte und Vorstellungen vom Sozialismus ständig in der Praxis überprüfen und an die Realitäten anpassen müssen. Dabei werden natürlich Erfahrungen der sozialistischen aber auch sozialdemokratisch regierter Länder berücksichtigt.

Ergebnisse dieser Herangehensweise an den Aufbau des Sozialismus ist u.a. die liberale Pressepolitik, der breite politische Pluralismus und die Toleranz bzw. Förderung religiöser Betätigungen, die in dieser Form einzigartig für eine marxistisch orientierte revolutionäre Regierung sind. Dadurch konnte sie neben der marxistischen und radikalen Linken auch große Teile des kirchlichen, des humanistisch-liberalen, grünen und sozialdemokratischen Spektrums in der Bundesrepublik für sich gewinnen.

Ähnlich wichtig war die große Offenheit der nicaraguanischen Revolution. Während andere revolutionäre Länder sich teilweise gegenüber dem Westen regelrecht abschotteten, ermunterte die sandinistische Regierung alle an Nicaragua Interessierten, das Land zu besuchen und den Prozeß authentisch kennenzulernen. Häufige Delegationen, Individualtouristen, BrigadistInnen, EntwicklungshelferInnen und die zahlreichen akkreditierten JournalistInnen sorgten dann auch für einen ständigen umfassenden Informationsstrom, mit dem der Desinformation durch rechte transnationale Medien entgegengesteuert wurde und durch die die Solidaritätsbewegungen die Entwicklung Nicaraguas hautnah mitverfolgen konnte.

Die vielen Informationen waren allerdings nicht von einer entsprechenden Aufarbeitung begleitet, so daß in der Solidaritätsbewegung ein deutliches Theoriedefizit festzustellen ist. Fast alle Veröffentlichungen in der Bundesrepublik über Nicaragua sind Zusammenfassungen von Nachrichten, Situationsbeschreibungen oder Erlebnisberichte. Ausgesprochen selten sind hingegen Analysen über die gesellschaftlichen und sozialökonomischen Konzepte, die beispielsweise hinter der Agrarreform, dem politischen Pluralismus und der aktuellen Wirtschaftspolitik stehen.

Die mangelhafte theoretische Auseinandersetzung wurde dadurch gefördert, daß große Teile der Solidaritätsbewegung ihre Kraft auf konkrete Projektarbeit, auf die Entsendung von Brigaden und die Erschließung neuer Finanzierungsquellen konzentrierten und dabei eine intensive politische Auseinandersetzung über Nicaragua und die Verhältnisse hier vernachlässigten. Als Konsequenz haben viele in den Gruppen Schwierigkeiten, die Logik und den konzeptionellen Hintergrund der aktuellen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik der FSLN zu verstehen.

Jedoch auch bei Teilen der radikalen Linken, vor allem aus dem autonomen und anti-imperialistischen Spektrum, besteht ein Theoriedefizit. Ohne eine genaue Analyse vorzunehmen, werten sie die einseitigen Leistungen der nicaraguanischen Regierung zur

Erfüllung des mittelamerikanischen Friedensplanes und die jüngsten Wirtschaftsmaßnahmen als Ausdruck einer schleichenden Sozialdemokratisierung der Revolution. Ihrer Meinung nach hat die FSLN gezwungenermaßen wichtige Bereiche antiimperialistischer und antikapitalistischer Politik aufgegeben und dem Imperialismus und den Kapitalisten zu große Zugeständnisse gemacht, um überleben zu können. Das, was ursprünglich einmal das revolutionäre Projekt war, sei nicht realisiert worden und existiere nur noch als Vision. Eine Solidaritätsbewegung mit anti-imperialistischer und antikapitalistischer Stoßrichtung müsse daher andere politische Positionen entwickeln als die FSLN, etwa in Fragen der Entwicklungshilfe und der Lastenverteilung der Krise.

Bei dieser Position wird nicht hinterfragt, inwieweit die Zugeständnisse, die die Sandinisten machen mußten, um das Ende des Contra-Krieges zu erreichen und die, wie im Falle der Freilassung der Ex-Nationalgardisten, für viele Nicas durchaus schmerzhaft waren, in der Substanz wirklich eine Gefährdung der Revolution bedeuten. Es muß doch zu denken geben, daß viele der sog. Zugeständnisse, wie etwa das Wiedererscheinen von „La Prensa“ und die Erweiterung des Spielraums für die Rechten, ohnehin für den Fall angekündigt waren, daß die US-Regie-



Die US-Aggression führte zu einer Verbreiterung der Solidaritätsbewegung

rung ihre feindseligen Handlungen einstellt.

Es liegt viel eher der Schluß nahe, daß die FSLN einige der zugestandenen Maßnahmen als positive Elemente auf dem Weg zum Sozialismus ansieht, weil beispielsweise ein breiter politischer Pluralismus, trotz der Gefahren, die in ihm stecken (siehe Chile), die offene Auseinandersetzung mit den Rechten und damit die Politisierung der Bevölkerung und deren Partizipation am politischen Leben fördert.

Ähnliches gilt für die aktuelle Wirtschaftspolitik. Die Übernahme von Elementen der Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) bedeutet per se keinen Rückfall in den Kapitalismus. Im Gegenteil, die Reduzierung des Staatsapparates auf wesentliche Funktio-

nen, die effizient wahrgenommen werden, trägt sehr viel mehr zum Aufbau des Sozialismus bei als ein bürokratischer Wasserkopf, der trotz Mangel an qualifizierten Kadern glaubt, alle gesellschaftlichen Bereiche bis ins Detail lenken zu müssen.

Darüber hinaus scheint es äußerst zweifelhaft, daß die jetzt stärker geförderte Privatindustrie angesichts der nach wie vor machtvollen Steuerungsmechanismen des Staates (z.B. Banken- und Außenhandelsmonopol, Steuerpolitik) eine echte Chance hat, das Wirtschaftssystem Nicaraguas entsprechend ihren Wünschen zu gestalten. Eine genaue Analyse der Wirtschaftsmaßnahmen der letzten Zeit ergäbe m.E., daß die meisten dieser Maßnahmen, auch wenn sie kurzfristig zu Lasten der ArbeiterInnen gehen, wie z.B. der Wegfall der Subventionen und Entlassungen, mittelfristig sowohl eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung als auch eine bessere Kontrolle des Wirtschaftslebens bedeuten werden.

Eine theoretische Aufarbeitung der nicaraguanischen Entwicklung hätte daher zur Folge, daß viele Leitbilder in der Linken von dem, was eine sozialistisch orientierte Revolution politisch machen sollte, nicht mehr zu halten wären. Die Solidaritätsbewegung müßte besser verstehen lernen, daß einzelne Instrumente einer imperialistisch-kapitalistischen Politik sowohl im gesellschaftspolitischen Bereich (politischer Pluralismus, bürgerliche Pressefreiheit usw.) als auch in der Wirtschaft (z.B. IWF-Maßnahmen und Marktelemente) unter veränderten Rahmenbedingungen eine fortschrittliche Wirkung haben können.

Freilich heißt das nicht, das sei betont, die Gefahren zu ignorieren, die diesen Instrumenten innewohnen und den reaktionären Charakter imperialistischer Politik zu verwässern. Unter unseren Bedingungen bleiben bürgerlich-demokratische Wahlen pseudodemokratisch, betreibt der IWF eine Politik im Interesse der Eliten in den westlichen Metropolen, ist die Entwicklungshilfe ein Instrument zur Erlangung wirtschaftlichen und politischen Einflusses usw. Die Kluft zwischen diesem grundsätzlich imperialistischen Charakter der hiesigen herrschenden Politik und der positiven Verwendung einiger ihrer Elemente durch die nicaraguanische Revolution muß gedanklich geschlossen werden. Darin besteht die aktuelle Aufgabe.

Neben der Aufarbeitung der FSLN-Politik gehört dazu eine gründliche und differenzierte Analyse und Darstellung imperialistischer Politik der Bundesregierung und der US-Regierung gegenüber Nicaragua. Denn die Solidaritätsbewegung muß sich darüber im klaren sein, daß nach dem vorläufigen Ende des Contra-Krieges die Empörung über die offen aggressive Politik der US-Administration als Solidaritätsmotiv für Nicaragua wegfallen wird.

An ihre Stelle muß ein besseres Verständnis indirekter imperialistischer Politik treten. Es ist zu hoffen, daß die zahlreichen Aktivitäten zum 10. Jahrestag der Revolution hierzu einen Beitrag leisten.

Bücher

Mit eindrucksvollen Bildern, lebendigen Reportagen und verständlichen Analysen bilanzieren I. Seibert/ H. Irnberger (Hg.), **Nicaragua. Menschen, Landschaften, Elefanten Press, West-Berlin 1989, 128 S. 29,80 DM**

10 Jahre revolutionäres Nicaragua. Das Buch enthält insgesamt 26 Beiträge und über 100 großformatige Fotos, die ein authentisches Bild des Landes



vermitteln. Sie beleuchten Aspekte des Befreiungskampfes, die Suche nach dem eigenen politischen und wirtschaftlichen Weg, zeigen verschiedene Facetten der Landreform, der Kulturpolitik, des Contra-Krieges und der Solidarität. Erzählungen und Gedichte nicaraguanischer SchriftstellerInnen (Gioconda Belli, Ernesto Cardenal, Omar Cabezas u.a.) vervollständigen das Bild der widersprüchlichen nicaraguanischen Realität. Die deutschsprachigen AutorInnen sind allesamt ausgewiesene KennerInnen Nicaraguas.

G. Gottwald/ B. Lucas/ A. Mohr/ D. Diehl/ G. Hußmann/ S. Steinbach, **Die Contra Connection. Die internationalen Contramacher und ihre bundesdeutschen Helfer, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1988, 304 S., 20 DM** liefert eine detaillierte Beschreibung und Analyse des internationalen Netzwerks zur Unterstützung der Contras. Einleitend wird die US-Strategie des Krieges niedriger Intensität (LIC) gegen Nicaragua sowie die offizielle und private Unterstützung für die Contras in den USA behandelt. Der zweite Teil des Buches beschäftigt sich mit den Contra-Freunden in Westeuropa, der Bedeutung ihrer Pressearbeit und der Rolle der Menschenrechtskampagne. Schwerpunkt ist dabei die Tätigkeit bundesdeutscher Organisationen, die sich für den militärischen und zivilen Teil der Contra engagieren. Hier wurden alle verfügbaren Informationen über die Aktivitäten der CDU/CSU, ihrer Stiftungen, der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), der Internationalen des Widerstands und anderer Organisationen zusammengetragen.

Ein Schlüssel zum Verständnis der heutigen Entwicklungen in Nicaragua ist die Beschäftigung mit der Geschichte, den Analysen und Zielen der FSLN. Mit

Carlos Fonseca, **Unter den Fahnen Sandinos, Edition Marxistische Blätter, Düsseldorf 1988,**

372 Seiten, 18,80 DM

liegt jetzt erstmals in deutscher Sprache eine Übersetzung der wichtigsten Schriften des 1976 gefallenen Begründers der FSLN vor, die einen authentischen Einblick in die Politik der FSLN geben. Das Buch enthält Beiträge über den Kampf Sandinos, politisch-historische Analysen über das Somoza-Regime, Texte von Flugblättern, Aufrufen und Interviews sowie Aufsätze zur Strategie des Befreiungskampfes gegen die Diktatur. Die Beiträge geben die Entwicklung der politischen Tätigkeit Fonsecas und seiner theoretischen Auffassung wieder. Sie zeigen, daß die Fähigkeit, eine erfolgreiche Politik auf der Grundlage der Analyse der eigenen nationalen Besonderheiten und der Erfahrungen des Kampfes anderer Völker zu entwickeln, eines der Wesensmerkmale des Sandinismus ist.

Malte Letz, **Kurze Geschichte der sandinistischen Revolution, Dietz-Verlag, Berlin 1988, 264 Seiten, 13,80 DM**

gibt einen faktenreichen Überblick über die politische und wirtschaftliche Entwicklung Nicaraguas vom Beginn der Kolonisierung bis zur Gegenwart. Schwerpunkte sind die Untersuchung der Somoza-Diktatur, die Politik der FSLN und der anderen Diktaturgegner bis zum Sturz des Diktators 1979 sowie die Entwicklung nach dem Sieg.

Helmut Thielen, **Landwirtschaft und Ökologie in Lateinamerika und Nicaragua, isp-Verlag, Frankfurt/M. 1988, 120 Seiten, 15,80 DM**

schildert in leicht verständlicher Weise die Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft und Ökologie in Lateinamerika und Nicaragua und entwirft die Konzeption einer naturgemäßen Landwirtschaft und ihrer notwendigen Vernetzung mit Agrarreformen. Er beschreibt die Umweltsituation und -politik in Nicaragua sowie die ökologische Bedeutung der revolutionären Agrarreform.

Video

„Paten oder Partner. Bielefelder Solidarität mit Esteli in Nicaragua“ ist der Titel eines Videofilms von Günter Chodzinski (Forschungsprogramm Entwicklungspolitik der Uni Bielefeld) und Gero Rueter (Dritte Welt Haus Bielefeld), der über die Entwicklung der Städtepartnerschaft zwischen Bielefeld und Esteli berichtet. Diese wurde 1984 auf Drängen verschiedener Gruppen vom Stadtrat beschlossen und durch finanzielle Hilfen an Nicaragua und die Kontakte von etwa 20 Gruppen und Institutionen mit Leben erfüllt.

Der halbstündige Film ist eine knappe, prägnante Darstellung vieler Stationen dieser „Paten-schaft“: Entstehungsphase und Kontroversen zwischen den Parteien, Szenen aus Esteli, einzelne Aktionen in Bielefeld, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Bürgermeistern und mit dem Dritte-Welt-Haus. Der Film ist geeignet, auch in anderen Städten gezeigt zu werden, da er am Beispiel Bielefeld-Esteli Diskussionsstoff bietet und Fragen aufwirft, vor denen auch andere Gruppen stehen, die eine Städtepartnerschaft anstreben: Ist eine echte Partnerschaft oder nur einseitige Hilfe möglich? Ist kommunale Entwicklungspolitik wirksamer als die des Bundes? Oder liegt ihre Stärke darin, daß sie politisches Bewußtsein und Engagement fördert?

Der Film ist ausleihbar auf U-matic Lowband und VHS beim Dritte Welt Haus Bielefeld, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld.

„Offene Türen in Nicaragua“, ein 61-minütiger Video-Film von Heinz Gockel bietet Einblicke in

den Alltag der NicaraguanerInnen, hält Gespräche und Meinungen fest, Frauen und Männer, Kinder und Alte in Stadt und Land, Kooperative und Fabrik, Schule und Gewerkschaft, Partei und Verwaltung, Gefängnis und Geschäft – sie alle kommen zu Wort und Bild. Der Film, der im Norden Nicaraguas und der Hauptstadt gedreht wurde, richtet sich an ein allgemeines Publikum, das sich für die aktuelle Situation interessiert. Er kann bezogen werden beim Dortmunder Medienzentrum, Bremer Str. 16, 4600 Dortmund 1, Tel. 02 31-57 99 67

Kontakte, Materialien, Spenden

Das Informationsbüro Nicaragua e.V. (Hofaue 51, 5600 Wuppertal, Tel. 02 02-493 63 05) koordiniert die Tätigkeit von Nicaragua- und Mittelamerikagruppen, informiert über die Entwicklung in Nicaragua und organisiert Kampagnen und Brigaden.

Bücher, Broschüren, Plakate, Buttons, die Zeitschrift „Envio“ (Abo halbjährlich 28 DM) und andere Materialien zu Nicaragua und anderen mittelamerikanischen Ländern vertreibt Edition Nahua (Postfach 101 320, 5600 Wuppertal), der Verlag des Infobüros.

Spenden für die Kampagne „Nicaragua muß überleben“ und das Kaffeeverarbeitungsprojekt „La Paz del Tuma“ gehen auf das Konto des Infobüros Nr. 976 738, Stadtparkasse Wuppertal.

Zum Arbeitsbereich des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0 69-70 90 60) gehört auch die Nicaragua-Solidarität. Das ASK beteiligt sich an und organisiert Spendenkampagnen und verbreitet Informationsmaterialien, die beim Solidaritätsshop Dritte Welt (gleiche Adresse, Tel. 0 69-77 88 63) bezogen werden können. Hier sind auch Plakate, Anstecker, Broschüren, Bücher, Schmuck, Kunstgegenstände sowie Kaffee aus Nicaragua erhältlich. Das ASK beteiligt sich an der Kampagne „Nicaragua muß überleben“, ASK-Sonderkonto Erich Wulff, Nr. 52 7055-602, Postscheckamt Frankfurt, Stichwort: „Nicaragua muß überleben“.

KAFFEE AUS NICARAGUA

Eine starke Sache, die gut schmeckt! 3 Pfund im Monat!

★ normal und kräftig 40,- DM
★ mild und magenschonend 41,50 DM
(incl. Versand) **Soli-Abo!**

So kommt der röstfrische **Nicaragua-Kaffee** stets pünktlich und zuverlässig direkt ins Haus.

Solidaritätsshop Dritte Welt
Hamburger Allee 52, 6000 Ffm.-90
Tel. 069/77 88 63

Uruguay

PETER GARCIA

Referendum über das Amnestiegesetz

Die Gehilfen der Diktatur bleiben straffrei

Am 16. April d.J. atmeten in Uruguay 200 Mörder und Folterer auf: Ihre Verbrechen aus der Zeit der Militärdiktatur bleiben auch in Zukunft ungesühnt. So entschied es die Mehrheit der UruguayerInnen.

In einer Volksabstimmung befürworteten 53 % der WählerInnen die Amnestie für Militärs und Polizisten aus dem Jahr 1986, 40 % stimmten für ihre Aufhebung und 7 % gaben ungültige oder weiße Stimmzettel ab. Obgleich die Abstimmung Pflicht war, durfte jene halbe Million UruguayerInnen nicht teilnehmen, die seit der Diktatur im Exil lebt. Vielleicht wäre der Volksentscheid dann anders ausgefallen.

Mit dem Amnestiegesetz von 1986 gewährte die Regierung den Angehörigen der Streitkräfte und der Polizei Straffreiheit für Verbrechen, die sie während der Diktatur 1973–85 begangen hatten. Damals waren 55 000 Menschen verhaftet und 148 Menschen im Gefängnis oder bei Überfällen ermordet worden. 156 Menschen sind seitdem verschollen, auch Kinder (1). Die Opfer waren Mitglieder der Stadtguerilla „Tupamaros“, Kommunisten, Gewerkschafter oder ihre Angehörigen. Auch Priester und ParlamentarierInnen bürgerlicher Parteien blieben nicht verschont. Das Ausmaß des Terrors wird deutlich, wenn man bedenkt, daß Uruguay nur 3 Mio Einwohner hat.

Die Amnestie schmerzt besonders die UruguayerInnen, die bis heute keine Gewißheit über das Schicksal ihrer Angehörigen haben. Ein Beispiel ist María Ester Gatti. Ihre Tochter und ihr Schwiegersohn wurden 1976 im uruguayischen Geheimdienstquartier „Automotores Orletti“ umgebracht. Bei der Verhaftung hatten die beiden ihr eineinhalbjähriges Kind bei sich. Die Polizei behauptete später, sie hätte dieses Mädchen nie gesehen.

María vermutet, daß ihre Enkelin noch lebt. Das Kind war nach Argentinien verschleppt worden, um dort vom Polizeioffizier Furci adoptiert zu werden. 1988 wurde Furci zusammen mit einem Mädchen im Alter der Enkelin Marías in Paraguay gesehen; er konnte leider entkommen. Auch andere Kinder bleiben verschwunden. Diese Fälle können – wie die der verschollenen Erwachsenen – nicht aufgeklärt werden. Denn wegen der Amnestie sind alle Verfahren gegen das Militär und die Polizei eingestellt.

Einen anderen Grund für die Aufhebung der Amnestie gab Jesuitenpater Luis Pérez



Referendumstag in Montevideo: „Wählt grün“ heißt es auf diesem Transparent der Frente Amplio, die für die Bestrafung der Verbrechen der Militärdiktatur warb

Aguirre, der die Foltermethoden der Militärs am eigenen Leib erfahren hat: „Es geht uns nicht um Rache. Aber wir glauben nicht, daß in unserem Land eine echte Versöhnung möglich ist, solange die Wahrheit verborgen bleibt. Die Justiz muß aufklären, was wirklich geschah – nicht zuletzt um zu verhindern, daß in Zukunft andere mit Straffreiheit spekulieren“ (2). Wie zum Beispiel Chiles Putschgeneräle: Die erpressen inzwischen ihr Volk damit, Ende des Jahres würden sie freie Wahlen nur dann zulassen, wenn auch sie straffrei ausgehen.

Als 1986 die Amnestie für die Gehilfen der Militärdiktatur verkündet wurde, antworteten viele UruguayerInnen mit der Forderung nach einer Volksabstimmung. 15 Parteien und mehrere Einzelpersonen bildeten eine Kommission, um diese Forderung durchzusetzen. Der Kommission gehörten an: das linke Oppositionsbündnis Breite Front (Frente Amplio) mit 13 Parteien, ein Flügel der oppositionellen bürgerlichen Nationalpartei (Blancos), die Tupamaros, die sich von der Stadtguerilla zu einer Partei gewandelt hatten, und

Familienangehörige von Ermordeten und Verschwundenen.

Die drei Präsidentinnen des Komitees sind alle Mütter oder Ehefrauen von Opfern der Militärdiktatur. Zu ihnen gehört auch die 71-jährige María Ester Gatti, die ihre Enkelin sucht. Die Prominenteste von ihnen ist Matilde Rodríguez Laretta, die Witwe des damaligen Präsidenten der Abgeordnetenkammer und Vorsitzenden der Nationalpartei, der von den Militärs erschossen wurde.

Mehr als zwei Jahre lang sammelten die BefürworterInnen der Volksabstimmung Unterschriften. Nach uruguayischem Gesetz müssen sich 25 % der Wahlberechtigten für eine solche Abstimmung aussprechen. Die Kommission für das Referendum hatte Erfolg: 634 700 UruguayerInnen unterschrieben den Antrag. Das Wahlgericht erklärte jedoch 70 000 Unterschriften für ungültig und weitere 37 000 für „zweifelhaft“, so daß Mitte Dezember 1988 innerhalb von drei Tagen 23 000 erneut unterzeichnen mußten, um das Quorum zu erreichen.

Nachdem die Regierung den Termin für das Volksbegehren festgesetzt hatte, begann die zweite Etappe. Denn das Ja zur Volksabstimmung bedeutete noch nicht das Nein zum Amnestiegesetz. Die GegnerInnen der Amnestie besuchten in Montevideo und in anderen Städten des Landes jedes Haus und jede Wohnung.

Auf Transparenten, Autoaufklebern und Plakaten forderten sie: „Gerechtigkeit“ und „Gleichheit vor dem Gesetz“. Zu erkennen waren sie an der Farbe Grün. Sie trugen grüne Kleider oder grüne Plaketten, hängten grüne Fahnen aus ihren Fenstern und strichen sogar manche Straßen grün – nämlich da, wo sich alle AnwohnerInnen mit ihnen solidarisierten. Ihre Farbe hatten sie den Stimmzetteln entliehen: Grün stand für die Beendigung der Amnestie.

Die gelbe Farbe der Stimmzettel für die Beibehaltung der Amnestie repräsentierte die Gegenseite. Die „Gelben“ machten sich nicht soviel Mühe wie die „Grünen“. Das hat-

DEN GEGNERINNEN DER AMNESTIE GING ES NICHT UM RACHE, SONDERN DARUM, ZU VERHINDERN, DAß POTENTIELLE PUTSCHISTEN IN ZUKUNFT AUCH AUF STRAFFREIHEIT SPEKULIEREN KÖNNEN

ten sie auch nicht nötig, denn ihnen gehörte das Fernsehen. Und hinter ihnen standen: die Regierung unter Präsident Julio María Sanguinetti, die Regierungspartei Colorados und die Mehrheit der Nationalpartei.

Präsident Sanguinetti konzentrierte die Kampagne der Regierung ebenfalls auf die Forderung „Gleichheit vor dem Gesetz“. Er meinte damit allerdings etwas anderes als die GegnerInnen der Amnestie. Seine Regierung hatte nicht nur 1986 Militärs und Polizisten begnadigt, sondern schon 1985 auch die Tupamaro-Guerilleros.

Sanguinetti sagte, es sei unfair, wenn die Tupamaros die ihnen zugebilligte Straffreiheit als Selbstverständlichkeit betrachten, aber eine Strafverfolgung der Militärs fordern. Der Vergleich läßt allerdings die Tatsache außer acht, daß die Militärs nie verurteilt wurden, während die Tupamaros zum Teil über 10 Jahre in den Folterkammern der Diktatur eingekerkert waren.

In ihrem Kampf für eine gerechtere Gesellschaft hatten die Tupamaros – wie sie heute selbstkritisch einschätzen – nicht immer die Verhältnismäßigkeit der Mittel beachtet. Durch Banküberfälle, Bombenattentate und die Ermordung von 21 Uniformträgern trugen sie vor dem Putsch dazu bei, die relativ stabile bürgerliche Demokratie des Landes zu schwächen. Genau das lieferte den Militärs 1973 den Vorwand zur Machtübernahme.

Sanguinetti argumentierte weiter, die bei-

den Amnestie-Gesetze hätten dem Land vier Jahre Frieden gebracht. Die Streichung des Gesetzes könne diesen „inneren Frieden“ gefährden und zu einer „Periode gefährlicher Konfrontationen“ führen. Er forderte deshalb ein Ja zur Amnestie für die Militärs. Die Colorado-Partei und zwei Drittel der Mitglieder der Nationalen Partei unterstützten diese Position. Der linke Flügel der Nationalen unter Senator Carlos Julio Pereyra schloß sich dagegen der Kampagne der „Grünen“ an.

In der Bewegung gegen die Begnadigung der Militärs spielte die 1971 gegründete Frente Amplio eine Schlüsselrolle. Bis März 1989 gehörten ihr an: die sozialdemokratische Partei für Volksregierung (PGP), die Christlich-Demokratische Partei (PDC), die Sozialistische Partei (PSU), die Kommunistische Partei (PCU) und neun weitere, jedoch kleinere Parteien der Linken. Bei den Wahlen 1984 erhielt die Frente 20,4 % der Stimmen und in Umfragen wurde ihr 1988 ein Wähleranteil von 30 % vorausgesagt.

Im März, kurz vor der Volksabstimmung, spalteten sich jedoch die PGP und die PDC von der Frente Amplio ab. Besonders der Verlust der PGP war bitter, da ihre „Liste 99“ der Frente Amplio etwa 40 % aller Stimmen gebracht hatte. Außerdem stellte sie 13 der 28 Abgeordneten der Frente. Der Gewerkschaftsverband der PGP hat die Entscheidung der Parteiführung unter Senator Hugo Batalla allerdings mit Nachdruck kritisiert. Er unterhält weiterhin enge Kontakte zur Frente und erwägt die Trennung von der PGP.

Zur Spaltung in der Frente Amplio kam es, weil die PGP und die PDC mit einem eigenen Kandidaten in die Präsidentschaftswahlen vom November d.J. gehen wollen. Die beiden Parteien vertreten das Konzept, es gäbe heute innerhalb der Frente zwei linke Strömungen: die Orthodoxen um die PCU und sie als die Erneuerer. Folglich sollten auch beide Strömungen kandidieren. Die anderen 11 Parteien der Frente Amplio lehnten diese Forderung ab. (3)

Die Spaltung der Frente Amplio hat der Kampagne gegen die Amnestie unzweifelhaft geschadet. Für den Ausgang des Volksentscheides spielte außerdem die Angst eine Rolle. Die Drohungen der Militärs für den Fall eines Sieges der „Grünen“ erinnerten manche(n) UruguayerIn an die Schrecken der Vergangenheit. Sogar Verteidigungsminister Hugo Medina hatte verkündet, daß die Streitkräfte eine Streichung des Amnestiegesetzes von 1986 nicht hinnehmen würden. (4)

Die Kampagne der Regierung, die Militärs und Tupamaros auf eine Stufe stellte, blieb ebenfalls nicht ohne Wirkung. Dazu kommt, daß viele der Stimmen für die Amnestie nicht gleichzeitig Zustimmung zu den Verbrechen der Militärs bedeuten. Die Mehrheit der „Gelben“ wollte laut Umfragen vor allem Frieden in Uruguay.

GegnerInnen und AnhängerInnen der Amnestie von 1986 hatten sich vor dem Referendum verpflichtet, das Ergebnis auf jeden Fall anzuerkennen. Ob die Militärs das bei einem Sieg der „Grünen“ getan hätten, ist noch eine andere Frage. Nach der Abstimmung sagte der Generalsekretär der PCU, Jaime Pérez: „Wir akzeptieren das Resultat, aber das heißt nicht, daß wir uns darüber freuen.“

Die Frage ist, ob alle UruguayerInnen so denken. In der Hauptstadt Montevideo, in der 47 % der Bevölkerung leben, erhielten die GegnerInnen der Amnestie mit 56,5 % die Mehrheit der Stimmen; auf dem Lande erreichten sie dagegen nur 21 % (5). Werden die BewohnerInnen der Hauptstadt alle mit dem Abstimmungsergebnis leben können? Und was werden die tun, die immer noch nicht wissen, was mit ihren Angehörigen geschehen ist?

Anmerkungen

- 1) Vgl. El País (EP), Madrid, 16.4.1989 und Süddeutsche Zeitung, München 18.4.1989
- 2) Le Monde, Paris, 15.3.1989
- 3) Vgl. Informe Latinoamericano, London, 29.3.1989 und Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 12.4.1989
- 4) Vgl. Economist, London, 22.-28.4.1989
- 5) Vgl. EP, 18.4.1989

Zeitschriftenschau

Blätter des iz3w, Nr. 157/ Mai 1989

Themenschwerpunkt: Gewerkschaften in der Dritten Welt • Beiträge über Brasilien, Mexiko, Peru, Nicaragua, Philippinen und Südostasien • Außerdem: El Salvador nach den Wahlen • Unruhen in Venezuela • Regenwaldzerstörung und internationale Verschuldung • Buch- und Filmrezensionen • Entwicklungstheorie-Diskussion

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM

Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

epd-Entwicklungspolitik, Nr. 6/1989

Analyse: Sinn und Nutzen der Umweltverträglichkeitsprüfung bei Entwicklungsprojekten (Schwerpunkt) • Druck auf Misereor wegen Förderung der brasilianischen Pastoralmission für Landfragen • Firmenportrait: Krauss-Maffei • Informationen: US-Geheimdienst sieht Gefahren in Kommunismus und Drogen • Arbeiterpartei-Präsidentschaftskandidat Lula's Chancen bei der Wahl in Brasilien • Arbeitsgruppe der CDU/CSU will absoluten Tropenwaldschutz • Dokumentation: 20 Jahre Kirchlicher Entwicklungsdienst • Ökologie und Lomé IV

epd-Entwicklungspolitik, Nr. 7/1989

Analyse: Ethik in der Weltwirtschaft: Der Beitrag der deutschen Wirtschaft zur Nachkriegskultur • Baseler UNEP-Gipfel: Das Giftmüllgeschlebe kann weitergehen • Anti-Atombewegung in Indien • Hilfswerke müssen stärker Partei ergreifen • Informationen: Agraropposition hält GATT-Ergebnis für faulen Kompromiß • Befreiungstheologie im Visier amerikanischer Militärs • UN-Afrikakommission kritisiert Weltbankbericht • Karibische NRO zu Lomé IV • Dokumentation: U. Duchrow, K. Hungar und H. Sautter über Ethik in der Weltwirtschaft • Baseler Giftmüll-Konvention • Reformbewegungen in Tibet • Aus internationalen Zeitschriften

Einzelpreis 3,30 DM; Abo 55 DM

Bezug: epd-Entwicklungspolitik, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

KUBA – UDSSR

JORGE ALVAREZ

Gorbatschow in Kuba

Sensationen blieben aus

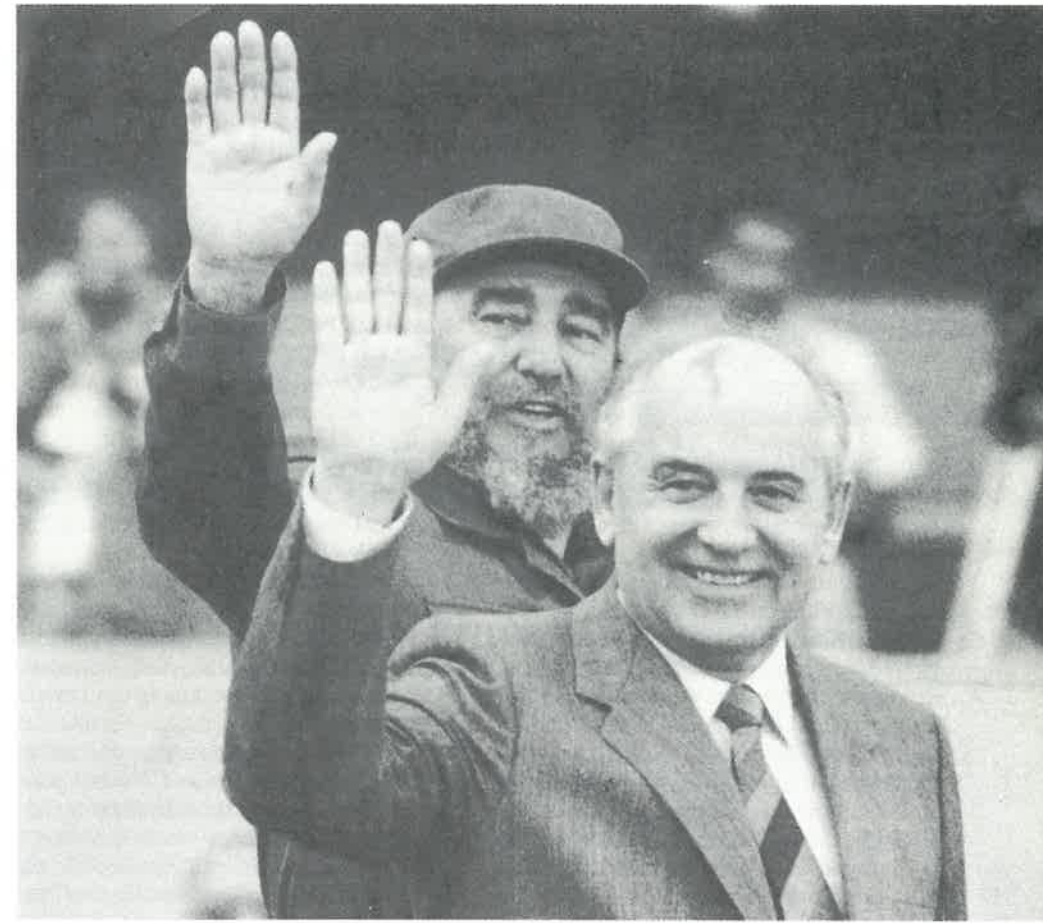
Vom 2.–6. April d.J. weilte Michail Gorbatschow erstmals zu einem Staatsbesuch in Kuba. Die Spekulationen westlicher Journalisten über eine Konfrontation zwischen ihm und Fidel Castro erfüllten sich nicht. Ganz im Gegenteil.

Michail Gorbatschow wurde bei seiner Ankunft in Havanna von einer halben Million KubanerInnen, die die Straßen säumten, begeistert empfangen. Die Sensation des Besuchs war, daß Sensationen ausblieben.

Gorbatschow sagte zum Ergebnis der Gespräche: „Heute ist unsere Freundschaft fester und tiefer als zuvor.“ Und Fidel: „Es gibt keine Krise in den kubanisch-sowjetischen Beziehungen.“ Neue Akzente wurden vor allem im wirtschaftlichen Bereich gesetzt. Beide Länder vereinbarten außerdem einen Vertrag über Freundschaft, politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit bis zum Jahr 2014. Zu einer Konfrontation zwischen Fidel und Gorbatschow kam es nicht. Die Schar westlicher Journalisten wartete vergeblich auf die Messer, die da gezogen würden.

Das heißt nicht, daß alle Differenzen unter den Teppich gekehrt wurden. Fidel nahm die Ankündigung der Gorbatschow-Rede vor Kubas Nationalversammlung zum Anlaß, seine Meinung zu den unterschiedlichen Prozessen in beiden Ländern zu sagen. Diesen Beitrag kündigte er mit den Worten an: „Eigentlich sollten hier nicht zwei Reden gehalten werden, sondern nur eine, die unseres lieben Gastes, Genosse Gorbatschow.“ Dann kam er zum Wesentlichen: zur Verteidigung der Eigenständigkeit des kubanischen Prozesses. Er argumentierte, was für ein Riesenland wie die UdSSR gut sei, müsse nicht automatisch für ein 200 Mal kleineres Land wie Kuba gelten – zumal Kuba nur 3,6 % der Einwohner der UdSSR hat.

Außerdem wies er auf die Unterschiede in der Geschichte der beiden Revolutionen hin. In Kuba habe es keine Stalinzeit und keine Zwangskollektivierung der Landwirtschaft gegeben. Und: „Wenn mich jemand für eine Art Stalin hält, so kann ich nur sagen, daß meine Opfer hier alle bei guter Gesundheit sind.“ Jedes sozialistische Land sei ein „Laboratorium“ und müsse seinen eigenen Reformschritt wählen. Fidel ging noch weiter: „Wenn ein sozialistisches Land den Kapitalismus will, müssen wir respektieren, daß es auch dazu ein Recht hat; wir können uns da nicht einmischen. Genau so fordern wir aber auch, daß sich niemand in die souveräne Entschei-



Kuba-Besucher Michail Gorbatschow und Gastgeber Fidel Castro

dung irgendeines kapitalistischen oder halbkapitalistischen Entwicklungslandes einmischt, das den Sozialismus aufbauen will.“

Danach erläuterte Gorbatschow der Nationalversammlung Kubas, warum die Sowjetunion alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens demokratisieren und die persönlichen Freiheiten wiederherstellen will. Es gehe darum, die Menschen zur aktiven Teilnahme am Aufbau des Sozialismus zurückzugewinnen und „die Wirtschaft wieder auf die Bedürfnisse der Menschen auszurichten“. Die heutigen Probleme in der UdSSR hingen mit „den Entstellungen der sozialistischen Prinzipien“ zusammen, die in die 30er Jahre zurückreichten.

Die Sowjetführung sei sich bewußt, welche Folgen das Gelingen oder Scheitern der

Perestroika haben wird: „Davon, wie es in unserem Land klappt, hängt weitgehend das internationale Ansehen des Sozialismus ab und sein Einfluß auf die Entwicklung der Welt... Die Perestroika ist zum Erfolg verurteilt, es gibt keine Alternative.“ Gleichzeitig stimmte er Fidel zu, daß jedes Land seinen eigenen Weg gehen und die Probleme auf seine Weise lösen müsse. Das kubanische Fernsehen sendete beide Reden „live“.

Neue Weichen wurden hauptsächlich in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern gestellt. Da Kubas Wirtschaft in der Krise steckt, ist die sowjetische Finanzhilfe für die Karibikinsel lebenswichtig. Die westlichen Medien kamen vor dem Gipfel mit Spekulationen über die Kürzung dieser Hilfe nicht zur Ruhe. Dabei ging es um vier Proble-

me: den ständigen Überschuss der Sowjetunion bei den gegenseitigen Warenlieferungen, die Bezahlung von Subventionspreisen für kubanische Importprodukte, die direkte sowjetische Finanzhilfe und die kubanische Auslandsverschuldung gegenüber der Sowjetunion. Alle Mutmaßungen erwiesen sich jedoch als gegenstandslos. Keine der vier Fragen wurde zum Nachteil Kubas entschieden.

Die Sowjetunion behält also den Umfang ihrer Warenlieferungen bei. Dazu kommt ein neues Element: Sie wird dem Karibikstaat gezielter als bisher bei der Ausweitung seiner Exporte helfen. Da die Zuckerausfuhr nach

Nutzen bringen.“

Bei den hohen Subventionen für kubanische Importprodukte sind ebenfalls Änderungen geplant, die Kubas Entwicklung nützen. Pro Jahr unterstützt die Sowjetunion die Importe aus Kuba mit 4–5 Mrd Pesos, indem sie Preise bezahlt, die weit über dem Niveau des Weltmarktes liegen. Diese Subventionen werden zwar vorerst weder gestrichen noch drastisch verringert. Das heißt aber nicht, daß die Sowjetunion die hohen Preise kubanischer Exportwaren unbegrenzt weiter akzeptiert. Die Subventionen sollen künftig in dem Maße abgebaut werden, wie – mit Hilfe der Sowjetunion – die Erzeugerpreise in Kuba gesenkt werden können.

Wie Katschanow sagte, sind die sowjetischen Bemühungen auf eine stärkere Mechanisierung und Modernisierung der kubanischen Wirtschaft gerichtet. Unter anderem sei eine Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen Betrieben beider Länder geplant. Die Verringerung der kubanischen Produktionskosten und Exportpreise würde nicht nur in Kuba Mittel für die Lösung anderer Aufgaben freisetzen, sondern auch in der Sowjetunion das Kosten- und Preisniveau senken.

Bereits vor der Abreise Gorbatschows hatte der sowjetische Botschafter in Havanna zugesichert, daß die UdSSR ihre Wirtschaftshilfe nicht kürzen wird. Kuba erhält auch weiterhin neue Kredite. Wie sieht es aber mit den nicht zurückgezählten alten Krediten aus? Ein spektakulärer Schuldenerlaß fand nicht statt. Auch ein Aufschub der Schuldentrückzahlungen um 100 Jahre, wie von Gorbatschow im Dezember 1988 in der UNO gefordert, wurde nicht vereinbart.

Von Journalisten auf dieses Thema angesprochen, antwortete Fidel: „Kuba erhält seit 30 Jahren Kredite von der Sowjetunion... Die Fälligkeit dieser Kredite wurde immer automatisch und ohne Berechnung von Zinsen verlängert... Die sowjetischen Kredite für die Entwicklung Kubas flossen ohne Rücksicht auf die Schulden ununterbrochen weiter.“ Im Vergleich dazu bezeichnete er die Lösungsvorschläge der USA zum Schuldenproblem als „Betrugsmanöver“. Er forderte erneut die Streichung aller Schulden der Entwicklungsländer und eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Gorbatschow kritisierte ebenfalls den jüngsten US-Schuldenverringerrungs-Plan.

Die Grundsatzrede Gorbatschows vor der kubanischen Nationalversammlung war auch an die anderen LateinamerikanerInnen gerichtet. Er stellte sich hinter den Demokratisierungsprozeß auf dem Subkontinent und lehnte den Export von Revolution und Gegenrevolution in die Region strikt ab. Der Konflikt in Mittelamerika solle von den Bewohnern in der Region selbst gelöst werden – ohne Einmischung von außen.

Die Sowjetunion ließ damit aber nicht Nicaragua fallen. Dieses Land wird weiterhin Unterstützung erhalten – auch militärische. Die Sowjetunion will Nicaragua so lange mit Waffen versorgen, wie die USA ihre Rüstungslieferungen an lateinamerikanische Staaten

nicht einstellen. In diesem Zusammenhang verurteilte Gorbatschow auch die Wiederaufnahme der US-Hilfe an die nicaraguanischen Contras. Außerdem wies er mit aller Deutlichkeit das US-amerikanische Konzept eines „lateinamerikanischen Hinterhofes“ zurück.

Wie Gorbatschow weiter sagte, wird Lateinamerika international immer wichtiger. In diesem „erstaunlich interessanten und originellen“ Subkontinent entstehen neue Wirtschaftsriesen. Der Beitrag der lateinamerikanischen Völker zur Weltkultur wachse ständig. Ein atomwaffenfreies Lateinamerika könne in Zukunft eine wichtige Rolle im Kampf für den Frieden spielen. Gorbatschow bot den Staaten Lateinamerikas den Ausbau der politischen, wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Beziehungen an.

Dieser Appell ist nicht ungehört verklungen. Verschiedene Regierungen der Region haben Gorbatschow inzwischen zum Staatsbesuch eingeladen.

VORABDRUCK AUS CUBA LIBRE, Nr. 2/1989

Anmerkung

Die Zitate von Fidel Castro und Michail Gorbatschow stammen alle aus Granma Semanal, Havanna, 9.4.1989

INTERNATIONALE ARBEITSBRIGADE JOSE MARTI IN CUBA

Einmal jährlich wird in Cuba eine internationale Arbeitsbrigade durchgeführt, deren TeilnehmerInnen aus den verschiedenen westeuropäischen Ländern kommen (ca. 300 Personen).

In diesem Jahr ruft die Deutsch-Cubanische Gesellschaft für Solidarität mit Cuba zum ersten Mal zur Teilnahme auf. Die Gesellschaft wurde 1988 gegründet und will sich im Zusammenhang mit der Solidaritätsbewegung auf der Grundlage einer „kritischen Solidarität“ an der Brigade beteiligen.

Neben Arbeit in der Landwirtschaft und im Bausektor wird es ein politisches und kulturelles Programm geben: Besuche verschiedener staatlicher Einrichtungen, Betriebe, Schulen, Museen • Vorträge und Diskussionen über Cuba und andere Länder Lateinamerikas • Kulturbeiträge

Durch eine fundierte Vorbereitung, die Voraussetzung für die Teilnahme ist, wollen wir die TeilnehmerInnen in die Lage versetzen, sich schon vorab ein Bild von Cuba zu machen, um mit diesen Informationen einen differenzierten Blick für die Cubanische Revolution zu gewährleisten.

Termin: 10.9. – 10.10.89, Ort: Campamento ca. 40 km westlich von Havanna
Preis: ca. 2.100,- DM
Auch Nichtmitgliedern ist die Teilnahme möglich.

Weitere Informationen zur Brigade: Jürgen Breuer, Buscheystr. 52a, 5800 Hagen 1
Informationen über die Gesellschaft: Deutsch-Cubanische Gesellschaft – Solidarität für Cuba, Postfach 800563, 6230 Frankfurt 80



CELAL ÖCZAN

Mercedes Sosa: „Stimme Lateinamerikas“

Von ihren Fans in aller Welt wird sie „Stimme Lateinamerikas“ oder „Stimme der Gerechtigkeit“ genannt. Zur Zeit befindet sich die Argentinierin Mercedes Sosa (53) auf Tournee durch die Bundesrepublik, die Niederlande, Frankreich und die Schweiz. Unser Münchner Mitarbeiter Celal Öczan stellt sie vor.

„Es gibt Künstler, die nur ihre Lieder lieben, es gibt Künstler, die ihr Volk lieben.“

Haydie Santamar Was für Nordamerika Joan Baez, für Portugal Amalia Rodriguez, für Katalanien Lluís Llach, für Griechenland Mikis Theodorakis, für die Türkei Ruhi Su bedeutet, das ist Mercedes Sosa für Lateinamerika. Die Erzählung des alltäglichen Lebens des Menschen, von der Liebe und Trennung, von der grausamen, gemeinen Unterdrückung, von der nackten Ausbeutung bis zur Befreiung, die Sehnsucht nach dem hoffnungsvollen, brüderlichen Zusammenleben findet ihren stärksten Ausdruck in der einmal zärtlichen, einmal zornigen, einmal ruhigen Stimme von Mercedes Sosa. Sie ist eine Herausforderung für die Unterdrückten und gleichzeitig die Botschaft an die Leidenden, eine Kampfeskundgebung gegen den Haß, für die Liebe und das Leben.

„Wir haben unzweifelhaft die Pflicht, Ungerechtigkeiten anzuklagen, eine Botschaft des Kampfes und der Hoffnung zu übermitteln, aber auch fröhliche Dinge zu singen, denn unser Volk ist nicht traurig. Wir singen die Lieder unserer Folklore, die vertonten Ge-

dichte unserer progressiven lateinamerikanischen Poeten. Darum stimmt mein Volk vielleicht auch in meinen Gesang ein, obwohl es gar nicht gewohnt ist, Lieder im Chor zu singen. Es singt mit mir ‚Wenn wir die Erde haben‘ oder ‚Bruder reich mir deine Hand‘. Und es war nicht so einfach zu erreichen, denn die Tradition bei uns will es, daß ein Sänger allein singt“, sagte sie 1974 über ihre Rolle.

Mercedes Sosa wurde am 9. Juli 1935 als Tochter eines Arbeiters in Tucuman, im Norden Argentiniens geboren, dessen Folklore sich in ihrem Rhythmus und in ihren Musikformen von der der Küste und Pampa unterscheidet und die durch indianische Musikelemente geprägt ist. Nur in diesen Gebieten des alten Inkareiches hat die indianische Musik ihr Wesen bewahrt, und dort sind auch die Fünftonteile und ihre Spuren zu finden.

Neben dem Charango – dem lateinamerikanischen Nachkommen der spanischen Gitarre – und der spanischen Gitarre werden auch andere indianische Musikinstrumente, wie z.B. Quena, gespielt. Vielfältig sind die Rhythmen der Folklore in Nordargentinien: Zamba, Chacarera, Gato, Escondido und Vida-

la. Während Gato, Zamba und Chacarera einen fröhlichen, lebhaften, feierlichen Stil bilden, findet die Solostimme in der Vidala in der Form eines schmerzlichen Gesangs ihren Ausdruck. Hinzu kommen die bolivianischen Rhythmen wie Carnavalito, Yaravi, Huayno, Carnales cochabambinos usw.

„La Tucumana“ wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf und begann schon mit 15 Jahren heimlich – ihre Eltern sollten es nicht wissen – unter Pseudonym beim Sender Tucuman zu singen: „Ich singe schon seit 1950. Aus welchem Grund ich zu singen begann? Das war zunächst, weil ich die argentinische Folklore singen wollte. Das war für mich eine Art und Weise, mein Land, den argentinischen Norden auszudrücken, über ihn zu singen. Später heiratete ich und verließ Tucuman. Und 1962 war es, als wir die Bewegung des Nuevo Cancionero gründeten, zusammen mit Matus. Das ist praktisch die Art von Lied, die ihr gegenwärtig von uns hört, von verschiedenen Autoren, aber eben das, was wir damals schufen.“

Mercedes Sosa hatte am Anfang keinen Erfolg. Ihre erste Platte (1961) wurde nicht ver-



Plakatwand in Havanna: „Das Vaterland Martis grüßt den Sohn des Vaterlandes Lenins“

Einschätzung von Alexander Katschanow, des stellvertretenden sowjetischen Außenwirtschaftsministers, bereits „ein optimales Niveau“ erreicht hat, soll der Export anderer Erzeugnisse unterstützt werden. Dabei ist sowohl an eine Erhöhung der Nickel- und Zitrussfruchtausfuhren gedacht, als auch an den Export neuer Erzeugnisse, wie zum Beispiel von Computern und Computerteilen. Indem die Sowjetunion Kuba hilft, von den traditionellen Exporterzeugnissen des Landes unabhängiger zu werden, trägt sie zur wirtschaftlichen Entwicklung des Inselstaates bei.

Hinter dieser Absicht steht allerdings auch der Wunsch der UdSSR, die Handelsbilanz mit Kuba auszugleichen. Im vergangenen Fünfjahrplan 1981–85 hatte die Sowjetunion weitaus mehr Waren nach Kuba geliefert, als von dort bezogen. Das bedeutet, daß Kuba einen Teil der Importe aus der Sowjetunion nicht bezahlen konnte: Ein Schuldenberg von 3 Mrd kubanischen Pesos häufte sich an.

Für den derzeitigen Fünfjahrplan wird ein ähnliches Defizit in Kubas Handelsbilanz mit der Sowjetunion erwartet. Allerdings geht es bei dieser Frage nicht nur um eine Steigerung der kubanischen Exporte. Gorbatschow forderte auch mehr Disziplin bei der Einhaltung der gegenseitigen Abmachungen: „Die wirtschaftlichen Beziehungen müssen dynamischer und leistungskräftiger werden und unseren beiden Ländern und Völkern größeren

kauft. Während eines längeren Aufenthaltes in Uruguay mit Oscar Matus und Tejado Gomez – der argentinische Dichter, der für sie viele Texte schrieb – fand sie ihren Stil, eine Synthese der reichen Folkloretradition ihrer Heimat mit der spanischen lyrischen Tradition. Erst Mitte der 60er Jahre wurde sie bekannt und schloß sich mit ihrem ersten Mann Oscar Matus (er starb 1978) zusammen der Bewegung Nuevo Cancionero Argentino an, um ausgehend von der Poesia Social die Folk-

nicht zuviel von einem Künstler verlangen, viele sind ernsten Existenzproblemen ausgesetzt. Auch glaube ich, daß sich der Kampfgeist eines Künstlers nicht nur im Text seiner Lieder ausdrückt, sondern vor allem in seiner Haltung im täglichen Leben, im Grad der Aufrichtigkeit seiner Arbeit . . .“

Als die Militärdiktatur ihre Herrschaft institutionalisierte, mußte sie 1979 ihr Land verlassen. Statt in der inneren Emigration zu bleiben, ging sie ins Exil nach Paris. Denn die

Discografie:

Live in Argentinien LP 68.001/1983; Vol. 2 LP 68.006/1984; Todavía Cantamos LP 68.012/1986; Corazon Americano LP 68.013/1986; Vivir 68.024/1987; La Negra LP 68.031/1988

Tournee

Mercedes Sosa y Grupo & Modern Spring Quartet: von 28.5. Erlangen, Stadthalle; 29.5. München, Bayernhalle; 31.5. Heidelberg, Stadthalle; 1.6. Saarbrücken, Kongreßhalle; 3.6. Köln, Sporthalle; 4.6. Bremen, Rollsportstadion; 6.6. NL-Utrecht, Vredenburg; 8.6. Hannover, Capitol; 10.6. Osnabrück, Stadthalle; 11.6. Hamburg, Stadtpark; 13.6. Frankfurt, Festhalle; 15.6. Stuttgart, Schleyerhalle; 17.6. Köln, Tanzbrunnen; 20.6. Karlsruhe, Konzerthaus; 22.6. CH-Basel, Stadtcasino; 23.6. CH-Zürich, Volkshaus; 25.6. CH-Bern, Kurhaus; 26.6. CH-Genf, Grand Casino; 29./30.6. F-Paris, Olympia
Kontakt: Macondo, Tel. 0 61 03 – 8 10 15

lore wiederzubeleben.

Auf die Frage, aus welchen musikalischen Traditionen sie schöpft, antwortete sie: „Aus der indianischen Tradition, der Tradition der Ureinwohner.“ Aber sie fügte gleichzeitig hinzu: „Ich habe musikalische Vorbilder, und ich habe literarische Vorbilder. Und ihr müßt wissen, daß wir außerdem aus Ländern kommen, die Neruda, Garcia Marquez, Borges, Bioy Casares, Ernesto Sabato, Isabel Allende hervorbrachten. Und all das, was sie schufen, was sie schrieben, war nicht umsonst. Alle standen sie links, alle dachten sie, daß sich auf unserem Kontinent etwas ändern müsse. Ich will euch damit sagen, daß sich die Volkskünstler gar nicht so weit entfernen können, wenn sie das Glück haben, diese Literatur zu kennen.“

Nachdem sie bekannt war, mußte sie mit neuen Schwierigkeiten kämpfen. Mit dem Militärputsch 1976 fing in Argentinien eine Zeit an, in der Terror und Mord nicht nur das Volk, sondern auch viele Künstler zum Schweigen brachten. Mercedes Sosa ging zunächst nicht ins Exil, aber sie schwieg.

Ende 1976 bei einem Konzert in Brasilien meinte sie dazu: „Meine Lieder von heute sind nicht so direkt wie früher, das ist aus der Situation heraus erklärlich. Es gibt ein Sprichwort der Gauchos: ‚Laßt uns absatteln, bis sich der Sturmwind legt.‘ Ich komponiere nicht, sondern suche mir meine Lieder bei den Dichtern und Komponisten zusammen. Und da es die Zensur gibt, schützen sich die Dichter, es beginnt die Selbstzensur oder die Überhandnahme der Metapher. Das Ideal wäre, ein Lied in einer unverschlüsselten Sprache zu finden, mit einer starken Aussage, aber das wird immer schwieriger. So ist immer die Qual der Wahl zwischen der direkten Aussage, die dabei wenig sagen kann, und der metaphorischen Verschlüsselung, die möglicherweise niemanden erreicht.“

Wenn manche sagen, ‚dieser Dichter, dieser Sänger hat seinen Kampfgeist verloren‘, so bleiben sie an der Oberfläche. Man kann

Lieder mußten jetzt ein „Alarmschrei sein“: „Wenn der Sänger verstummt, schweigt auch das Leben.“

Denn ohne Gesang ist alles Leben kaputt und tot und leer.

Wenn der Sänger verstummt, wird's Mut nicht mehr geben, gibt's keine Hoffnung, kein Licht, keine Freude mehr.

Wenn der Sänger verstummt, erstirbt das Geschrei

der kleinen Jungs, die Zeitungen verkaufen, und die Hafenarbeiter der Reederei . . .“

So begann Mercedes Sosa 1980 wieder an die Öffentlichkeit zu treten. Von Paris aus machte sie Konzerttourneen durch Europa und ging auf Tournee in vielen lateinamerikanischen Ländern. Wenn auch die Musiktraditionen, ihre Rhythmen und Instrumente von Argentinien bis Chile, Peru, Uruguay, von Land zu Land unterschiedlich sind, ist das Lied eine gemeinsame Sprache, ein Ausdruck des Schicksals, das diese Länder gemeinsam haben. Bei ihren Konzerten kommt die Hoffnung auf Befreiung zum Ausdruck, die Massen singen mit: „Sing mit mir, singe, / Lateinamerikaner, / befreie deine Hoffnung / mit einem Schrei in der Stimme.“

„Ich bin in erster Linie Argentinierin. Ich bin eine argentinische Sängerin. Meine Wurzeln sind in Argentinien, doch meine Berufung ist zugleich zutiefst lateinamerikanisch. Mit dem Wissen um die vielen Probleme, die wir Lateinamerikaner haben und mit der Gewißheit, daß irgendwann einmal trotz all der Leiden, die wir Lateinamerikaner erfahren mußten, wir vereint sein werden. Es eint uns heute bereits das Entsetzen, das Grauen, die Auslandsschuld zurückzubezahlen. Es vereint uns die Angst, die tiefe Angst vor den Militärs, dieses Problem haben wir überall in Lateinamerika. Aber ich hoffe auch, daß uns die Sehnsucht nach der Freiheit eint, eine Sehnsucht, die in den Herzen aller Völker Lateinamerikas wohnt.“

1982, nach dem Sturz des Militärs, kehrte

Mercedes Sosa nach Argentinien zurück und gab zwei legendäre Konzerte im großen Stadion von Buenos Aires. Hunderttausende von Menschen, die „Mütter von der Plaza de Mayo“ sangen ihre Lieder, die die Plätze erfüllten, um die grausame Militärdiktatur zu verdammen. Mit dem Lied „Gracias e la vida“ brachten sie die Entschiedenheit zum Ausdruck, nie wieder zuzulassen, daß Militärs das Leben wegnehmen.

„Wir wollen keinen Staatsstreich der Militärs mehr. Ich will nicht länger in Europa leben, ich will wieder in meinem Land sein, in Argentinien. Nun, ich gehöre der Linken an und andere Leute mit dem gleichen Bewußtsein müssen jetzt kämpfen, daß dies niemals mehr geschieht.“

Mercedes Sosa schreibt selbst keine Lieder; aber der Text ist für sie wichtig. Sie singt Lieder von Dichtern wie Pablo Milanés, Milton Vascimonto, aber auch von Violeta Para, Atahualpa Yupanqui und Pablo Neruda. Sie arbeitet mit modernen argentinischen Komponisten wie Leon Gieco, Fito Paez und Charles Garcia. Leon Gieco schrieb für sie Solo le Pido a Dios – ein Lied gegen den Krieg, für den Weltfrieden.

1983 erschien ihre erste LP in der BRD, der Mitschnitt eines Konzerts in der Oper von Buenos Aires. 1984/85 gab Mercedes Sosa 60 Konzerte auf einer Tournee durch Argentinien. Dabei entstand der Film „Sera Posible el Sur“, der seit 1986 auch in den deutschen Programmkinos läuft.



Tupamaros in Uruguay:

Literatur aus dem Kerker.

Theater der Gassen.

Medienarbeit nach der Legalisierung.

Unser Thema:

Die „Dritte“ Welt in Literatur, Film, Grafik, Musik und Fotografie mit ausführlichem Kulturkalender

4 x im Jahr für DM 20,-, Einzelheft DM 5,- (zuzügl. Porto), Probeheft DM 3,- (in Briefmarken) IKA Vertrieb – Kulturbüro „3. Welt“ Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

Stichwort

Kokain war noch unbekannt und Lateinamerika von den Spaniern noch nicht erobert, als Indios des Andengebirges aus einer Wildpflanze den Kokastrauch kultivierten. Dessen grüne Blätter wurden wegen ihrer Wirkung bald hochgeschätzt: Sie vertreiben – zusammen mit Kalk oder Pflanzenasche gekaut – den Hunger und steigern die Arbeitsleistung. Zudem spielen Kokablätter in den religiösen Zeremonien und sozialen Ritualen der indianischen Gemeinschaften seit jeher eine wichtige Rolle.

Doch seinen festen Platz in der Produktionspalette der andinen Landwirtschaft überborte sich der Kokastrauch weder wegen der kultischen noch wegen der ernährungsphysiologischen Bedeutung seiner Blätter. Die Inkas und später die Spanier setzten Koka vor allem wegen seiner leistungssteigernden Wirkung gezielt als „Schmiermittel“ der Ausbeutung ein. Insbesondere die unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen in den spanischen Bergwerken ließen sich ohne die grünen Blätter nicht ertragen. Ende des 18. Jahrhunderts wurden allein in Bolivien 345 Haciendas gezählt, die Koka für die Minengebiete produzierten.

Die Blätter des Kokastrauchs enthalten neben Vitaminen und Spurenelementen eine Vielzahl von Alkaloiden, von denen Kokain überwiegt. 1859 isolierte der deutsche Chemiker Albert Niemann erstmals das Alkaloid mit der Bezeichnung Benzoylmetylcocgonin. Die Firma Merck in Darmstadt brachte es unter dem Namen Kokain auf den Markt. Zuerst wurde es als Mittel zur örtlichen Betäubung bei Operationen benutzt, doch schon bald erlangte es als Rauschmittel Popularität. Die Nachfrage wuchs trotz Verbot und Kokain avancierte in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts zu einer „Edeldroge“.

Bis in die 50er Jahre hielten sich in den Hauptanbauländern Bolivien und Peru die lokale Kokaproduktion und der lokale Konsum in etwa die Waage. Lediglich kleine Mengen wurden exportiert. Der rasante Anstieg vor allem der bolivianischen Kokaproduktion begann Anfang der 70er Jahre, als infolge gestiegener Kokainnachfrage in den USA und in Europa in den Yungas, östlich des Andenhochplateaus, die ersten Pastenbrauereien und Kokainlabors eingerichtet wurden. Heute stellt die Kokainproduktion quasi die zweite Ökonomie Boliviens dar, ohne die der Andenstaat längst bankrott wäre. Der Motor dieser zweiten Ökonomie liegt im Chaparé, einer feuchtheißen Flußregion am Ostrand des Andengebirges. Dort lebt bereits etwa ein Drittel der knapp 300 000 Einwohner direkt von der Drogenproduktion. In ganz Bolivien sind es derzeit schätzungsweise 5 bis 10 % der Gesamtbevölkerung.

In den letzten Jahren ist ein geradezu explosionsartiges Anwachsen der Kokaanbau-

flächen in Bolivien auszumachen. Waren es 1976 noch ca. 23 000 t, die auf 16 000 ha produziert wurden, so werden heute 160 000 t Kokablätter pro Jahr auf 70 000 ha Anbaufläche geerntet, von denen gerade ein Zehntel in den lokalen Konsum geht. Der riesige Rest steht den Kokainproduzenten als Rohstoff zur Verfügung, die daraus pro Woche mehrere Tonnen des weißen Pulvers für die Drogenmärkte Europas und der USA herstellen.

Während Bolivien und Peru im wesentlichen als Kokaproduzenten und Pastenbrauer fungieren, gilt Kolumbien als Verteilerstation und Laborzentrum für die Endverarbeitung. Der US-Drogenpolizei DEA zufolge kommen 85 % des in die USA geschmuggelten Kokains aus Kolumbien.

Die Gewinnspannen sind dabei immens. Die Herstellungskosten für 1 kg Kokainbase betragen etwa 1 150 \$. Gehandelt wird dieses kg für 5 000 \$. Aus dem einen kg Kokainbase lassen sich 800 g reines Kokain gewinnen, die in Kolumbien 18 000 \$, in den USA bereits 54 000 \$ kosten. Mittels Traubenzucker, Koffein oder Chinin gestreckt und portioniert, erzielt der Stoff beim Endverbraucher schließlich einen Preis von ca. 450 000 \$.

Angeichts solcher Superprofite wundert es denn auch nicht, daß in den kokaproduzierenden Ländern Lateinamerikas staatliche Stellen und Drogenmafiosi mitunter eng zusammenarbeiten. Bestes Beispiel dafür ist wiederum Bolivien.

Unter der Herrschaft des deutschstämmigen Diktators Hugo Banzer (1971-78) war das Drogengewerbe zeitweise kartellartig organisiert und erfreute sich staatlicher Unterstützung. Als 1980 nach einer längeren innenpolitischen Krise, mehreren Wahlgängen und diversen Putschversuchen die Regierungsübernahme durch eine Mitte-Links-Koalition bevorstand, ließ General Garcia Meza am 17. Juli die Panzer rollen und etablierte für zwei Jahre ein Regime, das als „erste Regierung der Drogen-Mafia“ weltweit Furore gemacht hat. In die Vorbereitung des Putsches sollen die Bosse („Capos“) der Kokain-



Kokain

clans ca. 27 Mio \$ investiert haben.

Angeichts der hohen Auslandsverschuldung Boliviens und Kolumbiens (4 bzw. 13 Mrd \$ 1986) kann die Kokainmafia ohnehin auf das Wohlwollen von Teilen der Herrschenden zählen, da die illegale Drogenausfuhr den Warenexport übertrifft und somit notwendige Devisen ins Land kommen. In beiden Staaten haben die Drogenbosse bereits angeboten, einen Großteil der Außenschuld zu begleichen, wenn die Verfolgungen gegen sie eingestellt werden. In Kolumbien unterhält die Kokainmafia zudem eine ganze Armee, die nicht nur Jagd auf Richter und Staatsanwälte macht, sondern im Bunde mit Teilen der Armee und der Großgrundbesitzer Masaker gegen die Linke verübt, da sie diese als einzige wirkliche Bedrohung für ihre Geschäfte ansieht.

Auch die USA, die sich ansonsten nur allzu gern als „Opfer lateinamerikanischer Drogenkriminalität“ einerseits und „Weltrogenpolizist“ andererseits sehen, mischen kräftig im Kokaingeschäft mit. „Ich weiß, daß alle amerikanischen Eltern, die über das Drogenproblem betroffen sind, entrüstet sein werden zu hören, daß nicaraguanische Spitzenpolitiker tief in den Schmuggel verstrickt sind“, verkündete Ex-Präsident Reagan im März 1986. Doch drei Tage später mußte die US-Drogenpolizei DEA diese Verdächtigungen dementieren und eingestehen, daß der Geheimdienst CIA selbst in Drogengeschäfte verwickelt war. Reagans seinerzeit viel beachteter Fernsehauftritt fand nur wenige Wochen vor seiner sog. „Kriegserklärung an die Drogen“ und der Wiederaufnahme der Finanzierung nicaraguanischer Contras durch den US-Kongreß statt.

Heute ist bekannt, daß die Vertreter des Sicherheitsrates um Oliver North bis zu dem Wiederaufnahmebeschluß des Kongresses die Contras auf andere Weise über Wasser gehalten hatten: durch Vermittlung von Spenden Israels und Saudi-Arabiens, durch Gewinne aus heimlichen Waffenverkäufen an den Iran – und eben durch Kokaindeals. Unterstützer der Contra vermieteten Landebahnen für den Kokainschmuggel; Großhändler, die von Strafverfolgung bedroht waren, ließen dem CIA Stillhalte Millionen zufließen und angeblich „verdealten“ die North-Leute sogar selber ganze Flugzeugladungen von Koks im Wert von 40 Mio \$ in die USA.

Demgegenüber wächst die Kokainproduktion in einem Land wie Bolivien in dem Maße, wie die Drogenmärkte in den USA und in Europa wachsen. Und weil der durch ungerechte weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen beschleunigte Niedergang des legalen Teils der bolivianischen Wirtschaft viele zwingt, dort ein Auskommen zu suchen, wo es überhaupt noch etwas zu verdienen gibt.

Georg Diederichs

Internationalismus auf neuen Wegen?



HARALD SCHUPPE

Wir brauchen die Verflechtung der Problemfelder

Bezugnehmend auf den Aufsatz „Neuer Internationalismus ...“ im AIB 3/1989 von Rainer Falk (bzw. auch die anderen Aufsätze) möchte ich folgenden Aspekt zur Diskussion stellen:

Wenn ich R. Falk richtig verstanden habe, unterscheidet sich der „neue Internationalismus“ vom „alten Internationalismus“ in einem wesentlichen Punkt in der Zielgruppenfrage. War bislang „proletarischer Internationalismus“, sprich Solidarität mit den proletarischen bzw. sozialistisch orientierten Massen in aller Welt und mit den Staaten, die den sozialistischen Entwicklungsweg eingeschlagen hatten, das Dogma, so geht es jetzt darum, die wachsende internationale Verflechtung insgesamt mehr zu berücksichtigen und die Widersprüche imperialistischer Expansion dialektischer zu nutzen. Angesichts gegenwärtig erweiterter Überlebens- und Innovationsfähigkeit des Imperialismus ist demnach von der plumpen Polarisierung von Staaten und Bewegungen, die jeweils dem sozialistischen oder dem kapitalistischen Einflußbereich zuordnen sind, Abstand zu nehmen.

Die Weltwirtschaftsordnung, Basis der bekannten Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, wird nach wie vor im wesentlichen von den am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern bzw. natürlich von den dort herrschenden Kräften des Finanzkapitals bestimmt. Insofern muß der antiimperialistische Kampf auf einer breiten Ebene internationalistischer Bündnisse und partieller Interessengemeinsamkeiten basieren, die nicht nur ausgesprochen pro-sozialistische Kräfte einschließt. M.E. muß deshalb nicht von einer Unterstützung konsequent antiimperialistischer und pro-sozialistischer Befreiungsbewegungen abgesehen oder auf die Isolierung und Bekämpfung profaschistischer und extrem reaktionärer Kräfte in der Dritten Welt verzichtet werden.

Ziel des „neuen Internationalismus“ sollte vor allem die flexiblere Berücksichtigung und Beantwortung der modernsten Strategien des weltweit raffiniert und zugegebenermaßen erfolgreich agierenden Kapitals sein. Diese Reaktion auf die Zählebigkeit des kapitalistischen Systems darf nicht als Resignation oder schlichte Anpassung mißverstanden werden, sondern als Fähigkeit und Bereitschaft zur Veränderung und zur Reorganisation antiimperialistischer Strategien.

Als Aktiver in der antifaschistischen Arbeit (VVN/BdA) sehe ich für die fortschrittliche Bewegung die Gefahr des Überholwerdens und des Verlustes der Initiative. Dabei sieht es gar nicht so

schlecht aus: Das fortschrittliche Potential ist, zumindest in der BRD, nicht gering. Was fehlt, ist die klare Perspektive angesichts der Narkotisierung und Vernebelungserfolge des Kapitals bei den breiten Massen, die sicherlich eine Folge gelungener Produktivkraftentwicklung und damit einhergehender Marketingstrategien sind, die weltweit nach wie vor das Image des Siegers verbreiten helfen.

Der weltweiten Verflechtung des Kapitals muß die weltweite Verflechtung der fortschrittlichen Kräfte entgegengesetzt werden. Dabei müssen auch Kräfte und Strömungen vereint werden, die in anderen Punkten gegensätzliche Positionen haben. Die auch quantitative Stärke der Fortschrittkräfte in der BRD kann m.E. aufgrund ihrer Zersplitterung die potentiell vorhandenen Energien nicht ausreichend entfalten. Ebenso steht es mit den internationalen Verbindungen. Hier müssen mehr Gemeinsamkeiten gesehen werden und mit Recht ist die IWF/Weltbank-Kampagne als ein positives Beispiel in diese Richtung bezeichnet worden.

Die Gemeinsamkeiten der „alten“ und „neuen sozialen Bewegungen“ können aber noch stärker herausgearbeitet werden. Ist nicht die „Dritte-Welt-Bewegung“ die außenpolitische Seite der Medaille, während die „antifaschistische Bewegung“ die innenpolitische Seite darstellt? Kann nicht die internationalistische, also gleichsam anti-rassistische Orientierung als Bindeglied beider Bewegungen gesehen werden? Sind nicht faschistische Welt-herrschaftsträume auch immer gleichzeitig imperialistische Expansionspläne gewesen? Ist nicht der Kampf gegen das Apartheidsystem auch gleichzeitig der Kampf gegen ethnopluralistische Visionen neofaschistischer Kreise? Auch wenn nicht alles gleichgesetzt werden kann und unbedingt differenziert werden muß, bestehen ganz deutlich Analogien zwischen faschistischem Holocaust und Totrüstung bzw. Ausplünderung der Dritten Welt mit den bekannten tödlichen Ergebnissen.

Ich brauche diese Übereinstimmungen der verschiedenen Bewegungsteile wie Ökologie, Frieden, Gleichberechtigung der Geschlechter, Kampf gegen ökonomische Ausbeutung usw. miteinander sicher nicht ausführlich darzustellen, um die potentielle Verflechtung all dieser Problemfelder zu verdeutlichen. Ein positives Beispiel in diese Richtung, vor allem was seine internationalistische Wirksamkeit betont, scheint mir der Aufruf des IG-Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler zur Solidarität mit den streikenden Mannesmann-Arbeitern

in Belo Horizonte (Brasilien) zu sein.

Wir sollten stärker diese Verflechtung der Einzelprobleme und Interessen über Ländergrenzen und natürlich erst recht über die Grenzen der einzelnen sozialen Bewegungen in der BRD hinweg wahrnehmen und die daraus entstehenden Chancen besser nutzen (auch rot-grüne Koalitionen könnten die Bedingungen dafür verbessern). Warnen möchte ich allerdings davor, dies als Aufruf zur Auflösung aller Organisationen mit spezieller Zielrichtung zu sehen. Im Gegensatz dazu sollte die Kompetenz der einzelnen „ExpertInnen“ eher gesteigert werden, was gerade nicht davon abhalten sollte, das Anliegen der „benachbarten“ Bewegung im entsprechenden Konfliktfall (also bei Demos, Aktionen oder spektakulären Ereignissen) mit gemeinsamer Kraft besser als bisher zu unterstützen und mitzutragen.

Harald Schuppe, Bielefeld, ist Diplompädagoge und in der VVN-Bund der Antifaschisten im Bereich Bildungsarbeit aktiv

ASK-Tagesseminar Europa '92 und Dritte Welt

Programm

I. Grundsätzliche Bewertungen und Bestandsaufnahmen

Binnenmarkt '92 – Integration nach innen – Abschottung oder Expansion nach außen? Einleitungsreferate: Wilfried Telkämper, MdEP und Rainer Falk, Hamburg

II. Einzelaspekte

1. Perspektiven für Lome IV – Abschied von der Kooperation? Ref.: Dr. Tatjana Chachoud, Berlin
2. Westeuropas Rolle in der Schuldenkrise (aktuelle Trends) – Bankenplatz der Zukunft Ref.: Dr. Angelina Sörgel, Bremen
3. EG-Regionalpolitik in der Dritten Welt (Nahost, ASEAN, Mittelamerika) – politisch-strategische Aspekte Ref.: Klaus-Peter Weiner, Marburg
4. Supermacht Europa? Militärische Integrationsansätze und Interventionsmacht nach außen? Ref.: Jürgen Meier, Bundesvorstand der Grünen

III. Schlußdiskussionen

Positionen der Solidaritätsbewegung – erste Schlußfolgerungen

Zeit: 3. Juni, 10-18 Uhr
Ort: ESG, Lessingstr. 2, 6000 Frankfurt 1
TeilnehmerInnenbeitrag: 20 DM (NormalverdienerInnen), 10 DM für andere
Anmeldung bei ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0 69-70 90 60

INFOS ZUR SOLIDARITÄT

El Salvador

Keine Entwicklungshilfe für Todesschwadronen

Die Christliche Initiative Romero (CIR) hat nach dem Wahlsieg des rechtsextremen Kandidaten Alfredo Cristiani vom 19. März d.J. (siehe DRITTE WELT 5/89) die Bundesregierung aufgefordert, keine Entwicklungshilfe mehr an El Salvador zuzusagen und Beträge, die zur Auszahlung anstehen, zu sperren, solange eine Reihe von Forderungen nicht erfüllt seien. In einer Postkartenaktion an Kanzler Helmut Kohl wird als Vorbedingung verlangt, daß auf das Verhandlungsangebot der Befreiungsbewegung FMLN vom Januar d.J. eingegangen wird, damit repräsentative Wahlen stattfinden können. Die CIR fordert zudem eine Beendigung der Aktivitäten der Todesschwadronen und die Bestrafung der Verantwortlichen für die Morde und Massaker der letzten acht Jahre.

Daß mit der Wahl Cristianis die Befürchtungen über eine Zunahme der Menschenrechtsverletzungen nur allzu berechtigt sind, wurde bereits vor dem Machtantritt des neuen Präsidenten am 1. Juni d.J. deutlich. Nach Angaben des Führungsmitglieds des Gewerkschaftsverbandes UNTS, Humberto Centeno, brachten allein in der Zeit vom 19.3.-25.4.1989 Todesschwadronen 193 Menschen um. 29 weitere sind „verschunden“. Außerdem kam es Mitte April d.J. zu Übergriffen gegen verschiedene Volksorganisationen, bei denen über 85 Menschen verhaftet wurden.

Postkarten können bei der CIR, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster bezogen werden.

Menschenrechte in Kurdistan

Bremer Konferenz fordert internationale Maßnahmen

Vom 14.-16. April d.J. fand in Bremen die internationale Konferenz „Menschenrechte in Kurdistan“ statt. Daran nahmen über 200 Parlamentarier, Wissenschaftler, Journalisten und Künstler aus 16 Ländern teil, die sich in vier Arbeitsgruppen mit der Situation der rund 20 Mio Kurden in der Türkei, im Irak, Iran und in Syrien befaßten.

Angesichts der drohenden Vernichtung des kurdischen Volkes wurde in Bremen eine Erklärung angenommen, in der zahlreiche Sofortmaßnahmen verlangt werden. So forderte die Konferenz u.a.

- die zuständigen Gremien und Mitgliedsstaaten der UNO auf, die Lage des kurdischen Volkes unverzüglich zu beraten und im Rahmen des internationalen Völkerrechts nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen;
- die Mitgliedsstaaten des Europarates, die Unterzeichnerstaaten des KSZE-Abschlußdokuments und die EG auf, insbesondere die türkische Regierung zur Einhaltung der von ihr durch internationale Abkommen eingegangenen Verpflichtung zur Wahrung der Menschenrechte zu zwingen;
- den UN-Generalsekretär und die an den Frie-

densbemühungen zur endgültigen Beilegung des Golfkrieges Beteiligten dazu auf, Vertreter der Kurden an den Verhandlungen zu beteiligen,

- die Industrienationen auf, diejenige wirtschaftliche und militärische Unterstützung an die Türkei, den Irak, Iran und Syrien einzustellen, die die Vernichtung des kurdischen Volkes ermöglicht.

Laut Konferenzbeschuß soll die „Bremer Erklärung“ an den UN-Generalsekretär, an den Europarat, an den Präsidenten des Europaparlaments sowie an zahlreiche Staats- und Regierungschefs weitergeleitet werden. Die Konferenz beschloß zudem die Gründung einer von Staaten und Regierungen unabhängigen Organisation, deren Aufgabe darin bestehen soll, die Lage der Kurden zu beobachten und die an ihnen begangenen permanenten Menschenrechtsverletzungen öffentlich zu machen.

Afghanistan

Unterschriftenaktion für eine politische Lösung

Eine Unterschriftenaktion zugunsten einer politischen Lösung des Afghanistan-Konflikts hat der Informationskreis Afghanistan gestartet. Der Infokreis „hält nach wie vor eine politische Lösung des Konflikts, die Kompromisse aller Beteiligten miteinschließt, für die einzige Möglichkeit, Frieden in Afghanistan zu erreichen. Voraussetzung dafür ist zunächst die Einhaltung des Genfer Vertrages ... und die Unterstützung der Friedensbemühungen der UNO, die humanitäre Hilfe für die Bevölkerung der Städte Afghanistans einschließt.“

Unterschriften werden gesammelt für einen von Prof. Norman Paech initiierten Brief an Bundesaußenminister Genscher, den wir in Heft 5/1989, S. 18 dokumentierten. Darin wird der Minister gebeten, alles in seiner „Möglichkeit Stehende zu unternehmen, um auf die an dem Konflikt in irgendeiner Weise beteiligten Regierungen einzuwirken, insbesondere auf die Regierungen Pakistans und der USA, die Waffenlieferungen einzustellen und eine politische Lösung des Konflikts herbeizuführen. Ferner bitten wir Sie darum, die Bemühungen der UNO sowohl in ihrer humanitären Hilfe wie in ihren Versuchen, die Kriegsparteien voneinander zu trennen und eine politische Lösung herbeizuführen, mit allen Mitteln zu unterstützen.“

UnterzeichnerInnen des Briefes möchten ihre Unterschrift (mit Adresse, Funktion) einsenden an: Informationskreis Afghanistan, c/o Annegret Ergenzinger, Plönerstr. 21, 2800 Bremen 1, Tel. 04 21 / 38 73 38. Dort sind auch Unterschriftenlisten zu beziehen. Für den 3. Juni d.J. plant der Infokreis eine Aktion zur Einhaltung des Genfer Abkommens in Bonn.

Buchtipp

Ein Dritte-Welt-Jahrbuch aus der Dritten Welt

Seit nunmehr 10 Jahren publizieren die Herausgeber der in Uruguay und Brasilien er-

scheinenden Zeitschrift „Third World“ ein Dritte-Welt-Handbuch, das in Spanisch, Portugiesisch und Englisch erscheint. Der

Third World Guide 89/90, Third World Editors, Montevideo 1988, 627 S., 58 DM

kann jetzt in allen drei Versionen auch in der Bundesrepublik über den Lamuv-Verlag bezogen werden. Der Vorteil gegenüber hiesigen Jahr- und Handbüchern besteht darin, daß der „Third World Guide“ von progressiven Journalisten und Wissenschaftlern aus der Dritten Welt erstellt wurde und somit die Probleme der Entwicklungsländer aus der eigenen Perspektive betrachtet werden. Dies hat u.a. zur Folge, daß etwa im Gegensatz zum „Fischer Weltatlas“ die Westsahara vorgestellt werden, nicht aber die südafrikanischen Bantustans.

In einer umfassenden Einführung wird der Begriff „Dritte Welt“ anhand aussagefähiger Kriterien wie Demographie, Bruttosozialprodukt, Einkommensverteilung und geographische Ausdehnung erläutert. Es folgen Beiträge über Migration, transnationale Konzerne, Verschuldungskrise, Technologie, Rohstoffe, Neue Weltwirtschaftsordnung, internationale Organisationen, die Nichtpaktgebundenen und über aktuelle Themen sowie Kurzbiographien wichtiger FührerInnen der Dritten Welt.

Auf 440 Seiten werden in alphabetischer Reihenfolge die Länder der Erde vorgestellt. Während den industrialisierten Staaten ein Datenüberblick (Geographie, Wirtschaft, Soziales, Politik) gewidmet ist, wird bei den Ländern der Dritten Welt zusätzlich detailliert die politische Entwicklung nachgezeichnet. Das Buch enthält insgesamt etwa 1100 Abbildungen (meist Karten und Diagramme).



KURZINFORMATIONEN

Ökologie – Brasilien

Weltbankkredit für Umweltschutz statt für Kraftwerke

Der von Umweltschützern weltweit heftig kritisierte Energiekredit, den die Weltbank Brasilien zum Bau von Staudämmen und Wasserkraftwerken in Aussicht gestellt hatte (siehe **DRITTE WELT** 4/1989, S. 33 ff.), kommt nun definitiv nicht zustande. Dafür erhält das südamerikanische Land jedoch beträchtliche Summen für den Umweltschutz und für eine effektivere Stromversorgung. Dieses Ergebnis langwieriger Verhandlungen zwischen der Weltbank und Brasilien wurde Mitte April d.J. vom Bonner Entwicklungsministerium bestätigt.

Die brasilianische Regierung hatte im vergangenen Jahr einen zweiten Energiesektorenkredit über 500 Mio \$ bei der Weltbank beantragt. Daran waren weitere Darlehen privater Banken, insbesondere aus Japan und der BRD, in Höhe von rund 1,7 Mrd \$ gekoppelt, die zum Bau zusätzlicher Wasserkraftwerke im ökologisch ohnehin schwer geschädigten Amazonasgebiet verwendet werden sollten. Da die beteiligten Geschäftsbanken diese Kopplung zwischenzeitlich aufgehoben haben, mußte Brasilien die umstrittenen Kraftwerke, deren Stauseen etwa 5600 qkm Regenwald überfluten würden, nun ausschließlich mit eigenen Mitteln erbauen. Allerdings ist dies insofern fraglich, als die staatliche brasilianische Elektrizitäts-Holding Eletrobras wegen des enormen Haushaltsdefizits der Regierung in großen finanziellen Nöten steckt.

„Natürlich nicht auszuschließen“ ist für den Sprecher des Bonner Entwicklungsministeriums, Oberländer, daß die neuen Kredite der Weltbank an Brasilien durch entsprechende Haushaltsumschichtungen doch für eine indirekte Finanzierung der Staudammprojekte im Amazonasgebiet verwendet werden. Auch für den Sprecher der Deutschen Bank, Dettmar, ist „das nicht so weit von der Hand zu weisen“. Bei den neuen Weltbankkrediten an Brasilien geht es um ein Darlehen für den Umweltschutz in Höhe von 300-400 Mio \$ sowie einen Projektkredit für den Bau von Überlandleitungen und Stromverteilernetzen in ähnlicher Größenordnung.

Hauptstreitpunkt bei den bisherigen Verhandlungen zwischen Weltbank und brasilianischer Regierung war neben dem Schutz der Regenwälder vor allem der geplante Bau des Atomkraftwerkes „Angra III“, den die Weltbank als unrentabel bezeichnete. Hier ist vor allem der bundesdeutsche Siemens-Konzern engagiert. Während der jetzige Stopp des Energiesektorenkredits von US- und bundesdeutschen Umweltgruppen als „größter Erfolg der internationalen Regenwaldbewegung“ gewertet wurde, gaben die GRÜNEN im Bundestag zu bedenken, daß damit weder der Bau von „Angra III“ noch die weiteren Staudammvorhaben im Amazonasgebiet auf Dauer abgewehrt werden seien.

EG – Dritte Welt

NGO-Richtlinien zu den Europawahlen

Anläßlich der Wahlen zum Europa-Parlament am 18. Juni 1989 formulierte der Verbindungsausschuß der Nichtregierungsorganisationen (NGO) der Entwicklungszusammenarbeit der EG in Brüssel einen Forderungskatalog an die KandidatInnen. Unter dem Motto „Europawahlen in Solidarität mit der Dritten Welt“ sollen die europäischen NGOs von den künftigen Abgeordneten verlangen, dafür einzutreten, daß u.a.

- die den Industrieländern von der UNO vorgegebene Entwicklungshilfequote von 0,7 % des Brutto- sozialprodukts bis 1992 eingelöst wird;
- der von der UN-Organisation UNCTAD im Vorjahr unterbreitete Vorschlag, den Entwicklungsländern 30 % der Schulden zu erlassen, aufgegriffen wird;
- der Lomé-Vertrag der EG mit den 66 AKP-Staaten „auf Dialog, Partnerschaft und langfristiger Entwicklung“ basieren und die EG-Strukturanpassungspolitik die Interessen der ärmsten Bevölkerungsschichten in der Dritten Welt berücksichtigen soll;
- Rohstoffabkommen vereinbart und die Beiträge zum gemeinsamen Fonds für die Entschädigung

bei Einnahmeverlusten aufgrund des Rohstoff-Preisverfalls angehoben werden;

- subventionierte EG-Agrarexporte oder Nahrungsmittelhilfen, welche den Weltmarktpreis drücken, eingestellt und die Kleinbauern in der Dritten Welt gefördert werden;
- der europäische Binnenmarkt ab 1992 die Entwicklungsländer nicht benachteiligt;
- mehr Entwicklungshilfevergaben auf umweltschützende Projekte entfallen und die Giftmüllexporte in die Dritte Welt durch eine strengere EG-Gesetzgebung unterbunden werden sollen;
- die fundamentale Verantwortung der EG, zur Beendigung der Apartheid in Südafrika beizutragen, wahrgenommen wird und in Europa selbst alle Formen des Fremdenhasses überwunden werden.

Jordanien

Proteste gegen IWF-Sparpolitik

Schwere Unruhen brachen am 18. April d.J. in mehreren süd-jordanischen Städten, darunter in Maan, aus. Dort griffen 1000-4000 Demonstranten Regierungsgebäude und Banken an, plünderten Geschäfte, zündeten Autos an. Am folgenden Wochenende weiteten sich die Unruhen auf andere Orte nahe der Hauptstadt Amman aus. Bei den massiven Einsätzen der Sicherheitskräfte wurden nach offiziellen Angaben mindestens acht Menschen getötet und über 100 verletzt.

Ursache der Unruhen waren die von der Regierung am 16. April verkündeten Preiserhöhungen um 15-50 % für Benzin, Zigaretten, andere Konsumgüter sowie verschiedene staatliche Dienstleistungen. Mit den Preiserhöhungen folgte die Regierung den Auflagen des IWF und der Weltbank für einen Beistandskredit über 125 Mio \$ bzw. eine Anleihe über 150 Mio \$.

Das mit 6 Mrd \$ im Ausland verschuldete Jordanien befindet sich seit dem Herbst 1988 u.a. aufgrund des Rückgangs verschiedener außenwirtschaftlicher Einnahmequellen (Emigrantenüberweisungen usw.) in einer zunehmenden Wirtschaftsmisere. Die Demonstranten warfen vor allem Ministerpräsident Said Rifai vor, die Wirtschaftsmisere mitverschuldet zu haben und forderten den Rücktritt seiner Regierung.

Der vorzeitig von seiner USA-Reise zurückgekehrte König Hussein entsprach am 26. April dieser Forderung und beauftragte den früheren Armeechef Feldmarschall Said Ibn Schakir mit der Bildung einer neuen Regierung. Der König versprach außerdem wirtschaftliche Reformen sowie allgemeine Wahlen. Die IWF-Auflagen sollen weiterhin befolgt werden.

Paraguay

Wahlsieg des Putschisten Rodriguez

Bei den Wahlen vom 1. Mai d.J. hat Putschgeneral Andrés Rodriguez, der den Diktator



Dank massiver Wahlfälschungen konnte Putschgeneral Rodriguez eine 3/4-Mehrheit erringen

Alfredo Stroessner in der Nacht zum 3. Februar 1989 nach 35-jähriger Herrschaft gestürzt hatte (vgl. **DRITTE WELT** 3/1989, S. 14), gesiegt. Mit 74,2 % der Stimmen wurde er zum Präsidenten gewählt. Seine schon unter Stroessner staatstragende Colorado-Partei sicherte sich als stärkste Partei nach den nicht geänderten Wahlgesetzen automatisch 2/3 der Sitze im Parlament. Hauptkonkurrent Domingo Laino, Vorsitzender der Authentischen Radikalliberalen Partei (PLRA), erhielt 18 % der Stimmen, seine Partei knapp 1/3 der Sitze.

Trotz aller Beteuerungen, daß es diesmal bei den Wahlen mit rechten Dingen zugehen würde, wurde vielerorts Wahlfälschung betrieben. So erwies sich die Tinte, mit der Personen, die zur Wahl gegangen waren, gekennzeichnet werden sollten, als hinterher abwaschbar. Wahllisten waren unvollständig und durch Karteileichen aufgebläht. vielerorts konnten Wahlberechtigte nicht wählen, weil bereits unter ihrem Namen abgestimmt worden war, fehlten Wahlkabinen oder die Stimmzettel für die fünf Oppositionsparteien.

Der Hauptgrund für die Niederlage der Opposition war jedoch die geringe Vorbereitungszeit und die Tatsache, daß der Machtapparat der Diktatur unangestastet blieb. Die demokratischen Parteien hatten gegen die gut organisierte Colorado-Partei, der alle öffentlichen und Staatsangestellten angehören müssen, kaum eine Chance, einen landesweiten Wahlkampf durchzuführen. Ihre Forderung, die Wahlen um drei Monate zu verschieben, war von General Rodriguez mit dem Hinweis auf Bestimmungen der Verfassung der Diktatur abgelehnt worden. Linke Organisationen, darunter die Kommunistische Partei, wurden erst gar nicht zu den Wahlen zugelassen.

So wird denn der „Stronismo“ ohne Stroessner weitergehen und sich mit einigen kosmetischen Korrekturen – wie der Zulassung oppositioneller Medien – um nationale und internationale Anerkennung bemühen. Fast die Hälfte der Wahlberechtigten scheint dies geahnt zu haben und trat bei den Wahlen erst gar nicht an.

Kambodscha

Bewegung bei Verhandlungen

Bei einem Treffen zwischen dem kambodschanischen Premierminister Hun Sen und dem Führer der bewaffneten Opposition, Norodom Sihanouk, am 2. Mai d.J. in Jakarta (Indonesien) ist es zu einer Annäherung der Standpunkte über eine

Lösung des Konflikts gekommen. Sihanouk verzichtete auf seine Vorbedingungen nach Auflösung der Regierung in Pnomh Penh und der Überwachung des vietnamesischen Truppenabzugs durch UN-Truppen.

Die Kompromißbereitschaft Sihanouks war durch eine Reihe einseitiger Maßnahmen der Gegenseite gefördert worden. In einer gemeinsamen Erklärung hatten die Regierungen Vietnams, Kambodschas und Laos' am 5. April d.J. angekündigt, daß die vietnamesischen Truppen bis Ende September d.J. Kambodscha verlassen werden, auch wenn es bis dahin nicht – wie früher gefordert – zu einer Verhandlungslösung kommen sollte. Gleichzeitig müsse die ausländische Hilfe für die Armeen Sihanouks, Son Sanns und der Roten Khmer eingestellt werden, forderten die drei Staaten. Dies alles solle von einer 600 Mann starken Kontrollkommission aus Vertretern Polens, Indiens und Kanadas – den Mitgliedsstaaten der Kontrollkommission von 1954, die die Unabhängigkeit Kambodschas garantieren sollte – sowie des UN-Generalsekretärs und Indonesiens überwacht werden.

Durch die Ankündigung von Parlamentswahlen zum Jahresende 1989 wurde Sihanouk weiter unter Zugzwang gesetzt. Außerdem kam ihm die Regierung weiter entgegen, indem am 30. April d.J. die „Volksrepublik Kamputschea“ in „Staat von Kambodscha“ umbenannt und die Staatsflagge und -hymne verändert wurden.

Angesichts des Endes der vietnamesischen Präsenz, die bisher alle Gegner Pnomh Penhs einte, und der Stärke der Regierung Hun Sens ist eine Konfliktlösung in greifbare Nähe gerückt. Dies gilt, obgleich Washington versucht, mit der Drohung, Waffen an Sihanouk und Son Sann zu liefern, deren Verhandlungsposition zu stärken.

Afghanistan

Sabotage der UN-Vermittlungsversuche

Ohne Ergebnis endete am 27. April d.J. eine Debatte des UN-Sicherheitsrates. Die sowjetisch-afghanische Seite bezichtigte Pakistan, mit der fortgesetzten militärischen Unterstützung der afghanischen Rebellen das Genfer Abkommen vom 14. April 1988 bewußt zu verletzen. Washington blockte eine Erklärung ab, welche zur strikten Beachtung jenes Vertragswerkes, d.h. zur Nichteinmischung und Respektierung der Souveränität Afghanistans, anhielt.

UN-Generalsekretär Perez de Cuellar hatte anläßlich des ersten Jahrestages des Genfer Abkommens die Konfliktparteien zum Dialog über eine Regierungskoalition auf breiter Grundlage aufgerufen. Pakistans Premierministerin Benazir Bhutto hielt dem entgegen, ihr Eintreten für die Aufnahme politischer Verhandlungen setze den Rücktritt der Regierung Nadjibullah voraus. Für die Peschawar Sieben lehnte Sibgathulla Modjadidi erneut eine Koalition unter Beteiligung der regierenden Demokratischen Volkspartei kategorisch ab. Er forderte die Übertragung der gesamten Macht an die weiter im Exil befindliche Gegenregierung der Peschawar-Allianz. Diese wies auch den sowjetischen Vorschlag zurück, einen Waffenstillstand zu vereinbaren und Beobachterposten der UNO entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze zu stationieren.

Die tiefe Verstrickung Pakistans ins afghanische Kriegsgeschehen (siehe **DRITTE WELT** 5/1989, S. 16 f.) erhärteten Enthüllungen der New York Ti-

mes vom 23. April und anderer US-Medien. Auf einer Sitzung von Regierungs- und Militärspitze in Islamabad soll demnach, mit Billigung Washingtons, Anfang März d.J. die Order zum Großangriff auf Jalalabad und danach auf Kandahar an die Rebellen ergangen sein.

Auch Anfang Mai zeichnete sich noch immer keine Eroberung eines städtischen Zentrums durch die Mudjahedin ab, die in Jalalabad allein 3-10 000 Gefallene zu beklagen haben. Zugleich konnten die Versorgungsgänge im belagerten Kábul und Jalalabad gelockert werden, nachdem wiederholt – teils dank Absprachen mit Mudjahedin-Kommandanten – riesige Konvois mit Lebensmitteln und Treibstoff durchkamen. Andererseits haben bislang nur Saudi-Arabien, Bahrain und der Sudan die Gegenregierung anerkannt. Die Bush-Administration will warten, bis die Rebellen eine größere Stadt erobert und diese zum Regierungssitz gemacht haben. Doch die Zeit arbeitet nicht für sie, sondern für die Regierung Nadjibullah.

LESERBRIEF

Religiösen Fanatismus bekämpfen

Betrifft Kommentar von Jürgen Ostrowsky „Der Fall Rushdie und die Retter der westlichen Kultur“ in **Dritte Welt** 4/1989

Zu Recht führt Jürgen Ostrowsky aus, daß jene Leute, die heute naserümpfend mit den Fingern auf die angeblich so ungebildeten und barbarischen Moslems zeigen und möglicherweise noch süffisant darauf hinweisen, daß solche Leute wohl nicht reif für das hiesige kommunale Wahlrecht sind, sich besser ruhig verhielten, weil religiöser Fanatismus und Obskurantentum auch in unseren Breiten fröhliche Urstände feiern. Übrigens argumentiert Hermann Gremli in der April-Ausgabe von „konkret“ ähnlich.

Notwendig wäre aber eine Auseinandersetzung mit der Frage, wie die Linke mit dem Phänomen des religiösen Fundamentalismus nun eigentlich umgehen soll, sei er nun weit entfernt wie im Iran oder vor der Haustür, wie in Memmingen oder vor dem Kino, in dem gerade der Scorsese-Film „Die letzte Versuchung Christi“ läuft.

Selbstverständlich soll jeder Mensch das Recht haben, katholisch, evangelikal, moslemisch oder was ihm oder ihr beliebt zu sein. Etwas anderes ist es aber, wenn solche Leute ihre Ansichten zur allgemeinen Richtschnur machen wollen und dabei möglicherweise noch zum Mittel des Terrors greifen. Ebenso wie in jüngster Zeit Faschisten aus Parteien wie Republikaner oder NPD hier den Weizen blühen sehen, ist auch das Aufkommen eines religiös aufgemachten Rechtsradikalismus nicht undenkbar, auch wenn in nächster Zukunft damit wohl nicht zu rechnen ist. Schließlich liegt auch Francos katholisch eingefärbter Faschismus noch gar nicht so lange zurück.

Um zurück zum Ausgangspunkt Rushdie-Affäre zu kommen, ist festzustellen, daß es bestimmt richtig ist, daß viele in Europa lebende Moslems die „Satanschen Verse“ als zusätzlichen Angriff auf sich selbst neben anderen Diskriminierungen empfunden haben. Trotzdem sollte deswegen in dieser Sache nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden. Ich selbst bin auch gegen Ausländerhaß und für eine multikulturelle Gesellschaft, in der jeder auf seine Art glücklich werden soll; dennoch akzeptiere ich Aktivitäten der faschistischen Grauen Wölfe nicht.

VOLKER BLUM, Gießen

Termine

7.-11. Juni

23. Ev. Kirchentag in West-Berlin unter dem Motto „Abrüstung für Entwicklung“. Friedensdemonstration am 10. Juni

9.-11. Juni

Seminar „Die Eiszeit ist vorbei“ zur Situation der Kirche in Kuba nach 30 Jahren Revolution in Mauloff/Taunus. Anmeldung: AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1, Tel. 02 28-23 40 21

9./10. Juni

III. Symposium „Kultur und psychosoziale Situation in Lateinamerika“ (Schwerpunkt zu Menschenrechten) in Hamburg. Hörsaal der Psychiatrischen und Nerven-Klinik der Universität Hamburg, Martinistr. 52, 2000 Hamburg 20, Tel. 0 40-4 68 42 37 oder 4 68 22 01

16.-18. Juni

Kongreß „10 Jahre Revolution in Nicaragua – 10 Jahre Solidaritätsbewegung“ in Wuppertal (siehe Nicaragua-Spezial)

17.-18. Juni

Seminar „Frauenbewegung in der Türkei“ in Köln. Veranstalter: AKE-Bildungswerk. Anmeldung: Türkei-Informationsbüro, Postfach 910 843, 3000 Hannover 91, Tel. 05 11-2 10 20 07

1. Juli

Solidaritätsfest zum 10. Jahrestag der nicaraguanischen Revolution in Bonn-Bad Godesberg. (Siehe Nicaragua-Spezial)

17.-21. Juli

Seminar „Kuba und Jamaica – Islands in the sun“ in der Heimvolkshochschule Hustedt, Zur Jägerei 81, 3100 Celle, Tel. 0 50 86-3 01

DRITTE WELT

WIR VERSCHENKEN BÜCHER

AN ALLE DIE UNS EIN DRITTE WELT JAHRESABO VERMITTELN

EINFACH DIE ABO-KARTE IN
DER HEFTMITTE AUSFÜLLEN

z.B.



z.B.



PRÄMIENWUNSCH EINTRAGEN
ODER DIE VOLLSTÄNDIGE
PRÄMIENLISTE ANFORDERN

UND AB GEHT DIE LUZIE...